

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Sonnabend, den 25. März 1905.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

#### Marokko-Lärm.

Die internationalen Beziehungen der Großmächte sind durch die japanische Kriegskunst vollends in unsicheres Schwanken geraten. Seit der Zeit, da Graf Bülow noch über die Extratouren Italiens mit Frankreich scherzen zu dürfen meinte, sind die seit Jahrzehnten beherrschenden Staatengruppierungen in einem höchst bedeutsamen Umbildungsprozess geraten und der Zusammenbruch Rußlands, des Schiedsrichters Europas, muß naturgemäß neue Gestaltungen beschleunigen. Im gegenwärtigen Augenblick ist alles im Werden und im Ungewissen.

Die Ungewißheit der allgemeinen internationalen Situation erregt im besonderen Maße die auswärtige Politik derjenigen beiden Staaten, welche am meisten angewiesen sind, durch Anschluß an andere Mächte sich gegen Bedrohungen zu sichern, die sie gegenseitig von einander befürchten: Deutschlands und Frankreichs. Beide wetteifern um die russische Freundschaft und beide haben angesichts der russischen Zerrüttung das Problem zu bewältigen, ob und wie weit sie ihr Verhältnis zu Rußland revidieren und neue Freundschaft erwerben müssen. Die französische Diplomatie hat es ohne Zweifel besser verstanden, sich Ertrag für den stark verminderten Wert der russischen Allianz zu schaffen, indem sie außer Italien auch England noch an ihre Seite zog. Andererseits erwachten der französischen Regierung nicht nur aus dem russischen Döckel, sondern vor allem auch aus dem wachsenden Widerstande der eigenen Nation gegen den Bund mit dem bluttriefenden Zarismus große Schwierigkeiten der auswärtigen Politik.

Daher diese allgemeine Erlebung der internationalen Beziehungen könnte die neueste Marokko-Geschichte unmöglich die Diplomatie und die politischen Kreise so heftig reizen, als es der Fall ist. Der nervösen Erregung erscheint ein an sich wenig bedeutendes Geschehnis in phantastischer Größe und überwältigender Gefährlichkeit.

Trotz aller Versicherungen auswärtiger Besonnenheit, die der deutsche Kanzler gab, sind wir gewiß weit entfernt, nach den weltpolitischen Neigungen und Taten des letzten Jahrzehnts die deutsche Regierungskunst gegen abenteuerliche Torheiten gesichert zu halten. Aber das Unmaß weltpolitischer Wahnmut selbst wird der Regierung nicht zu, daß sie jetzt wegen Marokko einen unabsehbaren deutsch-französischen Konflikt herbeiführen könnte. Wir glauben, daß in Paris die Sensation des bevorstehenden Besuchs Wilhelms II. in Tanger allzu tragisch empfunden wird. Tatsächlich ist die französische Diplomatie ungewöhnlich erregt und der Minister des Auswärtigen erfährt herbe Kritiken.

Unser französischer Korrespondent sendet uns über die Pariser Marokko-Stimmungen die folgenden Mitteilungen:

Die dornige Marokko-Frage führt hier wieder einmal den offiziellen diplomatischen und kolonialpolitischen Optimismus. Und das von zwei Seiten zugleich.

Vor allem hat der sensationelle Besuch Wilhelms II. in Tanger unzweifelhaft ein schweres Unbehagen hervorgerufen. Die gegenseitigen Versicherungen der offiziellen Delcassé-Presse selbst klingen sehr unsicher, um für bare Münze genommen werden zu können. Ueberdies gehört es ja hier, wie überall sonst, zum offiziellen Handwerksstück, die Schwierigkeiten eines neuen waghalsigen Kolonialunternehmens zu verhüllen. Die ausgegebene Parole des „friedlichen Eindringens“ in Marokko, an der die französische Diplomatie subjektiv allerdings aufrichtig festhalten möchte, darf unter keinen Umständen als eine objektive Unmöglichkeit anerkannt werden, solange eben diese Unmöglichkeit einem weiten Publikum erst durch Symptome, noch nicht durch handgreifliche, unabwehrliche Tatsachen sich kundgibt. . . . Daher das Streben der Pariser Offiziösen, auch dem deutschen Kaiserbesuch in Tanger eine harmlose Deutung zu geben, ein Streben, in welchem sie merkwürdiger- oder vielmehr begreifbarerweise durch die Auslassungen der Berliner Offiziösen gefördert wird.

Was aber die unabsehbare französische Meinung betrifft, so beurteilt sie den Kaiserbesuch ganz anders. Sie erblickt darin eine Bedrohung der französischen Aktion in Marokko. Die Schwierigkeiten, die der Sultan gegen das „friedliche Eindringen“ zunächst nur der offiziellen französischen Mission in Fez erhoben hat, sind noch in frischer Erinnerung. Diese Mission ist jetzt gerade daran, mit Abd-el-Aziz über das „friedliche Eindringen“ der französischen Kontrolle in die marokkanische Verwaltung zu unterhandeln. In einer solchen Situation muß der Kaiserbesuch doppelt erwünscht sein dem — Sultan von Marokko, nachdem ihm jede Hoffnung auf die Rivalität der nächstbestehenden Mächte, Englands und Spaniens, gegen Frankreich durch die bekannten Abkommen vom April 1904 genommen worden ist.

„Vergiß mein nicht“ — diese deutsche Ueberschrift trägt ein Artikel von Clemenceau in der „Aurore“ über den Absterben Wilhelms II. nach Tanger. Der bittere Kritiker der ganzen Delcassé-Diplomatie rückt ins rechte Licht die offiziellen Illusionen. Und während der „Temps“ sich auf die lebenswichtigen Versicherungen der Bülow-Presse beruft, betont Clemenceau das Urteil des Wiener „Freundenblattes“, das er zu dem seinen macht: „Man muß jetzt beden, inwiefern Deutschland bereit ist, sich den englisch-französischen Abmachungen anzuschließen.“

Auch unser Parteigenosse Jaurès läßt in der „Humanité“ ein dringliche Kritik an der Politik Delcassés, der „vom heiligen Rußland hypnotisiert“ Deutschland ignoriert habe; „jetzt, wo das Gebotbild, vor dem sich die französische Diplomatie in den Staub warf, wadelig geworden ist, erinnert Kaiser Wilhelm Herrn Delcassé daran, daß es ein Deutschland gibt.“

So vornehmlich es ist, die russische Allianz zu verdammen, so hat doch in dem besondern Marokko-Fall die französische Regierung, als sie vor Jahresfrist das Abkommen mit England schloß, sicherlich nicht falsch operiert. Herr Delcassé hatte das durch die deutschen Flottenrüstungen gereizte England zu dem für Frankreich durchaus vorteilhaftesten Abkommen gewonnen. Und gegenüber Deutschland hat der französische Minister der auswärtigen Angelegenheiten das getan,

was damals zu tun von seinem Standpunkt möglich und erforderlich war. Schon im Herbst 1903 hat er in Berlin wegen Marokko angefragt und die deutsche Regierung konnte bei einiger Voraussicht nicht zweifeln, daß es Zeit sei, deutsche Interessen geltend zu machen, sofern es nötig sei.

Es ist interessant, daß die deutsche Regierung durch das Volkliche Telegraphenbureau den Artikel Jaurès' ausführlich verbreiten läßt. Offenbar liegt ihr daran, bei uns den Eindruck zu vernehmen, als sei sie wirklich im Begriff, einen großen Erfolg auf der Weltbühne zu erringen. Wenn aber vom französischen Standpunkte mit Recht unangenehm empfunden wird, daß durch den Besuch des deutschen Kaisers bei dem Sultan in Tanger die französische Marokko-Politik erschwert werden kann, so bedeutet darum dieser Besuch gleichwohl auch entfernt nicht einen sachlichen Erfolg des deutschen Reichskanzlers. Auch die Pariser Beschränkungen vermögen dem Reife-Lärm der deutschen Offiziösen nicht reale Bedeutsamkeit zu geben.

Freilich die alldeutsche Wertevogelheit ruft seit Jahren nach der Aufteilung von Marokko und Leute von antisemitischer Geistesgröße wie das Grafen Reventlow schrien im Reichstage über verpaßte Gelegenheiten. Aber am 12. April 1904 erklärte der Reichskanzler im Reichstage, „daß wir keine Ursache haben, anzunehmen, das englisch-französische Kolonialabkommen enthalte eine Spitze gegen irgend eine andere Macht“. Was speziell Marokko angeht, fuhr Graf Bülow fort,

„daß den Kernpunkt dieses Abkommens bilden dürfte, so sind wir im wesentlichen wirtschaftlich interessiert. Deshalb haben wir auch ein erhebliches Interesse daran, daß in Marokko Ruhe und Ordnung herrscht. Unsere merkantilen Interessen müssen und werden wir schützen. Wir haben keinen Grund, zu befürchten, daß diese unsere Interessen von irgend einer Macht mißachtet oder verletzt werden könnten.“

Ist aber seitdem irgend etwas geschehen, was die Befürchtung einer Verletzung der deutschen Handelsinteressen in Marokko durch Frankreich rechtfertigen könnte? Es ist nichts zutage getreten und es ist bekannt, daß die Handelsfreiheit in Marokko auf 30 Jahre garantiert ist. Nun brachte allerdings am Donnerstag die „Nordd. Allg. Ztg.“ die plötzlich nach Paris drohende Note, daß seitens der französischen Regierung nichts geschehen sei, um den „scheinbaren Widerspruch“ auszugleichen, daß der Sultan von Marokko souverän bleiben und zugleich die Ordnung in Marokko „unter friedlicher Leitung Frankreichs“ wiederhergestellt werden soll. Dieser „scheinbare Widerspruch“ bildet aber eben den Inhalt des französisch-englischen Abkommens und war der deutschen Regierung längst bekannt.

Da deutsche Handelsinteressen in Marokko nicht gefährdet sind, so gibt es für die kaiserliche Tanagerfahrt und ihre offiziöse Verleumdung nur zweierlei Erklärungsmöglichkeit: entweder man will etwas Ernstes oder es wird ein Stück geboten, dessen Glanz die Schaustellungen ergötzen mag. Da aber die letzte Bremerische Kaiserrede der weltpolitischen Enttarnung nicht die ausschlaggebende Absicht haben kann, das Ausland über deutsche Friedensliebe zu täuschen, so ist nicht daran zu denken, daß die deutsche Regierung den Plan verfolgt, die Grundlage des französisch-englischen Abkommens einem verspäteten Umsturzwort zu unterwerfen. Es wird daher von der Tanagerreise nichts bleiben als einige höchst bedauerliche Verschärfung der deutsch-französischen Beziehungen. Und unter dem Gesichtspunkte kultureller Völkerverwahrheit gilt für diese diplomatische Marokko-Uebung wie für so vieles diplomatisches Großgetue das Fazit: Viel Lärm um nichts!

#### Existieren Mißstände im Ruhrbergbau.

II. Bekanntlich ist das rigorose Ruilen ein Hauptbeschwerdepunkt der Bergleute. Die Unternehmer bestreiten es und behaupten, das Ruilen halte sich in „mäßigen Grenzen“. Regierungseits ist 1890 ein Prozentfuß „bis 2,5 Proz.“ gemullter Förderung „auffallend hoch“ genannt worden. Nun haben aber die Untersuchungen auf den Ruhrgehden bedeutend höhere Prozentfüße ergeben, trotzdem vermögen die Kommissionen keine Mißstände zu entdecken. Ueber den Umfang des Ruilens teilt die Schrift des Bergarbeiterverbands-Vorstandes aus den Untersuchungsprotokollen mit:

„Auf Zeche „Dorsfeld II/III“ wurden der Kameradschaft S. über 3 Proz. der Wagen gemullt, obendrein erhielt S. noch 2 M. Strafe wegen unreiner Förderung. Der Betriebsführer gibt selbst zu, es sei schwer, aus dem Ritz keine Kohle zu liefern.“

Auf „Neulöh“ sind einer Kameradschaft 2,80 Proz. der Förderung gemullt worden. Dem Hauer B. wurden auf „Christian Levin“ im September 1904: 80, im Oktober 76 Wagen gemullt. Auch hier gibt der Betriebsführer die Schwierigkeit zu, reine Kohlen zu liefern.“

Auf Schacht „Sterkrade“, Zeche Oberhausen, wird nicht gemullt. Aber die Arbeiter bezeugen, es fehlten ihnen bei der Lohnberechnung häufig Wagen. Zwar wird das zweiseitig bestritten, aber uns wurde auch von anderen Arbeitern auf „Sterkrade“ bestätigt, daß ihnen mangelfähige Wagen nicht angerechnet würden. Das mag schließlich ein Irrtum sein, aber jedenfalls beweist diese Angelegenheit, wie notwendig eine ständige Kontrolle der Wagenabnahme seitens der Arbeiter ist.“

Auf „Weisenau“ sind von der Förderung im Januar 1904: 4 Proz., im Februar fast 5 Proz. gemullt! Die Untersuchungskommission hat die „Anficht“, hier halte sich das Ruilen „in mäßigen Grenzen“!

Auf „Bruchstraße“ säug die Kullerei im August 1904 auf 2,45 Proz. Im November wurden 533 Wagen gemullt; da hielt die Belegschaft eine Protestversammlung ab und — im Dezember wurden nur noch 319 Wagen gemullt!!!

Ein sehr merkwürdiger Fall hat sich auf „Scharnhorst“ zugetragen. Zwei Arbeiter bezeugen, gesehen zu haben, daß der Prüfenkontrollleur An. der Kameradschaft G. R. Steine auf die (vorher rein gefüllten!) Wagen warf und sie dann müllte!!! Es

ist ein Gerichtsverfahren dieserhalb anhängig gemacht. (Uebrigens ist schon gerichtlich [V. G. Z. Gattungen] festgestellt worden, daß ein Beamter in betrügerischer Weise müllte. Ebenso ist nachweisbar, daß schon Wagen gemullt sind, obgleich die „Bestrafen“ an dem Tage — keinen Wagen fördern!) Alles Vorkommnisse, die das jetzige Anrechnungssystem als unhaltbar kennzeichnen.

Auf „Prosper I“ sind einer Kameradschaft über 3 Proz. ihrer Leistung gemullt worden. Wegen „Mindermaß“ (weil nicht „hochgefüllt“) wurde gemullt, obwohl zugestandenemäßen die Niedrigkeit der Förderhöhe das „Hochfüllen“ nicht zuließ.

Auf „Prosper II“ sind zwei Kameradschaften über 5 Proz. der Wagen gemullt worden. Der Direktor Dr. gab zu Protokoll, gleichzeitige Ruilen und Verhängung von Geldstrafen stände „grundsätzlich“ nicht statt. Demgegenüber wurde aber festgestellt, daß Hauer K. 9 Monate je mit 3 M., Hauer Jg. mit 6 M. in 1 Monat, Hauer Dz. 1901/1903 in den einzelnen Monaten mit 1,50—12,50 (Oktober 1902) M., Hauer Ko. einmal mit 5, einmal mit 8 M., Hauer L. in 11 Fällen mit 18,50 M., Hauer Q. in 14 Fällen mit 17 M. bestraft wurden, meistens wegen unreiner oder ungenügend gefüllter Wagen, die obendrein noch gemullt wurden!!!

Auf „Scharnhorst III/IV“ arbeitete der Hauer R. vor einem Ort mit sehr schlechtem Hangenden, was zweiseitig anerkannt wird. Trotzdem sind R. im August täglich 1—8 Wagen gemullt worden. Als er sich beschwerte, hörte das Ruilen 3—4 Wochen auf, dann ging's wieder los.

Auf „Herules“ behauptete die Verwaltung, es würde beim Ruilen human verfahren. Die Untersuchungskommission ist zu der Ansicht gekommen, daß das Ruilen hier „nicht ungewöhnlich hoch“ sei. Dabei gab der Direktor L. selbst an, es seien von der Gesamtproduktion gemullt worden 1899: 2,27 Proz., 1900: 2,33 Proz., 1901: 2,54 Proz., 1902: 2,60 Proz., 1903: 2,26 Proz., 1904: 2,61 Proz. Auf Schacht I, wo der Streik seinen Anfang nahm, wurden 1904 2,78 Proz. der Gesamtproduktion gemullt, im 4. Quartal 1904 sogar 2,96 Proz.!!! Das Ruilen hat sich also von Jahr zu Jahr verstärkt, die Festangaben bekäftigen somit die Berechtigung der Arbeiterklagen. Früher (siehe oben) fand die Regierung schon bis zu 2,5 Proz. gemullter Förderung „auffallend hoch“. Die jetzige Untersuchungskommission findet 2,96 Proz. „nicht ungewöhnlich hoch“.

Auf „Friedlicher Nachbar“ „Vaalser Mulde“ klagen die Belegschaften seit Jahresfrist über verstärktes Ruilen. Der Belegschaftenverreter bestritt die Berechtigung dieser Klagen, legte aber eine Anlage vor, aus der zu ersehen ist, daß von der Förderung gemullt wurden:

	1. Quartal 1904	4. Quartal 1904
Friedlicher Nachbar . . .	0,89—0,88 Proz.	0,78—1,05 Proz.
Vaalser Mulde . . .	0,47—0,88	1,37—1,71

Gerade diese Zahlen beweisen, daß man das Ruilen nicht generell, sondern nach Einzelergebnissen beurteilen muß. In „Höz Grofhebau“, Ort und Pfeiler 3—7 Ofen, sind 3,51 Proz. der Wagen gemullt, in „Höz Ida“, Pfeiler 4 Westen, wurden 10,77 Proz. gemullt!!! Die Untersuchungskommission kommt trotzdem zu der „Anficht“, das Ruilen könne als „nicht übermäßig hoch bezeichnet werden“!!! Ist das kein sehr starkes Stück?

Wo solche enormen Abzüge von dem sauer verdienten Lohn gemacht werden, muß sich da nicht allmählich eine fürchtbare Empörung der geschädigten Arbeiter bemächtigen?

1904 hat sich der Jahresverdienst der Ruhrbergleute um ganze 3 M. — 0,25 Proz. „gehoben“, dies konstatiert die Zeitschrift als eine „Verbesserung der Arbeiterlöhne“. Wenn aber 3—10 Proz. des Lohnes durch Ruilen verloren gehen, so soll das kein drückender Mißstand sein.“

Die Bergarbeiter dürfen sich darauf verlassen, daß schon nach den vorstehenden Enthüllungen die öffentliche Meinung gegen die unternehmensfreundlichen Ansichten und Urteile der Untersuchungskommissionen nicht anschließen wird. „Kulle“ man nur einmal den Herren Bergräten und Bürgermeistern 2—10 Prozent ihres Verdienstes, dann wollen wir mal sehen, was die Herrschaften für ein Geschrei erheben.

Lebhaftesten Protest wird die öffentliche Meinung gegen die Ansichten der merkwürdigen Untersuchungskommissionen erheben, wenn mitgeteilt wird, was dem eigentlich bezeugt worden ist hinsichtlich der Arbeitermishandlung. Nicht man das Galoppverfahren in Betracht und die Tatsache, daß erst über 18 von den 200 Zeilen Untersuchungsprotokollen dem Verbandsvorstande vorliegen, so bedeuten die nachfolgenden Protokollauszüge eine fürchterliche Mißstellung der angeblich humanen Arbeiterbehandlung. Die Schrift der Verbandsleitung registriert folgende skandalöse Fälle:

„Der Steiger W. (Scharnhorst II/IV) trat den Arbeitern „stroh“ entgegen. Jahrsteiger S. löhnte eine Kameradschaft, die eine sehr miserable Arbeit hatten, das wäre „eine schöne Arbeit“. — Der Maschinensteiger („Prosper I“) schimpfte die Leute: „Ihr seid faule Hunde, dumme Diagen!“ Derselbe Beamte beschimpfte den Heizer K., der schon 3 Schichten hintereinander gearbeitet hatte, weil er sich weigerte, auch die 4. Schicht an der Arbeit zu bleiben. Steiger B. schimpfte den Arbeiter W. einen „Faulenzer“. Die Untersuchungskommission kommt zu der „Anficht“, das Verhalten der Arbeiter (!) habe den Beamten Anlaß zu ihrer „Erregung“ gegeben!!! Ihr Schimpfer was wollt ihr noch mehr? — Der Aufsicht D. („Siedensplaneten“) schlug den 19jährigen Arbeiter W.; als die Hauer F. W. und G. B. Verwandte des Beschlagenen, arbeitend auf derselben Zeche, die Schlägerei zur Anzeige bringen wollten, wurden sie geländigt! — Steiger G. („Bruchstraße“) ist schroff und manchmal beleidigend gegen Arbeiter bei der Bedinge-Abrechnung. Er will „Rufade“ dazu haben, er sei „beschimpft“ und „bedroht“ worden, nennt aber keine Bezeugen dafür. Maschinensteiger B. wird als Schimpfer und Schläger bezeichnet. — Betriebsführer R. („Friedlicher Nachbar“ „Vaalser Mulde“) sagt höhnend zu einer wegen schlechtem Bedinge sich beschwerenden Kameradschaft, das Bedinge stände „noch viel zu hoch, dazu bei dem schönen Gebirge“. Gleich darauf särgt aus dem „schönen“ Hangenden ein Stein herab und erschmettert einem der Beschwerdeführer den Schädel!“ Steiger St. sagt zu dem 42jährigen Arbeiter A.: „Du Krüppel, erbärmliche Kreatur, Du kamst ja nicht!“ — Steiger D. („Scharnhorst“) schimpft den Schachthauer K. „Dummker“. Steiger G. sagt zu dem 30jährigen Arbeiter A., er sei „nicht wert, daß ihn der Hund anpisse“! —



Der alte Bauer v. (Gneifenau) wird vom Steiger schroff behandelt. Steiger v. Schimpf ist der Bauer G. und Genossen „Pumpen und Bagabonden“. Schlepfer S. wird vom Steiger H. „verdammt Polak“ geschimpft. — Steiger A. (Prosper II) gebraucht gegen Arbeiter Schimpfwörter, wie „Wassweib“, „Kischlach“, „Hammel“, „Schmierlapp“, „Stoßfisch“. Derselbe Steiger wird der wiederholten körperlichen Mißhandlung und Bedrohung des 47-jährigen M. (Analphabet) beschuldigt. Der Mißhandelte gibt an, er habe sich nicht beschwert, „weil ich dies nicht gern tat!“ Schimpf A. und gepöbelte zu sein von Beamten, belanden die Arbeiter K., W., S. und D. Zum Teil artete der Skandal in gegenseitige Prügelei aus! Auf derselben Feste geriet auch ein Arbeiter in Erregung über das Strafwesen und nannte es eine „Spitzbüberei“. — Damit der gute Ton auf der Feste nicht beschädigt würde, erhielt der Arbeiter sofort seine Entlassung! Die schimpfenden und prügelnden Beamten amtierten selbstverständlich weiter!!!

Es muß ausdrücklich betont werden, daß dem Verbandsvorstande vorerst nur von 16 Fachen Untersuchungsprotokolle zur Kenntnis kamen. Nachdem aber schon diese arbeiterseits schlecht vorbereitete Stichprobe ein solches Material ergeben hat, kann man sich leicht vorstellen, welche riesige Musterkarte von Verstoßmisdäthen und Standbalken eine gründliche, sich auf alle Fachen und alle Arbeiter erstreckende Untersuchung durch eine unabhängige parlamentarische Kommission aus Tageslicht fördern würde. Mißstände und zwar schwerer, empörender Art existieren im Ruhrbergbau, das geht schon aus den Niederschriften der eigenartigen Untersuchungskommissionen hervor. Daß die nicht mißhandelten Vergleute die Entwürdigung ihrer mißhandelten Kameraden mitführen und solidarisch mitstreifen, muß man den Arbeitern zur höchsten Ehre anrechnen. Wenn am kommenden Dienstag die Vergarbeiter-Delegierten aus ganz Preußen in Berlin zusammentreten, werden sie der lauschenden Öffentlichkeit nachweisen, daß dem terroristischen Vergarbeiterkrieg ein Ende gemacht werden muß.

### Das Finanzelend in Rußland.

In ihrer Geldlemme greift die russische Regierung zu geradezu verzweifeltsten Mitteln, um wenigstens die allerhöchsten Ausgaben für die Heeresstrümmen in der Mandchurei zu beschaffen. Mit Zustimmung der vereinigten Departements des Reichsrats hat der Finanzminister die Erhöhung verschiedener Steuern angeordnet. Vorerst wurde die Erbschaftsteuer um die Hälfte erhöht und außerdem beträchtliche Steuerzuschläge auf Schmieröle, Hefe, Malz und Kaphthalinversteife beschloffen. Ferner soll eine Prozentsteuer auf die Beamtengehälter gelegt werden: für Gehälter von 600—1000 Rubel 1 Proz., bis 5000 Rubel 2 Proz., und für Gehälter über 5000 Rubel 3 Proz. Doch damit ist das neue Steuerbonquet, das man dem russischen Volk zu präsentieren gedenkt, noch nicht vollständig. Diese neuen Steuern ergeben nach der Berechnung für das laufende Jahr nur einen Mehrertrag von 18 Millionen Rubel und es sollen nach dem Beschluß der Regierung die Staatseinnahmen mindestens um 50 bis 55 Millionen Rubel erhöht werden — also wird in den nächsten Tagen ein weiteres Anziehen der Steuerkränze erfolgen.

Zunehmend drohen die Forderungen über dem Reich des Friedensjahres die drohenden Gewitterwolken zusammen. Das Heer in der Mandchurei ist vernichtet, im Innern des Landes erhebt trotz der Revolution ihr Flammenschild und in den Kasernen gähnt eine öde Leere, welche die Regierung zwingt, ohne Rücksicht auf die wachsende Mißstimmung der Bevölkerung den Steuerdruck noch immer mehr zu steigern und dadurch selbst solche Elemente der Revolution in die Arme zu treiben, die sich noch bisher ablehnend gegenüber der Volksbewegung verhielten. Wie hoch die Finanznot gestiegen ist, zeigt die zwar offiziell dementierte, aber trotzdem recht glaubwürdige Petersburger Meldung, daß der Finanzminister dem Ministerkomitee mitgeteilt hat, er sehe sich gezwungen, wenn es nicht gelänge, neue bedeutende Mittel zur Fortsetzung des Krieges herbeizuschaffen, die Umwechslung der Kreditbilletts (von denen für 970 Millionen Rubel umlaufen) in Gold zu suspendieren.

Eine Rettung bleibt Rußland noch — allerdings auch nur eine Rettung für kurze Zeit: die Aufnahme einer neuen Anleihe in Frankreich, und diese wird denn auch vom russischen Finanzministerium mit allem Nachdruck betrieben. Es hat die Verhandlungen mit dem Crédit Lyonnais und dem Comptoir d'Escompte wieder aufgenommen, und wie geflickt an der Pariser Börse mit Bestimmtheit versichert wurde, befinden sich die Unterhandlungen in einem günstigen Stadium. Noch einmal mag es also der russischen Regierung gelingen, sich Luft zu verschaffen — aber auf wie lange?

### Ein neuer Kriegsminister.

Petersburg, 24. März. „Russkoje Słowo“ erzählt von zuständiger Seite, der Kriegsminister verlasse seinen Posten; als Nachfolger werden General Komarow oder der Kanzleichef des Kriegsministeriums Generalleutnant Rüdiger genannt und als Chef des Generalstabes General Polivanow.

### Konferenzen.

Petersburg, 24. März. Der Minister des Innern empfing heute eine Abordnung der sibirischen Verwaltung von Krasnojarsk, die ihm die Forderungen der Verwaltung mit Bezug auf das kaiserliche Reskript vom 3. d. M. vortrug. Die Verwaltung verlangt Zulassung ihrer Abgeordneten zu der durch das Reskript eingesetzten Spezialkonferenz, freie Besprechung der Arbeiten der Konferenz in der Presse und Öffentlichkeit der Sitzungen. — Morgen wird die Abordnung des Krasnojarsker Semstwo empfangen werden.

### Russisches Scharfmachertum.

Moskau, 24. März. Zu einer Privatkonferenz über die Arbeiterfrage sind hier Vertreter der Börsenkomitees von Petersburg, Riga, Lódz, Warschau, Kijew, Waku u. c. eingetroffen. In der ersten Sitzung wurde festgestellt, daß es viel leichter gewesen sei, die Arbeit in denjenigen Betrieben wieder aufzunehmen, die den Arbeitern keine Zugeständnisse gemacht hätten, als in denjenigen, wo dieses geschehen war.

### Die Kriegsaussichten in Ostasien.

Die russische Regierungspresse gibt sich den Anschein, als ob sie wirklich im Ernste glaube, daß der ostasiatische Krieg trotz der furchtbaren Niederlage von Mukden und der schleunigen Flucht der Russen noch fortgesetzt werden könne. Sogar Oberst Gaedke, der sich noch immer nicht abgewöhnt hat, die Dinge in Ostasien durch die russische Brille zu betrachten, erklärt, daß selbst dann, wenn die Russen Chharbin zu verlassen gezwungen wären, der Krieg immerhin noch fortgesetzt werden könne, da der nötige Proviant zur Ernährung der Armee auch aus der Mongolei beschafft werden könne. Andere deutsche Militärkritiker sind allerdings der Auffassung, daß die Eroberung Chharbins durch die Japaner den Russen jede Operationsbasis raube und damit zur Beendigung des Krieges zwingt. Diese letztere Auffassung ist entschieden die richtige. Wir haben schon früher dargelegt, wie sich die Verbindungen der Russen fortgesetzt verschlechterten. Schon nach der Niederlage bei Mukden,

nach der Einnahme von Tieling war den Russen die letzte Eisenbahnverbindung mit China abgeschnitten worden. Alle Kriegszugänge muß nunmehr durch die große sibirische Bahn bewerkstelligt werden. Vorigt es nun aber gar den Japanern, auf Chharbin vorzurücken und auch diese letzte Etappe zu erobern, so werden in der Tat die Russen jede Möglichkeit verlieren, nicht nur ihre Truppen zu verproviantieren, sondern ihre Armeen überhaupt gegen die Japaner entwickeln zu können. Die nördliche Mandchurei ist sehr dünn bevölkert und bietet infolgedessen keine Möglichkeiten, auch nur einen Teil des Proviantes für die Armee heranzuschaffen zu können. Werden die Russen aber gar von Chharbin aus weiter nach Westen zurückgedrängt, so befinden sie sich auf viele hundert Kilometer weit in einem unwirtlichen, volksarmen Gebiete, auf dem kriegerische Operationen absolut unmöglich sind. Wie das Land an der Bahnstrecke westlich von Chharbin aussieht, das schildert uns ein ehemaliger russischer Bahnbeamter, der längere Zeit in der Gegend weilte, folgendermaßen:

„Von der Station Mandschuria (ca. 1000 Kilometer westlich von Chharbin) bis zu Heilar (200 Kilometer östlich von Mandschuria) zieht sich die Steppe hin, die seinerzeit von ihren wenigen Bewohnern verlassen worden ist, da die Mongolen die Gewalttätigkeiten und Verwüstungen durch die Russen nicht mehr ertragen wollten. Von Heilar bis Chingan (200 Kilometer) erstreckt sich eine hügelige Gegend mit nur sehr geringer Bevölkerung. Auf dem Chinganrücken inmitten einer gebirgigen Gegend liegt einer der am ehesten gefährdeten Punkte der Bahn. Hier läuft sie mit bedeutenden Wiegungen und Erhebungen, bildet oft eine ganze Schlinge und tritt nach Ueberwindung einer sehr bedeutenden Erhebung in einen Tunnel, der die Länge von 2800 Meter hat. Von Chingan an verläuft die Bahnlinie bis zum Flusse Koni ebenfalls wieder durch eine schwach bevölkerte Gegend. Von hier ab erstrecken sich Sümpfe auf eine Entfernung von vielen Meilen. Ihre Oberfläche ist auch nicht gleichförmig. Vor etwa drei Jahren wurde hier der ganze Bahndamm von einer Ueberschwemmung hinweggespült. Die Dampfschiffe liefen direkt bis zur Eisenbahnlinie bei der Station Zjalkar (250 Kilometer), welche durch einen Sumpf von der Stadt gleichen Namens getrennt ist. Die Stadt liegt von der Station in einer Entfernung von 26 Werst. Während der Ueberschwemmung mußte der Verkehr auf der Eisenbahnlinie eingestellt werden und fand nur durch Boote statt. Die Sümpfe stellen einen einzigen großen Salzmoor dar, der mit einer dünnen Grasschicht bedeckt ist. In der Mitte des Moorastes befinden sich einige Seen; einige chinesische Sodafabriken machen sich den Salzgehalt des Moorastes zunutze. Hinter den Moorästen zieht sich wiederum die kalte Steppe ostwärts bis zur Station Mongol (240 Kilometer). Erst unweit Chharbins (90 Kilometer östlich von Mongol) beginnt die Gegend bevölkert zu werden. Erst südlich von Chharbin bieten die Landschaften allmählich das typische Bild chinesischer Kultur mit gut eingebauten Feldern und verhältnismäßig dichter Bevölkerung. Hier liegen auch die größeren Städte der Provinz wie Mukden, Chharbin usw. Die erst beschriebenen 1000 Kilometer der Bahn ziehen sich durch eine Gegend unfruchtbarer Steppen und breiter Sümpfe. Wenn erst die Russen genötigt sein sollten, sich von Chharbin aus westwärts zurückzuziehen, so befänden sie sich in einer öden Gegend ohne Menschen und Lebensmittel. Sobald die Linie oberhalb Chharbins durchschnitten werden sollte, müßten die russischen Heere ohne Futter für Pferde und ohne Proviant für Menschen bleiben. Alle Nahrungsmittel müßten aus Sibirien oder dem europäischen Rußland bezogen werden. Dieser aber sind die meisten Nahrungsmittel nicht auf diesem Wege herbeizuschaffen, sondern durch Requisitionen und Käufe in der Mandchurei selbst aufgebracht worden. Nach der Besetzung Chharbins durch die Japaner wären die Russen zum Hungertode verurteilt. Abgesehen davon, daß auch Streifzüge in dieser menschenleeren Gegend ergebnislos sein würden, würde auch der Proviantmangel die Russen hindern, die Bahnlinie zu verlassen. Für mehrere hunderttausend Mann samt Pferden die nötigen Waffen, den nötigen Proviant usw. allein durch die russische Regierung wirklich den ungeheuerlichen Gedanken fassen, den Krieg auch fernerhin fortsetzen zu wollen, so muß jeden einsichtigen und fühlenden Menschen ein Schauer überlaufen bei der Vorstellung des riesengroßen Unglückes, in das die verbrecherische Regierung die russischen Soldaten stürzen würde.“

Ein Blick auf die Karte und die einschlägigen geographischen Werke bestätigen vollständig die Darlegungen unseres Gewährsmannes. Bereits jetzt sind die Russen aus dem bevölkerteren Teil der Mandchurei herausgedrängt. Vielleicht werden sie noch einen Versuch machen, sich auf der Linie Tschangtschun-Chharbin zu halten. Tschangtschun ist die Eisenbahnstation an der Bahnlinie Chharbin-Mukden 200 Kilometer nördlich von Tieling, während Chharbin 100 Kilometer östlich die Endstation einer Zweiglinie dieser Bahn bildet, die bei Tschangtschun abgeht. Die Japaner hatten sich in den letzten Tagen bereits Tschangtschun bis auf 100 Kilometer genähert. Sie müßten ungläubliche Toren sein, wenn sie ihren Sieg nicht dazu ausnützen würden, die Russen auch schleunigst aus Chharbin und Tschangtschun zu verdrängen. Ist doch Chharbin eine relativ bedeutende Stadt, und mehr noch Tschangtschun, dessen Bevölkerung schon vor Jahren auf 70 000 geschätzt wurde. Für die Russen bildet dann Chharbin den letzten Sammelpunkt. Werden sie auch aus Chharbin vertrieben, was außer allem Zweifel gelten darf, da die Japaner eher Verstärkungen zur Hand haben werden, als die geschlagenen und demoralisierten Russen, so steht ihnen nur das oben geschilderte Schicksal bevor.

Eine Fortsetzung des Krieges bedeutet also einen Wahnsinn, ein aberwitziges Verbrechen, ein Verbrechen, das die Regierung freilich schon deswegen nicht begehen kann, weil selbst die russischen Generale nach dem Verlust von Chharbin sicherlich den Gehorsam verweigern würden. Einerlei, wie mangelt es dem Jaren sein mag, seine frevelhafte Ostasien-Politik in Schmach und Schande zusammenbrechen zu sehen, es wird ihm nichts anderes übrig bleiben, als mit den Japanern Frieden zu schließen!

### Politische Uebersicht.

Berlin, den 24. März.

#### Reichstag.

Bei der Spezialberatung des Militär-Etats brachte heute zunächst Genosse Nischke wohl begründete Beschwerden gegen die sächsische Militärverwaltung vor, die auf der einen Seite durch die denkbar unbilligsten Arbeitsordnungen armen Proletariats den Lohn kürzt, auf der anderen Seite nicht verhindert, daß der hochfeudale Parforcejadklub, zu dem aller-

dings auch der König von Sachsen gehörte, sich durch Verwendung von Soldaten zu allerhand Dienstleistungen auf Kosten der Allgemeinheit bereichert. Der sächsische Militärbevollmächtigte Freiherr v. Salza versuchte beides zu leugnen, aber Genosse Schöpflin konnte sofort zu den schon von Nischke festgestellten Tatsachen den weiteren Vorwurf gegen die sächsische Militärverwaltung erheben, daß sie unter Ueberschreitung ihrer Amtsbefugnisse über alle Lokale den Militärkontrollverhängt, in denen auch nur eine einzige sozialdemokratische Zeitung gehalten wird. Darauf blieb sie ihm die Antwort schuldig.

Genosse Südekum benutzte zwei weitere Etatforderungen, um der Wehrheit die ungeheuerliche Verschwendung vor Augen zu führen, die innerhalb der militärischen Organisation getrieben wird. Unter Bezugnahme auf die Aeußerung des Abg. Gröber in der Budgetkommission, daß der Reichstag den Militäretat in künftigen Jahren viel eingehender prüfen müsse, als es bisher geschehen sei, verlangte Genosse Südekum, wenn wir schon die unsinnigen Ausgaben für den Militarismus im großen nicht beseitigen können, so doch wenigstens im kleinen die Ersparnisse zu machen, die ohne Schaden für die Wehrhaftigkeit — im bürgerlichen Sinne — gemacht werden können. Aber schon bei dieser ersten Probe versagte das Zentrum. Herr Koeren fand es ganz richtig, daß die bayerischen Oberkriegsgerichtsräte für jeden Straffall 30 M. Entschädigung für verschriebenes Papier erhalten, und Herr Gröber wollte im Interesse der militärischen Sicherung der deutschen Grenzen die Stelle des Kommandanten in Königstein nicht streichen, weil der Ort früher einmal eine Festung gewesen ist. So wurde durch Ablehnung unserer Anträge wieder einmal bezeugt, daß nach bürgerlicher Auffassung Militär-, Marine- und Kolonialverwaltung berechtigt sind, das Geld des Volkes gänzlich sinnlos zu verschleudern.

Nur nicht zugunsten der Arbeiter oder des Kaufmanns, sondern zum Nutzen der heiligen Bureaucratie oder der Agrarier. Im Interesse dieser edlen Herren forderte die Rechte und setzte es mühelos durch, daß die Militärverwaltung ihren Bedarf möglichst ausschließlich bei den Landwirten decken soll. Die Debatte über diese Forderung unterschied sich im allgemeinen nicht von der, die vor drei Tagen über denselben Gegenstand geführt wurde. Nur der Welfe Graf Bernstorff, der sich heute mit den hohenzollernschen Junkern auf der Linie der nationalen Pferdepolitik zusammenschloß, leistete sich eine wertvolle Offenherzigkeit; er verlangte vom Kriegsminister, daß er vom nächsten Jahre an die Pferdepreise um so viel erhöhen solle, als die Zollerhöhung beträgt. Klarer ist von den Konservativen noch nie ausgesprochen worden, daß der Zoll sie bereichert und das Volk belastet. Uebrigens hat die geschäftliche Schlaueit des Junkertums seine Raubrittermanier noch nicht verdorben. Der konservative Abg. v. Treuenfels, natürlich Mecklenburger, überfiel heute den abwesenden freisinnigen Abgeordneten Dr. Pachnide in einer so hinterlistigen und niederträchtigen Weise, daß er selbst seinen Standesgenossen laute Rufe mißbilliger Bewunderung entlockte.

Bei den Militärverträgen wurde die Beratung abgebrochen. Nach einer einseitig langen Rede des Konservativen Pauli über die Spandauer Militärverträge, der, wie alljährlich, auch diesmal sanft mahnend die Regierung bat, durch Befestigung der schlimmsten Uebelstände in Spandau ihm die Stimmen dieser Arbeiterwähler zu erhalten — was sind Hoffnungen, was sind Entwürfe — gab der Präsident die Absicht auf, das Ordinarium der Ausgaben heute noch zu Ende zu bringen. Zur Strafe setzte er aber die nächste Sitzung schon auf Montag 11 Uhr fest.

### Preussisches Abgeordnetenhause.

Das Abgeordnetenhause nahm am Freitag zunächst in dritter Lesung den Gesetzentwurf betr. Maßnahmen zur Verhütung von Hochwassergefahren unter Streichung des in zweiter Lesung eingefügten § 10 an, wonach stets geprüft werden soll, ob die Vorteile der Maßnahmen die dadurch zu befürchtenden wirtschaftlichen Nachteile überwiegen.

Weiter beschäftigte sich das Haus mit der Beratung von Initiativanträgen, die der Budgetkommission überwiegen waren. Gegen den Widerspruch nahm es den Antrag v. Billisen (kons.) betr. die Besoldungsverhältnisse der Militäranwärter im Staats- und Kommunaldienst in folgender Fassung an: Die Regierung zu ersuchen: a) Maßnahmen zu treffen, die geeignet sind, die auf Seiten der Militäranwärter im Staats- und Kommunaldienst zurzeit etwa bestehenden Ungleichheiten hinsichtlich auszugleichen; b) behufs weiterer Abführung der Diätarnezzeit der Militäranwärter eine Vermehrung der diesen zugänglichen etatsmäßigen Stellen baldmöglichst herbeizuführen.

Einstimmig gelangte der Antrag Schmedding (Z.) betreffend die gegenseitige Regelung der Fürsorge für mittellose geisteskrante und schwachsinige Personen in der von der Kommission beantragten Fassung zur Annahme, wonach die Regierung um die Vorlegung eines Gesetzentwurfes ersucht wird, der bestimmt, daß so weit die Landarmen-Vereine nicht gesetzlich verpflichtet sind, die Kosten der Unterbringung derjenigen mittellosen geisteskranten und schwachsinigen Personen zu übernehmen, welche nur oder vorwiegend behufs des Schutzes anderer Personen gegen ihre Ausschreitungen der Unterbringung in Anstalten bedürfen, der Staat diese Kosten auf die Staatskasse zu übernehmen hat.

Gleichfalls angenommen wurde der Antrag Faltin (Z.) betreffend Gleichstellung der Gerichtsekretäre mit den Sekretären in der Verwaltung.

Unerledigt blieb ein Antrag Bachmann (nat.), die Regierung zu ersuchen, dahin zu wirken, daß gleichzeitig mit dem Inkrafttreten des neuen Zolltarifs eine mit richtiger Unabhängigkeit ausgestattete Reichsbehörde eingerichtet werde, welche die Aufgabe haben soll, in Zollangelegenheiten über Beschwerden gegen Entscheidungen der Landesfinanzbehörden in einem nach ähnlichen Grundsätzen wie das Verwaltungsstreitverfahren auszugestaltenden Verfahren zu entscheiden. Die Beratung wurde nach kurzer Debatte abgebrochen.

Am Sonnabend fällt die Sitzung wegen des katholischen Feiertages aus.

Am Montag steht die erste Lesung der beiden Berggesetz-Novellen auf der Tagesordnung.

### Deutsches Reich.

#### Matrularbeiträge oder Zuschulanleihe?

Die schon am Donnerstag in der Budgetkommission des Reichstages angeknüpfte Frage, ob das Defizit im Ordinarium des Reichsstaats durch Matrularbeiträge oder durch eine Zuschulanleihe gedeckt werden soll, beschäftigte am Freitag die Kommission fast eine ganze Sitzung lang. Der Referent, Abg. Speck, hatte schon betont, daß wir nur dann aus der Schuldenwirtschaft im



**Reichs herauskommen, wenn nicht Dinge wie Waffenforderungen in den außerordentlichen (d. h. durch Anleihen zu bedeckenden) Etat gesteckt werden, die ihrer Natur nach nicht dahin gehören.** Abg. Dr. Krenzl zog aus dem günstigen Stande der preussischen Finanzen im Verhältnis zu denen des Reiches den direkten Schluss, daß in unserer Finanzgebarung etwas nicht richtig sei. An diese Erörterungen knüpfte am Freitag die Debatte an. Abg. v. Richtigshofen hätte den Einzelstaaten gern die höhere Belastung erspart, die ihnen der Antrag Sadelum gebracht hat; aber er glaubte, daß sie sich mit der Lastfahigkeit abfinden müssen. Sehr energisch gegen die Klagen der Einzelstaaten sprach sich der Abg. Gröber aus: sie hätten ja auch immer für die Militär- und Flottenbewilligungen gestimmt — da hätten sie sich die Konsequenzen eben vor Augen halten sollen. Diese Zurechtweisung löste den thüringischen Bundesrats- bevollmächtigten Paulsen auf den Plan; er behauptete kurz und bündig, die Kleinstaaten könnten die Folgen der stummstimmigen Beschlüsse einfach nicht ertragen. 71 Millionen Mark Matrifularbeiträge seien viel zu viel; auch eine etwaige Stundung nehme doch die Last nicht von ihren Schultern. Auf einen anderen Standpunkt stellte sich der Reichs-Schatzsekretär v. Stengel, der eine Berechtigung für eine solche Diskussion umsoweniger anerkennt wollte, als sie ja bei der in diesem Jahre noch vorzuliegenden materiellen Finanzreform noch einmal gepflogen werden müsse. Dieser Ansicht war auch Abg. Singer, der den Vertretern der Einzelstaaten ganz gehörig die Leutchen las; ihre stille Hoffnung, daß das Plenum den Beschluß der Kommission umstoßen werde, sollten sie nur fahren lassen. Bis zur Einführung direkter Reichsteuern müßten die Matrifularbeiträge unter allen Umständen erhalten bleiben.

Die Belastung der Einzelstaaten könne unter keinen Umständen als unerträglich bezeichnet werden, solange die verantwortlichen Vertreter der Finanzministerien für die Ausgaben des Reiches eingetreten seien; sie müßten jetzt lediglich die Konsequenzen ihrer Bewilligungen tragen. Die in der Debatte vorgebrachte Anschauung, als ob ein Staat, der weniger Matrifularbeiträge zahle, begünstigt werde, sei ganz falsch. In der Stundung der Beiträge äußere sich eine große Rücksicht auf die Lage der Kleinstaaten. Der Schatzsekretär kündigte an, daß er im Plenum nochmals den Versuch machen werde, den Beschluß der Kommission umzusetzen; nach der zweiten Lesung des Etats werde der Bundesrat dazu Stellung nehmen: dann ließe sich vielleicht noch eine Verständigung andahnen. Abgeordneter Gröber nahm die Streitfrage auf und erwiderte dem Schatzsekretär, man werde sich nach seiner lokalen Kriegserklärung darauf einrichten. Auch der Abg. Sadelum sagte, daß der Reichstag sich vorsetzen müsse; die Abstimmung in der Kommission sei sowohl aus etatrechtlichen wie aus sachlichen Gründen gerechtfertigt. — Auf die in der Diskussion gefallene Bemerkung, daß ein sächsischer Minister einzelne Reichsausgaben für überflüssig erklärt habe, erklärte der sächsische Geheimrat Rügner, daß das der verstorbene Herr v. Weydort gewesen sei; Abg. Ledebour vermittelte sehr eine nähere Angabe über interessante Aufklärung, über die die sächsische Regierung doch auch nach dem Tode jenes Ministers Auskunft geben müsse. — Gegen den Vorschlag des Abg. Sped, die Matrifularbeiträge nötigenfalls auch nach ein zweites Jahr zu sünden, erhob Abg. Krenzl Protest.

Der Antrag Sped, in Konsequenz des früheren Beschlusses der Kommission (Antrag Sadelum), die ganze Zuschußanleihe aus dem Etat zu streichen, wurde alsdann einstimmig angenommen. — Die vorgeschlagene Anleihe für den außerordentlichen Etat in Höhe von 264 Millionen Mark wurde genehmigt.

Bei der sodann folgenden Beratung des Etatsgesetzes regte Abg. Sped die alte Frage des Erlasses eines Komptabilitätsgesetzes (Abrechnungsgesetzes) an. Der Staatssekretär versprach, sich dafür einzusetzen, sobald man im Schatzamt nur erst ein wenig Zeit habe, jetzt aber sei seine Belastung mit anderen Gesetzen zu groß. Das erkannte die Kommission auch an.

Zur Verstärkung der Betriebsmittel der Reichshauptkasse werden seit Jahren je nach Bedarf Schatzanweisungen ausgegeben, die gleich Wechseln diskontiert werden. Bis jetzt ist man mit 275 Millionen ausgekommen. In diesem Jahre setzt die Kommission den Betrag auf 330 Millionen Mark hinauf. Die Geldlemme bei der Reichskasse rührt zum größten Teil aus der Verpflichtung zur Voranschlagsleistung an Versicherungsinstitute her. Abg. Singer wies deshalb darauf hin, daß diese Vorläufe eine unbedeutende Hilfe für die Versicherungsanstalten, zumal bei der Unfallversicherung, seien. Man solle deshalb schon vor der Reform der Versicherungsgesetzgebung Sorge dafür tragen, daß das Reich von dieser Voranschlagsleistung entlastet werde. — Abg. v. Richtigshofen bestritt, daß es sich dabei wesentlich um eine Hilfe für die Unternehmer handle.

Nach einem Antrage des Abg. Dr. Passart, der von der Kommission einstimmig angenommen wurde, sollen den Einzelstaaten alle Matrifularbeiträge über den Betrag von 213 Millionen Mark hinaus gestundet werden.

Damit war die Beratung des Etats beendet. Die Kommission beschäftigte sich sodann noch mit einer vom Abg. Dr. Hermes vorgelegten Resolution, in der Zufüge zum Sachdarlegungsgesetz gefordert wurden.

Zunächst wird sich nunmehr die Budgetkommission nach Abschluß der Etatsberatung im Plenum mit der Beratung der Militär- und Pension-Gesetze befassen. Man hofft, noch vor Ostern eine erste Lesung durchzuführen zu können. Der Vorsitzende und die Vertreter der Zentrumspartei wünschten die vorhergehende Beratung der Stempelsteuer-Novelle und des Totalitätsgesetzes, wurden aber von den Sozialdemokraten, Freisinnigen, Nationalliberalen und der Rechten überstimmt. —

**Elektrische Schnellbahnen.** Gelegentlich der Verhandlungen des preussischen Herrenhauses über die Kanalvorlage hatte Graf Mirbach gefragt, ob elektrische Schnellbahnen nicht besser zur Entlastung des Güterverkehrs dienen könnten als Kanäle.

In der Kommission des Herrenhauses hat nun Minister v. Duda, wie aus dem jetzt erschienenen Kommissionsbericht hervorgeht, sich hinsichtlich des Güterverkehrs ablehnend, hinsichtlich des Personenverkehrs durch elektrische Schnellbahnen aber wärend geäußert. Es lägen für eine Personen-Schnellbahn Berlin-Hamburg zwei Entwürfe vor, von denen der eine die Kosten auf 75 Millionen, der andere auf 150—160 Millionen veranschlagte.

Diese Projekte sähen, so führte Herr v. Duda aus, nur den Personenverkehr zwischen Berlin und Hamburg vor und zwar ohne jede Haltestelle. Ganz abgesehen davon, daß er die angelegte Summe für zu niedrig halte, stellten sich der Durchführung außerordentlich große technische Schwierigkeiten entgegen, besonders bei dem Neubau der bestehenden Strecken, beim Anlegen von Rangiervorrichtungen und der Sicherung der Stromleitung gegen Unglücksfälle. Außerdem müßten die sämtlichen Betriebsmittel umgeändert werden, was enorme Kosten verursache.

Auf dem Gebiete der elektrischen Schnellbahnen scheint also Brechen nicht in der Welt voran zu eilen. Es gibt aber kein schlagenderes Argument gegen den Widerstand der kapitalistischen Ordnung als diese Erfahrung, daß nach dem Stande der Technik die Menschen schon 200 Kilometer und mehr in der Stunde sich vorwärts bewegen könnten, während der Kapitalismus nur eine Höchstgeschwindigkeit von 80 und 100 Kilometern zuläßt. Diese Differenz charakterisiert zugleich das Maß, um das die kapitalistische Ordnung hinter den technischen Produktivkräften zurückbleibt. —

**Militärstütze.** Aus Thorn meldet uns ein Privattelegramm: Auf Veranlassung von Berichtsherrn verurteilte das Oberkriegsgericht des 17. Armeekorps den früheren Musikleiter, jetzigen Reservisten Bernhard Kappel-Berlin, der gelegentlich eines Divals im Manöver bei Schneidemühl sich einen gelinden Kauf angetrunken, dann Unteroffiziere angerempelt und sich disziplinarisch vergangen, wegen Schlagsverletzung, Beleidigung, Ungehorsam gegen Befehl in Dienst-sachen, Beharren im Ungehorsam, ausdrücklicher Gehorsamsverweigerung, Selbstbefreiung als Gefangener, Widerlegung und tätlichen Angriffs gegen Vorgesetzte zu 6 Jahren Gefängnis, während

das Kriegsgericht 3 Jahre Gefängnis als ausreichende Sühne erachtet hatte.

Die Verurteilung des Angeklagten, er habe die Vergehen in unzurechnungsfähigem Zustande begangen, wurde verworfen.

Ein Leben vernichtet wegen geringfügiger Exzesse im Rausch!

**Umwälzungen in der Weltpolitik.** In der „Nachzeitung für Schneider“ lesen wir:

„Der Leberzieher der Offiziere der Marine-Infanterie erfährt durch Verfügung vom 22. Februar folgende veränderte Beschaffenheit: Das Rückenstück soll lose sitzen und so weit geschnitten sein, daß der Leberzieher zu Epaulen umgehängt und oben zugefast werden kann. Im Rückenstück befindet sich eine Längsfalte, welche unterhalb der Aragennäh durch eine im Dreieck geführte Steppnäh zusammengehalten wird. Die Spitze dieses Dreiecks liegt in der Aragennäh; die untere, waagerechte Kante ist 6 Zentimeter lang und läuft 2 Zentimeter unterhalb der Aragennäh; in ihrer Mitte befindet sich ein geschnürter Ringel. Von hier ab bis zum unteren Rande der Taillegarbe wird die Falte zusammengebügelt. Die ganze Breite der Falte beträgt an der Aragennäh 7, in der Taille 9 Zentimeter.“

Wenn das weltpolitische Interesse derart sich in die Konfektion verflucht, braucht man um den Karolko-Nummel nicht besorgt zu sein. —

**Die rettende Majestätsbeleidigung.** Um sich ein Unterkommen zu verschaffen, hat der Malerlehrling Oscar Hartmann, ohne festen Wohnsitz, am 18. Februar, als er beim Betteln betroffen wurde, eine Majestätsbeleidigung begangen. Er hatte sich dieser Tage vor der Strafkommission des Landgerichts Polen zu verantworten. Der Angeklagte, der erst vor einigen Tagen aus dem Zentralgefängnis in Bronze entlassen worden war, wo er ebenfalls wegen Majestätsbeleidigung eine einjährige Gefängnisstrafe verbüßt hatte, gab vor Gericht zu, die Majestätsbeleidigung begangen zu haben; er könne gegenwärtig in seinem Beruf keine Arbeit finden und wolle sich daher im Gefängnis ein längeres Unterkommen verschaffen. Das Gericht verhalf dem Bittenden zu seinem Vorhaben und verurteilte ihn zu drei Monaten Gefängnis und vier Wochen Haft. Letztere wurde durch die erlittene Untersuchungshaft für verbüßt erklärt. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt.

Man weiß nicht, ob die Anklage gegen die soziale Ordnung oder gegen den § 95 scharfer aus dieser Verhandlung tönt. Hebrigens beweisen diese nicht seltenen Fälle, daß selbst die elendesten und stumpfsten Menschen unter den Opfern der heutigen Gesellschaft das Bewußtsein haben, die Majestätsbeleidigung sei das anständigste Delikt. Der Majestätsbeleidigungs-Paragraf erweist sich als die Zulage von Leuten, die ohne wirkliche Vergehen verurteilt zu werden, ohne die Rechte eines Mitmenschen wirklich zu verletzen, doch ins Gefängnis kommen möchten, weil selbst der Kerker ihnen Freiheit und Frieden dünkt gegenüber der Selbste des Kapitalismus. —

**Mirbach in Württemberg.** Aus Stuttgart meldet uns eine Privatdepesche: Aufsehen erregt eine Enthüllung der „Kardar-Zeitung“ über einen angeblich umfangreichen Ordensschacher, an dem ein einflussreiches Mitglied der Hofgesellschaft, Graf v. Linden, beteiligt sein soll. Graf v. Linden, der Vorsitzender des Württembergischen Vereins für Völkervermehrung ist, soll mehreren Personen für erhebliche Beiträge zum Bau eines Museums für Völkervermehrung württembergische Orden versprochen und tatsächlich verschafft haben. Allerdings ist dieser Mirbach mehr wissenschaftliches als kirchliches Sammelgenie! —

**Der Memierte Zensur.** München, 23. März. (Eig. Ber.) Auf die Beschwerde der Direktion des Deutschen Theaters hat die Regierung von Oberbayern das polizeiliche Verbot der Aufführung des „Banerhüdes: Der Lehrer von Seeby“ aufgehoben. Damit aber der überkritische polizeiliche Zensur nicht gar zu sehr blamiert ist, erklärt die Kreisregierung in ihrem Bescheid, die von der Polizei angeführten Gründe ließen allerdings die Aufführung nicht als bedenkensfrei erscheinen, könnten jedoch nicht als ausreichend erachtet werden, um das ergangene Verbot zu rechtfertigen. Der Polizeidirektion wird jedoch das Recht vorbehalten, Änderungen oder Streichungen im Texte vorzunehmen.

Die Zensur hat nun das Stille vorbehaltlos freizugeben. Das war allerdings auch das Klügste, was sie tun konnte. Hat sie doch den Schmerz erleben müssen, daß sogar ein Zentrumsblatt, allerdings nur eines, ironisch erklärte, die Begründung des Verbotes sei „ebenso eigenartig als geistreich“. —

**Die lex Köller vor dem Landesausschuß.**

Aus Straßburg schreibt uns unser W.-Korrespondent unterm 23. März: Heute waren wieder einmal die Tribünen des Landesausschusses dicht besetzt: die erste Lesung des Gesetzentwurfs über das öffentliche Vereins- und Versammlungsrecht fand statt, und außer dem Staatssekretär von Köller, der in höchst eigener Person den Entwurf begründete, sprachen nicht weniger als sieben Abgeordnete, und es muß zugestanden werden, daß das gebotene Schauspiel partizipativisch sehr interessant war.

Zunächst vertrat es Herr von Köller ausgezeichnet, in seiner Begründung den vorgelegten Gesetzentwurf durch Vergleiche mit dem herrschenden Rechtszustand und dem in der vorigen Session eingebrachten liberalen Initiativ-Gesetzentwurf als außerordentlich liberal hinzustellen, so daß der Unterzeichner jenes Entwurfes, der Abgeordnete Wetterlé, sich bei dieser Betonung seines reaktionären Wesens recht unwohl fühlte. Mit voller Berechtigung führte gegen diese tattisch jedenfalls geschickte Methode des Staatssekretärs unser Genosse Em mel aus, daß für die Beurteilung einer 1905 von der Regierung eingebrachten Gesetzesvorlage der rückschrittliche Sinn des Gesetzes von 1894 und des Code Penal durchaus unerheblich ist. Freilich bietet die lex Köller erhebliche Verbesserungen, aber das ist nicht sehr schwer, weil ein schlechteres Vereins- und Versammlungsrecht als das zurzeit geltende gar nicht denkbar ist.

Die Kritik, die von verschiedenen Seiten, und zwar außer vom Abgeordneten Em mel auch von den Herren Wetterlé, Riff, Wumenthal, Goch und Hoefel geübt wurde, erstreckte sich namentlich auf den Ausschluß der Minderjährigen aus politischen, sozialpolitischen und religiösen Vereinen, sowie aus politischen Versammlungen, ferner auf den Ausschluß der Frauen aus Vereinen, die eine Einwirkung auf politische Wahlen bezwecken, und Wahlversammlungen. Hauptächlich die Schädigung, die die Gewerkschaften aus Grund solcher Bestimmungen erfahren müßte, wurde von Em mel hervorgehoben. Im übrigen wird es zweifellos in den meisten Fällen unmöglich sein, politische Vereine von Vereinen zu unterscheiden, die eine Einwirkung auf politische Wahlen bezwecken, so daß schon hieraus hervorgeht, daß die ganze Fassung des Gesetzes geändert werden muß. Sehr angegriffen wurden auch die Bestimmungen, die ein Verbot von Vereinen und Versammlungen, die den öffentlichen Frieden gefährden, vorsehen.

Trotz dieser Stellungnahme nahezu aller Redner wäre es verfehlt, eine wesentliche Verbesserung des Entwurfes zu erwarten. Und das ist gerade das partizipativische Interessante. Die organisierten jüngeren Parteien bemühen sich, mit ihren Ansichten durchzudringen, die Mehrheit aber besteht aus den schweigenden Rotablen, die dann auch in die Spezialkommissionen gewählt worden sind. Der frische Zug, der vor drei Jahren in das Haus wehte, hat zwar manche alte Gewohnheit gestürzt, aber erst ein direktes allgemeines Wahlrecht wird aus dem „Rustparlament“ in Volksparlament machen können! —

**Die Ausgaben für Reittiere für Südwestafrika.**

Die „Abd. Allg.“ polemisiert gegen uns, weil wir aus dem letzten Nachtragsetat für Südwestafrika die Kosten für Beschaffung von weiteren 1000 Pferden unrichtig wiedergegeben und dementsprechend auch unzutreffend glossiert hätten. Erstlich seien nicht 6 500 000 M. gefordert worden, sondern nur 6 150 000 M. Zweitens sei diese Summe gefordert worden nicht nur für 1000 Ersatzpferde, die voraussichtlich im Rechnungsjahre 1905 entfallen werden müssen, sondern für die sämtlichen Reit- und Jagdtiere, welche für die seit

12. November b. J. zur Verstärkung der Schutztruppe notwendig geworden seien.

Diese Verstärkungen erforderten die Beschaffung von rund 7000 Reit- und Jagdtieren. In Deutschland wurden 3000 Pferde gekauft. Kaufpreis und Transportkosten stellen sich auf rund 1050 M. pro Pferd. Das ergibt für 3000 Pferde die Gesamtsumme von 3 150 000 M. Die übrigen 4000 Tiere müssen in Südafrika beschafft werden. Da der Anschaffungspreis nach den bisherigen Erfahrungen einschließlich Transport sich pro Tier auf rund 600 M. stellt, so ergibt sich die weitere Summe von 2 400 000 M. Die Gesamtkosten für 7000 Reit- und Jagdtiere, die für die Verstärkungen der Schutztruppe im Rechnungsjahre 1904 noch anzufordern waren, stellen sich also auf 5 550 000 M. Dazu treten 600 000 M. für den Ankauf von 1000 Pferden, die zum Ersatz für Abgänge im Rechnungsjahre 1905 dienen sollen.

Wir haben die von der „Abd. Allg.“ monierten irrigen Angaben der Montagsnummer der Freien Deutschen Presse entnommen, der auch der erwähnte Druckfehler (6 500 000 statt 6 150 000 M.) unterlaufen war.

Die Polemik der „Abd. Allg.“ hat aber jedenfalls das Gute, darauf hingewiesen zu haben, daß jedes aus Deutschland importierte Pferd uns um 450 Mark teurer zu stehen kommt, als jedes in Südafrika angekaufte! Wie zweifellos sehr daran, daß die Qualität der ostpreussischen Pferde diese Mehrausgabe auswiegt! Pferdefreunde, die den Burenkrieg mitgemacht hatten, haben uns den südafrikanischen „Pony“ für südafrikanische Verhältnisse als ganz vorzüglich geeignet, namentlich als ungemein ausdauernd geschilbert. Das soll nun auf einmal anders geworden sein? Das können doch nur ostpreussische Großgrundbesitzer glauben!

Berlin, 24. März. Ein Telegramm aus Windhuk meldet: An Typhus sind gestorben: Reiter Richard Hartung, geb. am 12. 6. 83 zu Jülichau, am 10. März 05 im Lazarett zu Windhuk, Gefreiter Alois Keil, geb. am 25. 10. 82 zu Danneberg, am 18. März 05 im Lazarett Westanien. Bei einem Ueberfall der Station Martenthal am 17. März wurden verwundet: Reiter Julius Schmidt, geb. am 23. 6. 84 zu Kirchheim, schwer durch Brustschuß, Reiter Lorenz Raden, geb. am 23. 2. 81 zu Biersen, leicht durch Schuß in das rechte Gesäß, Reiter Paul Lofe, geb. am 11. 12. 84 zu Katholisch-Hammer, leicht durch Schuß in das rechte Gesäß.

## Ausland.

**Die italienische Kammer über die Kabinettpolitik.**

Rom, 24. März. Deputiertenkammer. Bei der fortgesetzten Beratung der vom Minister Tittoni abgegebenen Erklärungen führt Lecchio (Linke) aus, die Kammer müsse befürworten, daß ihre Lage unverändert ist; sie werde das tun, wenn sie eine einfache Tagesordnung annehme und der Krone die Wahl der Männer überlasse, welche die geeigneten seien, die Mehrheit zu vertreten, von der Giolitti unterstützt wurde. Chimirri von der Rechten begründet eine einfache Tagesordnung. Er spricht seine Freude über die von Tittoni gegebenen Erklärungen aus und sagt, viele seiner Freunde würden diesen Erklärungen gern zustimmen, wenn sie von einem Ministerium abgegeben worden wären, das lebt und zum Leben bestimmt ist, und nicht von einem scheidenden Ministerium, das nicht die Verpflichtung übernimmt, nach den von ihm abgegebenen Erklärungen zu handeln.

Pantano (äußerste Linke) begründet eine Tagesordnung, die sich für politische und wirtschaftliche Reformen in demokratischem Sinne, darunter den Betrieb der Bahnen durch den Staat, ausspricht. Sodann spricht Marsengo-Vallia zur Begründung der von ihm eingebrachten und vom Minister Tittoni gestern der Kammer zur Annahme empfohlenen Tagesordnung, die sich für Fortsetzung der liberalen Politik ausspricht, welche das Programm der letzten Wahlen bildete.

Fortis erklärt, indem er die gestrigen Ausführungen Tittonis aufnimmt, daß er sich in Uebereinstimmung befinde in der lauten Verjahung des weltlichen Charakters des Staates. (Sehr gut!) Tittoni könne keine Verantwortung für die Mitwirkung der Ministerialen bei den politischen Wahlen haben; wenn diese jemand zufiele, so wäre es Giolitti. Auf die Eisenbahnfrage übergehend, sagt Fortis, daß die Uebernahme des Betriebes der Bahnen durch den Staat infolge zahlreicher Umstände eine Notwendigkeit geworden sei; der Staat müsse sich ernstlich darauf vorbereiten, den Betrieb zu übernehmen. Was die Frage des Eisenbahnpersonals betreffe, so wäre es ohne Zweifel notwendig, dessen Lage so viel als möglich zu bessern, aber im Hinblick auf die wirtschaftliche Lage des Landes; denn man müsse dem Rechnung tragen, daß die Eisenbahnen nicht allein für das Personal erbaud seien. (Sehr gut! Bravo!) Was den Zustand mit der Obstruktion anbeträfe, so dürfe man nicht zulassen, daß ein den öffentlichen Interessen dienender Dienstzweig strafflos verlassen werden könne. (Lebhafte Zustimmung.)

## Schweiz.

**Eine Niederlage der Mittelstandspolitik.**

Zürich, 22. März. (Eig. Ber.) Seit einer Reihe von Jahren haben die organisierten Kaufleute des Kantons Zürich wiederholt Anläufe, unterstützt von einer wilden Agitation, gemacht, um die fruchtlos gepfändeten Schuldner amtlich zu publizieren, das heißt, sie an den Pranger zu stellen und ihnen jeden weiteren Kredit zu verunmöglichen. Diese launenhaften Mittelstandsleute, die sonst zu den schärfsten Gegnern jeder Staatshilfe für die Arbeiter gehören und sie auf den Weg der Selbsthilfe verweisen, wobei aber wieder die geschätzten Konsumvereine ausgeschlossen sein sollen, scheuen sich also nicht, den Staat zum Vütel für ihre gemeinen Krämerinteressen zu machen. Die Regierung lehnte es denn auch ab, dem Verlangen nach einem solchen reaktionären Gesetze zu geben. Für den Fall aber, daß der Kantonsrat dennoch den Erlaß eines Gesetzes beschließen sollte, forderte sie, minderjährige und unschuldig Zahlungsunfähige von der Publikation auszunehmen und den andern vor der Publikation noch eine Frist von 6 Wochen zur eventuellen Befriedigung der Gläubiger zu gewähren. Erfolgreich diese Befriedigung erst nach der Publikation, so ist die Rehabilitation auf Kosten des Schuldners vorzunehmen. Die Kommission des Kantonsrates akzeptierte diese Eventualanträge, nur verlängerte sie die Frist auf vier Monate.

Der Kantonsrat widmete dieser ganz niedrigen Mittelstandspolitik zwei Sitzungen und in den Verhandlungen trat einzig der Präsident des Geschäftstreibenden Verbandes, ein gewisser Kunz Wä in Winterthur, mit der nötigen Dreifigkeit und Rücksichtslosigkeit dafür ein. So erdreistete er sich, das bekannte Arbeiterquartier Außer-Rodlitz ganz allgemein als ein „Kliff für Schwindler“ zu beschimpfen, was ihm den Ruf „Ungewaschener Maul“ eintrug. Der liberale Advokat Dr. Zuppinger wünschte die vier Monate Frist, damit die „Böhschäftigkeit“ helfend eingreifen kann, wodurch der arme Teufel vom Regen in die Traufe käme. Der demokratische Professor Dr. Jäckler wandte sich energisch gegen die gewöhnlichen Schandthaten und beantragte, vom Obergericht ein Verzeichnis der Zahlungsunfähigen anlegen und den Interessenten zur Einsicht auflegen zu



lassen. Namens der Regierung wandte sich Dr. Stögel gegen den Raubakt mittelständischer Terroristen. Von sozialdemokratischer Seite bekämpften das Begehren die Genossen Dr. Studer, Lang und Pflüger, die den reaktionären, undemokratischen Charakter desselben nachwiesen, hervorhoben, wie von junggezwungenen Geschäftsbereitenden unermittelten Leuten der Kredit gegen ihren Willen aufgedrängt werde. Zu welchem Vorhaben jene wieder durch ihre Prinzipale veranlaßt werden. Aber während man arme Teufel an die Schandtafel bringen wollte, werden die großen und wirklichen Steuerbetreiber, die den Staat um Millionen prellen, nicht genannt, ja man publiziert auch Justizsträfliche nicht. Die wirklichen böswilligen Schuldner sind im übrigen in den feinen Kaffees beim Stat und Bilanz zu treffen. Insofern Arbeiter zahlungsunfähig sind, sind daran die absolut ungenügenden Arbeitslöhne schuld, die in keinem Verhältnis zu den teureren Kosten der Lebenshaltung stehen.

Schließlich wurde mit 168 gegen 27 Stimmen die Mittelstandsaktion abgelehnt, dagegen der Antrag des Professor Rührer angenommen. Nun wird der Mittelstand wohl nicht lange mehr leben!

**Ein demokratischer Schritt.** Im Kanton Genf ist am Sonntag in der Volksabstimmung mit 3602 gegen 484 Stimmen beschlossen worden, die für das kantonale Referendum erforderliche Unterschriftenzahl von 3500 auf 2500 herabzusetzen, was eine wesentliche Erleichterung im Gebrauche dieses wichtigen demokratischen Rechtes bedeutet.

### Dänemark.

**Das Prügelgesetz.** Wie bereits eine Depesche meldete, ist das verhängte Gesetz, durch das die Prügelftrafe für erwachsene Männer provisorisch wieder eingeführt werden soll, vom Jolleting mit einer allerdings nur geringen Mehrheit angenommen worden. Es handelte sich hier um die zweite Beratung, aber es ist kaum irgend welche Aussicht vorhanden, daß das Gesetz bei der dritten Beratung oder im Landsting, dem es dann wieder überwiesen wird, scheitert. Im vorigen Jahre standen sich bei der entscheidenden Abstimmung 54 Prügelreue und 50 Prügelgegner gegenüber; nun wurde der Antrag des Liberalen R. Andersen, die Prügelftrafe durch Zwangsarbeit zu ersetzen, mit 56 gegen 46 Stimmen abgelehnt. Die Minderheit, bestehend aus den 16 Sozialdemokraten, 12 Radikalen, 6 Konserativen, 3 Moderaten und 9 Mitgliedern der Regierungspartei. Es waren also nur unsere Parteigenossen, die in mäßig gegen jene kulturfeindliche Strafmethodo stimmten; in allen anderen Fraktionen ist man geteilter Meinung. In der Regierungspartei ist offenbar in letzter Zeit mit besonders starkem Druck gearbeitet worden, um eine möglichst starke Prügelmajorität zu erzielen. Sehr zutreffend bemerkte unser Parteigenosse Borgbjerg in der verhältnismäßig kurzen Debatte: „Es ist in der verflochtenen Woche verhandelt worden, aber nicht offiziell; nein, man hat sich zusammengesetzt in kleinen Gruppen, wie es die Moderaten zu ihrer Zeit taten, was der Regel zu ihrem Sarge wurde.“ — Gleicht liegt in diesen Worten eine Bedeutung für die Zukunft der Reformpartei. Uebrigens ist das „Prügelgesetz“ ja nur ein provisorisches Gesetz, das so lange gelten soll, bis das allgemeine Strafgesetzbuch revidiert worden, aber nicht länger als sechs Jahre. Einige Bestimmungen sind jedoch für dauernd angenommen worden, nämlich die über die Straffreiheit der Kinder. Die Minder des Gesetzes suchten ihren Entwurf durch diese Scheinverbesserung den schwanfenden Elementen im Reichstage annehmbarer zu machen. Aber hinter dieser Scheinverbesserung verbergen sich offenbar auch reaktionäre Absichten. Dem dänischen Reichstage liegt bekanntlich auch ein Besetzungswurf über die Erziehung verwehrteter Kinder vor und man will augenscheinlich dieses Gesetz weniger dringlich dadurch machen, daß man die am meisten inhumanen Bestimmungen über die Strafverantwortung der Kinder etwas verbessert. —

### Amerika.

#### Zur Venezuela-Angelegenheit.

Präsident Castro macht den europäischen Mächten und den Vereinigten Staaten von Amerika viel zu schaffen. Die Kapitalisten der verschiedenen Staaten, die gegen die südamerikanische Republik drohend aufzutreten, haben große Forderungen und fürchten, ihr Geld nicht zu bekommen. Da muß natürlich die Staatsgewalt eingreifen. Nun liegen die Dinge aber sehr verwickelt. Vor 2 Jahren wurde durch einen Vertrag ein Schiedsgericht eingesetzt, welches nach vielen Beratungen den Forderungen Deutschlands und Englands den Vorschlag einräumte; diese sollten durch die Hälfte der Zoll-einnahmen zweier Häfen sichergestellt werden. Italien und Frankreich haben auch Forderungen und machen diese immer dringender geltend. Die Vereinigten Staaten haben ebenfalls „die Rechte“ große Kapitalisten zu vertreten. Da ist die Vermutung Asphalt-Gesellschaft, amerikanische Unternehmer, die mit großer Rücksichtslosigkeit in Venezuela aufgetreten sind und sich Rechte anmaßten, um die Ausbeutung der Schätze des Landes ungehindert zu betreiben. Venezuela ließ sich diese Annahme nicht gefallen und das Eigentum der Asphalt-Gesellschaft wurde beschlagnahmt. Darob großer Lärm, Klagen, diplomatische Vorstellungen. Die Sache kam vor die Gerichte Venezuelas und diese haben in den letzten Tagen den Spruch abgegeben, daß die Asphalt-Gesellschaft im Unrecht sei. Die Vereinigten Staaten sind damit nicht zufrieden und fordern durch ihren Gesandten Bowen in Caracas ein Schiedsgericht. Auf dieses Verlangen hat Präsident Castro noch keine Antwort gegeben, und die Amerikaner tun sehr entrüstet, daß Castro mit der Antwort zögert.

Sobald nun die amerikanischen Wünsche erfüllt werden, und andere Staaten Verlichtigung finden, haben Deutschland und England den Nachteil davon. Castro sieht seinen Vorteil in diesem Widerstreit der fremden Interessen und soll durch gezielte Arrangements für 26 Millionen Dollars Venezuela-Bonds in England und Deutschland untergebracht haben. Die Auslösung dieser Bonds wird natürlich gefährdet, wenn man Venezuela nicht in Ruhe läßt. Die Regierung in Washington muß auch vorsichtig sein, um die Opposition im Kongress gegen Roosevelts und Hays auswärtige Politik nicht zu sehr zu reizen. Diese Opposition ist Roosevelts in der letzten Zeit wiederholt recht unbehaglich geworden.

Verwickelungen anderer Art hat Venezuela mit Holland. Fünf holländische Matrosen sollen seit sieben Monaten schon ungesetzmäßig Weise im Gefängnis sitzen und die Behörden weigern sich, die Gefangenen freizugeben. Holland droht mit Gewaltmaßnahmen. Italien nimmt auch an, daß Präsident Castro allerlei Unannehmlichkeiten suche, vielleicht um die Aufmerksamkeit der Republik nach außen zu lenken und seine Stellung zu befestigen, denn innere Unruhen wären nichts Außergewöhnliches in Venezuela. —

## Hus Industrie und Handel.

Die japanischen Anleiheverhandlungen in London sind gestern zum Abschluß gelangt. Der Betrag der neuen äußeren Anleihe, die zu einem Kurse von 90 Proz. ausgegeben wird, stellt sich auf 10 Millionen Pfund Sterling, also ungefähr 600 Millionen Mark, der Zinssatz auf nur  $4\frac{1}{2}$  Proz., nicht wie es bisher hieß, 5 Proz. Der Uebernahmefurs beträgt für die an der Emission beteiligten amerikanischen Banken  $83\frac{1}{2}$  Proz., der, da nach den Abmachungen 1 Pf. Sterl. = 5 Dollar gerechnet wird, einem Londoner Kurs von  $86\frac{1}{2}$  Proz. entspricht. Da für die beiden ersten äußeren Anleiheanleihen, obgleich deren Verzinsung 6 Proz. beträgt, die Uebernahmefurs nur wenig höher gewesen sind, nämlich 88 bezw.  $89\frac{1}{2}$  Proz., so hat Japan diesmal weit günstigere Bedingungen zugestanden erhalten. Auch auf die Verpändung der Einnahmen aus den japanischen Staatsbahnen oder der nordjapanischen Petroleumterrains hat das Uebernahmeforsorium völlig verzichtet; es begnügt sich mit der Sicherstellung der Zinsen aus den Reinerträgen des japanischen Tabakmonopols, die im letzten Rechnungsjahr ca. 15 Millionen Yen (ca. 30 Millionen Mark) betragen haben.

Soweit bietet das Resultat zum etwas Besonderen, wenn auch im ganzen Japan günstige Bedingungen erzielt hat, als nach den Londoner Meldungen erwartet werden durfte, aber die Uebernahme folgt: die deutsche Bankwelt bleibt an der Anleihe völlig unbeteiligt; sie geht gänzlich leer aus. Nach all den vielen Meldungen, die während der letzten Tage durch die Vorkenpresse liefen, ein recht eigenartiger Ausgang der Verhandlungen. Das Uebernahmeforsorium besteht ausschließlich aus englischen und amerikanischen Banken und zwar aus dem Bankhaus Ruhn, Loeb u. Co. in New York, der National City Bank in New York, der Hongkong und Shanghai Banking Corporation, der Pariss Bank und der Yokohama Specie Bank. Selbst eine sogen. stille Beteiligung oder Unterbeteiligung soll den deutschen Banken nicht eingeräumt worden sein.

Das Wollische Telegraphenbureau meldet diese Ausschaltung der deutschen Banken — in Betracht kommen vornehmlich die Deutsche Bank mit der Deutsch-Orientalischen Bank und die Dresdner Bank — mit folgenden Worten:

„An dem von der Hongkong und Shanghai Banking Corporation Gruppe mit der japanischen Regierung abgeschlossenen Anleihegeschäft ist die deutsche Bankwelt nicht beteiligt. Die von dem durch die Deutsch-Orientalische Bank geführten Konsortium für eine Mitwirkung am Geschäft gestellten Vorbedingungen liegen sich nicht erfüllen, da, wie sich herausstellte, die Hongkong und Shanghai Banking Corporation Gruppe eine Art Vorkauf auf die Anleihe hatte.“

Eine etwas dunkle Andeutung, die jedoch durch die nachstehende, allem Anschein nach von einem der beteiligten Bankinstitute inspirierte Nachricht des „Verl. Tagebl.“ eine gewisse Erläuterung erfährt:

„Als an sie (die deutschen Banken) wegen einer Beteiligung an einer japanischen äußeren Anleihe herangetreten wurde, waren offenbar die von Japan mit der Hongkong and Shanghai Banking Corporation geführten Verhandlungen schon soweit vorgeschritten, daß ein für Japan günstiger Zinssatz und Uebernahmefurs im wesentlichen schon festgelegt war. Die deutschen Institute glaubten nun, wie wir schon gestern ausführten, ihre Beteiligung davon abhängig machen zu müssen, daß die Robalitäten, unter denen die Anleihe aufgelegt wird, dem deutschen anlagejuchenden Publikum ein Äquivalent für das Risiko bieten. Und verlangten die deutschen Institute, daß der deutschen Industrie ein wesentlicher Anteil an den Kriegsbestellungen Japans zufalle. Die amerikanischen und englischen Bankinstitute haben indes in bezug auf die Robalitäten der Anleihe der japanischen Regierung größere Nachgiebigkeit gezeigt als die deutschen Banken. Letztere glaubten, insbesondere für eine  $4\frac{1}{2}$ prozentige Anleihe zu einem Kurse von etwa 90 Proz. in Deutschland keinen Markt zu finden. Hi somit die Beteiligung Deutschlands an der neuen japanischen 30 Millionen Pfund Sterling-Anleihe zweimal gescheitert, so ist damit nicht ausgeschlossen, daß bei wiederkehrendem Geldbedarf Japans die deutsche Bankwelt sich an einer japanischen Anleihe beteiligt, falls diese Beteiligung ihr zu angemessenen Bedingungen angeboten wird.“

Die Notifizierung erinnert recht sehr an die bekannte Fabel vom Fuchs und den sauren Trauben. Diese Verzögerung der Bankfinanz um das Risiko des „deutschen anlagejuchenden Publikums“ ist wirklich rührend. Als vor kurzem das sogen. Russenkonsortium für 324 Millionen Mark russische Anleihewerte auf den Markt brachte, war von solcher Sorge nichts zu entdecken; im Gegenteil wurden die sonderbarsten Manipulationen angewandt, um dem lieben Publikum die neuen Papiere aufzuhängen. Tatsächlich dürfte der Grund der Nichtbeteiligung in ganz anderen Umständen zu suchen sein, als in dem angeblichen Mißverhältnis zwischen dem Emissionskurs und dem Risiko: nämlich in der Eifersucht der englischen Banken, denen das Mitium der deutschen einfach nicht paßte; und die Unterhändler der japanischen Regierung hatten natürlich, nachdem ihnen die englischen Banken die Uebernahme der Anleihe zugesichert hatten, nicht das geringste Interesse daran, auf eine Beteiligung der deutschen Bankfinanz zu bestehen, die sich den russischen Wünschen gegenüber stets so willfährig erwiesen hat.

**Rheinisch-Westfälisches Kohlenhabitat.** In der vorgestern in Offen abgehaltenen Versammlung der Zechenbesitzer wurde sehr darüber geflagt, daß der Absatz an Kohlen seit der Beendigung des Streiks nicht den erhofften Aufschwung genommen hat. Die Summe der vertraglichen Beteiligungen am Absatz betrug im Monat Februar bei 27 $\frac{1}{2}$  Arbeitstagen 5 855 034 Tonnen, der Absatz ausschließlich Selbstverbrauch der Zechen und Hüttenwerke 2 919 707 Tonnen. Der Absatz ist gegen die obige Ziffer um 2 035 327 Tonnen = 50,13 Prozent zurückgeblieben. Die Förderung im Februar, einem halben Streikmonat, stellte sich auf 3 253 686 Tonnen gleich arbeitsmäßig 139 942 Tonnen, gegen Januar d. J. mehr 28 426 Tonnen gleich 25,49 Prozent.

Vom Förderausfluß wurde denn auch eine weitere Erhöhung der Förderleistung vorgeschlagen, der die Versammlung zustimmte. Bisher betrug die Einschränkung nur für Kohlen 20 Proz., während für Koks und Breiweiß die Produktionsbeschränkung nach dem Streik aufgehoben worden ist; vom 1. April ab beträgt jedoch die Einschränkung gleichmäßig für Koks, Koks und Breiweiß 20 Prozent.

**Zur Geschäftslage der Stahlwerke.** In der am Donnerstag in Düsseldorf abgehaltenen Generalversammlung des Stahlwerksverbandes wurde der Geschäftsgang in der Stahlfabrikation als recht günstig geschildert. Das Inlandgeschäft in Halbjahren hat sich, wie dort nachgewiesen wurde, recht gut entwickelt. Das Exportgeschäft war allerdings etwas ruhiger, da der Bedarf für das erste Halbjahr größtenteils erwidert ist und die Kundschaft sich für Aufträge darüber hinaus noch abwartend verhält; aber auch hierin brachten die letzten Tage einige Veränderungen, indem größere Aufträge einlaufen oder in Behandlung stehen. Die Geschäftslage in Belgien, Frankreich und England wird günstig beurteilt. Auch das Inlandgeschäft in Formeisen verlief in den letzten Wochen zufriedenstellend, da die Nachfrage seit dem Streik recht lebhaft ist. Nicht ganz so günstig wie das Inlandgeschäft hat sich das Auslandgeschäft entwickelt. Speziell der englische Markt zeigte sich zu neuen Umschlüssen in den letzten Wochen wenig geneigt. Trotzdem war der Gesamtabsatz in Formeisen der Jahreszeit entsprechend gut.

**Zur Finanzierung der Kamerun-Eisenbahn von Duala (Dona-berl) nach dem 100 Kilometer entfernten Manonguba-Gebirge hat sich, nachdem das alte Kamerun-Syndikat aufgelöst worden ist, jetzt unter der Führung der Berliner Handelsgesellschaft eine neue Vereinigung gebildet, welcher außer der Berliner Handelsgesellschaft die Bank für Handel und Industrie, die Direktion der Diskontogesellschaft, die Nationalbank für Deutschland, der A. Schaaffhausen'sche Bankverein, die Bankhäuser S. Weiskörper, von der Hecht u. Co., sämtlich in Berlin, die Norddeutsche Bank in Hamburg, Wm. Schultow in Stettin, M. M. Warburg u. Co. in Hamburg, die Aktiengesellschaft für Verkehrswesen in Berlin, Fried. Krupp Aktiengesellschaft in Essen, G. Voermann in Hamburg und noch einige andere Kolonialinteressen angehören. Das Grundkapital der neu zu errichtenden Kamerun-Eisenbahn-Gesellschaft beträgt 17 000 000 M. und wird von der Vereinigung voll übernommen werden. Davon sind 6 000 000 Mark als Vorzugsanteile mit einer Vorzugsdividende von 3 Proz. und einem Liquidationsvorkauf und 11 000 000 M. als Stammanteile vorgesehen. Die Stammanteile sollen in 88 Jahren zu 120 Proz. eingelöst werden.**

Soweit ließe sich gegen die neue Gründung nichts einwenden; aber das dicke Ende folgt nach: das Risiko für das Unternehmen soll das Deutsche Reich übernehmen. Es wird nämlich von ihm verlangt, daß es die Garantie für die Verzinsung der Stammanteile mit 3 Proz. und deren planmäßige Einlösung übernimmt. Schon

in aller nächster Zeit wird darüber dem Reichstag eine Gesetzbekanntmachung zugehen.

## Verfammlungen.

Die außerordentliche Generalversammlung des Fachvereins der Musikinstrumenten-Arbeiter beschäftigte sich unter dem 1. Punkt der Tagesordnung mit der Festsetzung der Beiträge vom 1. April d. J. ab. Rippenhagen befristet eingehend die Notwendigkeit der Erhöhung der Beiträge um 10 Pf., also auf einen wöchentlichen Beitrag von 40 Pf. Wilms als zweiter Referent trat energisch für die Erhöhung des Beitrages um 20 Pf., also auf 50 Pf. ein. Nach einer sehr lebhaften Diskussion wurden folgende Anträge auf Änderung des Statuts angenommen und treten am 1. April d. J. in Kraft: Jedes Mitglied hat ein Eintrittsgeld von 50 Pf. zu entrichten. — Der wöchentliche Beitrag beträgt 40 Pf.; es kann jedoch bei einer außerordentlichen Besetzung der Vereinsklasse ein Extrabeitrag durch Beschluß der Generalversammlung erhoben werden. Bei Streiks kann folgende Unterstufung gezahlt werden: Bei einer Mitgliedschaft von 13 Wochen 7,50 M., von 26 Wochen 15 M. und von 52 Wochen 18 M. — Bei Wahrgelungen treten dieselben Unterstufungsätze wie bei Streiks in Kraft. — Mitglieder einer anderen Organisation, welche derselben mindestens sechs Monate angehören und mit ihren Beiträgen nicht rückständig sind, erhalten beim Eintritt in unsere Organisation, sofern sie in Streiks verwickelt oder gemahrgelst werden, sofort die niedrigsten Unterstufungsätze. — Mitglieder, welche länger als acht Wochen mit ihren Beiträgen im Rückstande sind, erhalten keine Unterstufung. — Auf oben festgesetzte Unterstufungen steht keinem Mitgliede ein gesetzlich nachbares Recht zu. — Allen Anordnungen der Streikleitung ist Folge zu leisten, widrigenfalls die Unterstufung ganz oder teilweise entzogen werden kann. — Die Mitgliedsbücher werden vierteljährlich, nach Schluß des Quartals, eingesehen und mit einem Kontrollstempel versehen. — Die Abrechnung vom Weihnachtsergebn ergab ein Defizit von 17,95 M.

Zum Streik beim „Werkur“ berichtet Rippenhagen. Seit dem 1. März befinden sich 71 Kollegen im Streik. Die Unternehmer haben durch Einführung von Maschinen ganz bedeutende Abzüge gemacht. Für 8 Umbau, für welche bisher 100 M. gezahlt wurden, wollten die Unternehmer nur noch 42 M. zahlen. Diefelben haben jedoch durch das solidarische Eintreten aller dort beschäftigten Arbeiter keine Zugeständnisse gemacht, allerdings nicht in dem Maße, wie die Arbeiter dieses wünschten. Zugestanden wurden nur 50 M.; die Arbeiter jedoch sind der Ansicht, daß unter 60 M. die betreffende Arbeit nicht hergestellt werden könne, sind jedoch zu jeder Zeit zu Verhandlungen mit den Unternehmern bereit.

**Abend.** Im Lokale des Herrn Ringelhaube (Stadt-Theater), hier, fand eine öffentliche Textilarbeiterversammlung statt, in welcher Kollege Fr. Kocke über: „Das Verhältnis der Firma W. Spindler zu ihren Arbeitern“ referierte, und die Antwort der Firma betreffs Errichtung eines Arbeiterausschusses bekannt gegeben wurde. — Es sei hier bemerkt, daß vordem schon drei Versammlungen stattgefunden haben, welche sich mit der West- und Wollschafstirma W. Spindler beschäftigten. In den beiden ersten Versammlungen, in welchen Kollege C. Hübsch referierte, wurden die Lohn- und Arbeitsverhältnisse daselbst einer gebührenden Kritik unterzogen. Es tagte sodann eine Versammlung, in der Kollege Kocke über: „Organisation und Arbeiterausschüsse“ sprach. Da sich die Firma W. Spindler noch nicht soweit empor gerungen hat, einen Arbeiterausschuss einzuführen, wurde in der betr. Versammlung beschlossen, den Vorstand der Lokalorganisation des Textilarbeiterverbandes zu beauftragen, bei der Firma vorstellig zu werden, zwecks Errichtung eines Arbeiterausschusses. Der Vorstand der Filiale Köpenick des Deutschen Textilarbeiterverbandes richtete hierauf ein Schreiben an die Firma, W. Spindler, in dem um Rücksprache wegen der Errichtung eines Arbeiterausschusses gebeten wurde. Darauf ging beim Vorstehenden der Filiale, Panzer, ein Schriftstück ein, in dem es hieß: „Auf das gefl. Schreiben vom 7. März teile ergebenst mit, daß die in meinem Betriebe beschäftigten Personen genehmigt sind, mir ihre etwaigen Wünsche selbst zu ihrem Nutzen zu bringen, und dazu der Hilfe Fremder nicht bedürfen.“ — Da die Firma W. Spindler es abgelehnt hat — wie vorans zu sehen war — mit dem Vorstand der Filiale zu verhandeln, so wurde in der Versammlung eine Kommission von 12 Mitgliedern gewählt, sämtlich bei der Firma beschäftigt, welche nunmehr mit der Firma verhandeln soll.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

Paris, 24. März. (B. T. V.) Der Marineminister erklärt das Gerücht von der Entsendung eines französischen Geschwaders nach Tanger für unbegründet.

Paris, 24. März. (B. T. V.) Deputiertenkammer. Breton (Soz.) verlas einen Brief des Bischofs von Ranch, in welchem letzterer das Verhalten der Nonnen des dortigen Klosters zum Guten Hirtens brandmarkt und die Markten besagt, welche die jungen Mädchen anzusehen gehabt hätten, deren einziges Verbrechen ihre Armut und ihre Verlassenheit gewesen sei. Nach längerer Ausführungen schließt der Redner mit einer Aufforderung an die Regierung, Maßnahmen zur Verhinderung der Ausbeutung der Kinder zu treffen und ein Gesetz betreffend die Ueberwachung der Kongregantischen Anstalten auf die Tagesordnung zu setzen.

Rom, 24. März. (B. T. V.) Deputiertenkammer. (Fortsetzung.) Fortis vertritt dann vom verfassungsmäßigen Gesichtspunkt aus die Vorstellung des Kabinetts vor der Kammer durch die Hindernisse, die man von mehreren Seiten dem Versuche der Wiederherstellung des Ministeriums gemacht habe. (Einige Abgeordnete fragen, von welchen Seiten? Fortis antwortet: Von allen Seiten, die das gerechtfertigte Bestreben haben, die Macht zu erobern. Weiter. Beifall.) Die Vorstellung des Kabinetts wäre eine Handlung höchster Nachgiebigkeit gegen die Nationalversammlung, denn es gäbe keinen ernstlichen Grund zu glauben, daß die Mehrheit Solitiss zerplittert sei. Redner fügt hinzu, daß, als er zur Bildung des Kabinetts berufen wurde, er daran dachte, es mit der alten Mehrheit zu bilden, indem er die Idee einer Konzentration von sich wies. Die letzten Wahlen hätten eine Kammer geschaffen, die für die Ordnung eingetreten sei, die aber eine eifersüchtige Hüterin der Freiheit sei. (Beifall.) Die aus den Wahlen hervorgegangene Mehrheit sammelte sich nicht um einen Mann, sondern um ein Programm. (Sehr lebhafter Beifall.) Die Abstimmung wird dann, ob es eine Mehrheit gibt, und welche es sein wird. Man wird dieser Mehrheit nicht das Recht streitig machen, die Regierung zu bilden. (Sehr lebhafter Beifall. Zahlreiche Abgeordnete beglückwünschen den Redner.) Minister Tittoni erklärt hierauf, die Stellungnahme des Kabinetts sei ausgedrückt durch die Tagesordnung Marjengo-Vostian, und weist im Namen der Regierung die einfache Tagesordnung Brunialti zurück. Die Tagesordnung Brunialti wird hierauf mit 281 gegen 160 Stimmen abgelehnt und die Tagesordnung Marjengo-Vostian in namentlicher Abstimmung mit 273 gegen 88 Stimmen angenommen. Darauf verläßt sich das Haus.

Rom, 24. März. (Privattelegr. des „Vorwärts“.) Der „Avanti“ kommentiert das Kammervotum dahin, daß es die völlige Verwirrung der Grenzen zwischen der Rechten und der Linken offenbart habe. Die Abstimmung beleuchte die intellektuelle Erniedrigung und den moralischen Verfall der Bourgeoisie. Offenbar sei der heutige Sieg mehr von Fortis als von Tittoni errungen. — Gegen das Kabinett stimmten die äußerste Linken und ein Teil der Zanardellisten und der Rechten. Für das Kabinett votierten mehrere Minderheiten.

Rom, 24. März. (B. T. V.) Allgemein herrscht hier die Ansicht vor, daß infolge der heutigen Abstimmung in der Kammer die Bildung eines Kabinetts mit Fortis und Tittoni zustande kommen werde.



Reichstag.

172. Sitzung vom Freitag, den 24. März 1905, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: v. Einem.

Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der zweiten Beratung des Militäretats (Kapitel Kriegsminister). Außer der bereits mitgeteilten Resolution Erzberger-Gröber (3.) steht auf der Tagesordnung die Resolution Dr. Müller-Sagan und Schmidt, welche wünscht, den Mannschaften des scheidenden Heeres und der kaiserlichen Marine im Falle der Urlaubserteilung alljährlich oder doch wenigstens einmal während ihrer Dienstzeit für eine Reise in die Heimat unter tunlichster Begünstigung der Benutzung von Schnellzügen freie Hin- und Rückfahrt auf den deutschen Eisenbahnen bis zum Gesamt-Höchstbetrage von 1 500 000 M. zu bewilligen.

Kapitel 14, Titel 1-8 (Gehalt des preussischen Kriegsministers) wird angenommen. Ebenso die Resolution Erzberger-Gröber gegen die Stimmen der Sozialdemokraten.

Hierauf kommt zur Beratung der Titel „Sächsischer Kriegsminister“.

Abg. Rischke (Soz.):

Die Staatsbetriebe sollten Musterbetriebe sein, auch in sozialer Hinsicht. In Wirklichkeit aber sind die Arbeitsverträge im Remontedepot Kalkreuth so, daß sie sogar der sächsischen Gesinde-Ordnung widersprechen. In dieser ist nämlich vorgeschrieben, daß sich Arbeiter im Falle, daß sie sich beurlauben wollen, an die Gerichte wenden sollen. In einem Verträge, den ich hier vorlegen kann, mußten die vertragsschließenden Arbeiter auf diesen Weg verzichten, wurden also auf den Weg des Bittens verwiesen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ferner genügen selbst starke Beschimpfungen nicht, um den Arbeiter zu berechtigen, den Dienst zu verlassen. Solche Kontrakte sollten einfach als unzulässig erklärt werden. — Ich möchte ferner darauf hinweisen, daß die Kleinverarbeitenden sich durch die Konkurrenz der Kantinen vielfach sehr geschädigt fühlen. Ein solcher gab seinen wöchentlichen Schaden durch die Kantinen auf 16 bis 18 M. an. Als sich solche Gewerbetreibende an mich wandten und mich bat, die Sache im Reichstage zur Sprache zu bringen, wollte ich eine Befragung mit ihnen vornehmen, um mich zu orientieren. Als aber bekannt wurde, um welchen Zweck es sich hierbei handelte, war plötzlich wieder das schon zur Verfügung gestellte Lokal noch ein anderes zu haben. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Regierung verlangt von uns, wie sollten wir erst orientieren, ehe wir die Dinge hier vorbringen; aber von den sächsischen Behörden wird uns so der Weg dazu abgeschnitten. Es ist ja leider in Sachsen so der Brauch. Ich möchte weiterhin an den sächsischen Bundesratsbevollmächtigten die Frage richten, ob im Ministerium oder im Generalkommando ein Befehl erlassen worden ist, diejenigen Wirte, die Abonnenten eines sozialdemokratischen Blattes sind, unter das Militärverbot zu stellen. Auf dem Lande hat die Polizei gerade jetzt bei den Gastwirten wieder eine Umfrage nach den Abonnenten sozialdemokratischer Blätter veranstaltet und über eine große Zahl von Lokalen den Militärverbot verhängt, ohne auch nur zu fragen, ob die abonnierten Zeitungen auch öffentlich ausliegen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Unserer Auffassung nach ist es unzulässig, daß die Regierung sich in den Kampf der Parteien in dieser Weise einmischt, statt sich über sie zu stellen. — Redner beschäftigt sich dann mit den Tierquälereien bei den Kaninchenjagden auf den Truppenübungsplätzen und mit den Parforcejagden des Offizier-Jagdvereins. Zur Pflege seiner Neute englischer Spürhunde würden Soldaten abkommandiert; einem Wachtmeister, der ständig damit beschäftigt sei, werde diese Tätigkeit als aktive Dienstzeit angerechnet. Die früher an die Remontedepots für Plurischäden gezahlten Entschädigungen vom Parforceverein fänden sich auch nicht mehr im Etat. Redner verlangt, daß diese Bereicherung Privater auf Kosten des Staates aufhöre. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Sächsischer Militärbevollmächtigter, Freiherr v. Salza erwidert, daß die Militärverwaltung alles getan habe, um die Kaninchen zur Strecke zu bringen, das sei auch bis zum letzten Jahre fast vollständig gelungen, leider hätten sich allerdings im vorigen Sommer infolge der großen Hitze die Kaninchen wieder ganz enorm vermehrt. (Weiterkeit.) Der Parforceverein habe wie jeder andere Private die Verpflichtung, für die von ihm verschuldeten Plurischäden aufzukommen. — Ein Entschädigungskomitee des Kriegsministeriums oder des Generalkommandos auf Verlotterung von Lokalen, in denen sozialdemokratische Zeitungen ausliegen, sei nicht ergangen.

Abg. Schöpf (Soz.):

Zunächst besteht diese Verlotterung in vielen Gegenden Sachsens. Der Gendarm kommt zum Wirt und fragt ihn, ob sozialdemokratische Zeitungen bei ihm ausliegen. Sagt er ja, dann läßt der Amtshauptmann den Wirt kommen und stellt ihn vor die Alternative: Hört mit dem sozialdemokratischen Blatt oder Militärverbot! Die sächsische Polizei scheint also noch über der Militärverwaltung zu stehen. Das sind unerhörte Zustände. Ich bitte den Herrn Militärbevollmächtigten dahin zu wirken, daß die Sache in Sachsen allgemein geregelt wird.

Zu Kapitel XVI Titel 3 (Intendantur-Sekretäre und Intendantur-Registrateure) wünscht

Abg. Berner (Ant.) eine Vermehrung der Stellen, weil die Beamten, die an sich mit ihrem Gehalt zufrieden sind, überlastet seien.

Abg. Gröber (3.) schließt sich dem Vordredner an und wünscht auch bessere Vorbildung dieser Militärbeamten dritter Klasse.

Der Titel wird bewilligt, ebenso ohne Debatte der Rest des Kapitels und Kapitel XVII.

Zu Kapitel XVIII Titel 2 liegt der Antrag Albrecht (Soz.) und Genossen vor, das Bureaugeld für die Kriegsgerichtsstände und Oberkriegsgerichtsstände auf je 24 M. herabzusetzen. Zur Begründung des Antrages bemerkt

Abg. Sadehum (Soz.): Ich habe mich sehr gefreut, in der Budgetkommission die Zustimmung des Abg. Gröber vom Zentrum dafür zu finden, daß wir den Militäretat im nächsten Jahre viel gründlicher beraten müssen, als wir es in diesem Jahre in Rücksicht auf die Geschäftslage des Hauses tun können. Speziell was diese Position anlangt, so möchte ich Sie bitten diese Schreibgebühren auf 24 Mark herabzusetzen. Es handelt sich ja wirklich nur um Schreibgebühren. Ich glaube, es ist unrichtig, daß die Kriegsstände sich auch Wähler dafür kaufen müssen. Die geforderten Bureaugelder sind ja enorm hoch. Es würde das bedeuten, daß zum Beispiel für den bayerischen Senat mit seinen 11 Häusern das Jahr 20 M. Papier für jeden einzelnen Fall ausgegeben werden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) In einer Zeit so arger Finanzlagen muß man wirklich etwas sparen. Sie haben ja sowohl schon so viele Bewilligungen hier gemacht, die uns genug Stoff zur Agitation geben werden. Segen Sie also wenigstens diese unnötige Ausgabe herab; was dann die bayerischen Volksvertreter dazu sagen werden, können wir ihnen ja überlassen.

Abg. Noeren (3.): Wir als Zivilgerichtsstände bekommen allerdings nur 24 M. Bureaugeld. Trotzdem bitte ich, die Resolution Albrecht abzulehnen. Denn die sogenannten Schreibgebühren bedeuten in Wirklichkeit, daß die betreffenden Militärgerichtsstände dadurch eine Erhöhung ihrer Bezüge haben. (Beifall im Zentrum.)

Bayerischer Bevollmächtigter Generalleutnant v. Endres: Der Herr Vordredner scheint eine große Abneigung gegen die Oberkriegsgerichtsstände zu haben, wenn er ihnen den Vorwurf macht, daß sie zu wenig zu tun haben. (Weiterkeit.) Davon ist keine Rede. Durch diese Abneigung hat er sich sogar zu einer materiellen Unrichtigkeit verleiten lassen. Es handelt sich nicht um die Senate des Reichs-Militärgerichts, sondern der Einzelstaaten.

Abg. Dr. Sadehum (Soz.): Von einer Abneigung meinerseits gegenüber dem bayerischen Senat kann keine Rede sein, da ich zum ersten Male über das Thema im Reichstag gesprochen habe. Die Herren Noeren und v. Endres haben sich direkt widersprochen; einer von beiden kann doch nur recht haben! Auf jeden Fall sind solche verstockten Zulagen unstatthaft.

Damit schließt die Diskussion. Der Antrag Albrecht und Genossen wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der freisinnigen Volkspartei abgelehnt, der Titel unverändert angenommen.

Beim Titel 19, 1 (Befolgungen für 19 Generale etc.) vertritt Abg. Dr. v. Starzynski (Pole) gegen die gestrigen Ausführungen des Abg. v. Gersdorff zu polemisieren. Präsident Graf Ballestrem ruft ihn zur Sache, der polnische Redner behauptet aber, daß er zur Sache spreche, da auch das Gehalt des fünfsten Armeekorps (Polen) zur Debatte stünde. Als schließlich Präsident Graf Ballestrem dabei bleibt, daß nicht Polen, sondern das Gehalt von 19 Generalen zur Debatte steht, behält sich Abg. Dr. v. Starzynski seine Ausführungen für die dritte Lesung vor.

Hierauf wird der Titel bewilligt. Bei Kapitel 20, Titel 1 (Kommandanturen usw.) beantragen die Abgg. Albrecht und Genossen (Soz.), die Stellen der Kommandanten von Berlin, Altona, Breslau, Karlsruhe, Spandau, Darmstadt, Glatz, Königstein, Kassel, Hannover, Potsdam und Stettin im Dispositiv als künftig wegfällig zu bezeichnen.

Abg. Dr. Sadehum (Soz.): Allein für die Stellen der Kommandanten werden jährlich 617 000 M. ausgegeben, obwohl sich ohne jeden Schaden für die militärische Organisation leicht Ersatzmittel machen ließen. Schon 1891 wurden eine ganze Anzahl von Kommandantenstellen im Dispositiv als künftig wegfällig bezeichnet. Unsere grundsätzlich abweichende Beurteilung der militärischen Verhältnisse kann die bürgerlichen Parteien nicht abhalten, in diesem Falle unserer Anregung zuzustimmen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Generalmajor Sigt v. Armin: Ich habe auch aus den Ausführungen des Vordredners nicht entnehmen können, welche Gesichtspunkte für den Antragsteller bei der Auswahl der zu streichenden Kommandantenstellen maßgebend gewesen sind. Es sollen zunächst die Kommandanten bei einer Reihe von Festungen gestrichen werden. Aber in jede Festung gehört ein Kommandant, der durch eingehende Kenntnis der Festung inslande ist, ihre Verteidigung zu leiten. Dann soll künftig bei einer Reihe größerer Garnisonen, wo außer den Truppen eine große Zahl militärischer Anstalten sind, der Kommandant weggelassen. Aber bei den weit auseinanderliegenden Interessen der Truppenteile für die Benutzung der gemeinsamen militärischen Institute und bei den zahlreichen Verhörungen mit der Bevölkerung ist auch dort die Erhaltung der Kommandantur unbedingt notwendig. Insbesondere den Kommunalbehörden würden durch ihre Streichung große Unbequemlichkeiten entstehen. Die einzige erträgliche Frage wäre, ob man nicht in einer Reihe größerer Orte neue Kommandanturen einrichten soll. Der Antrag des Abgeordneten Sadehum hat den Vorzug großer Einfachheit, aber sachgemäß ist er nicht. (Beifall rechts.)

Durch diese Abneigung hat er sich sogar zu einer materiellen Unrichtigkeit verleiten lassen. Es handelt sich nicht um die Senate des Reichs-Militärgerichts, sondern der Einzelstaaten.

Abg. Dr. Sadehum (Soz.): Von einer Abneigung meinerseits gegenüber dem bayerischen Senat kann keine Rede sein, da ich zum ersten Male über das Thema im Reichstag gesprochen habe. Die Herren Noeren und v. Endres haben sich direkt widersprochen; einer von beiden kann doch nur recht haben! Auf jeden Fall sind solche verstockten Zulagen unstatthaft.

Damit schließt die Diskussion. Der Antrag Albrecht und Genossen wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der freisinnigen Volkspartei abgelehnt, der Titel unverändert angenommen.

Beim Titel 19, 1 (Befolgungen für 19 Generale etc.) vertritt Abg. Dr. v. Starzynski (Pole) gegen die gestrigen Ausführungen des Abg. v. Gersdorff zu polemisieren. Präsident Graf Ballestrem ruft ihn zur Sache, der polnische Redner behauptet aber, daß er zur Sache spreche, da auch das Gehalt des fünfsten Armeekorps (Polen) zur Debatte stünde. Als schließlich Präsident Graf Ballestrem dabei bleibt, daß nicht Polen, sondern das Gehalt von 19 Generalen zur Debatte steht, behält sich Abg. Dr. v. Starzynski seine Ausführungen für die dritte Lesung vor.

Hierauf wird der Titel bewilligt. Bei Kapitel 20, Titel 1 (Kommandanturen usw.) beantragen die Abgg. Albrecht und Genossen (Soz.), die Stellen der Kommandanten von Berlin, Altona, Breslau, Karlsruhe, Spandau, Darmstadt, Glatz, Königstein, Kassel, Hannover, Potsdam und Stettin im Dispositiv als künftig wegfällig zu bezeichnen.

Abg. Dr. Sadehum (Soz.): Allein für die Stellen der Kommandanten werden jährlich 617 000 M. ausgegeben, obwohl sich ohne jeden Schaden für die militärische Organisation leicht Ersatzmittel machen ließen. Schon 1891 wurden eine ganze Anzahl von Kommandantenstellen im Dispositiv als künftig wegfällig bezeichnet. Unsere grundsätzlich abweichende Beurteilung der militärischen Verhältnisse kann die bürgerlichen Parteien nicht abhalten, in diesem Falle unserer Anregung zuzustimmen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Generalmajor Sigt v. Armin: Ich habe auch aus den Ausführungen des Vordredners nicht entnehmen können, welche Gesichtspunkte für den Antragsteller bei der Auswahl der zu streichenden Kommandantenstellen maßgebend gewesen sind. Es sollen zunächst die Kommandanten bei einer Reihe von Festungen gestrichen werden. Aber in jede Festung gehört ein Kommandant, der durch eingehende Kenntnis der Festung inslande ist, ihre Verteidigung zu leiten. Dann soll künftig bei einer Reihe größerer Garnisonen, wo außer den Truppen eine große Zahl militärischer Anstalten sind, der Kommandant weggelassen. Aber bei den weit auseinanderliegenden Interessen der Truppenteile für die Benutzung der gemeinsamen militärischen Institute und bei den zahlreichen Verhörungen mit der Bevölkerung ist auch dort die Erhaltung der Kommandantur unbedingt notwendig. Insbesondere den Kommunalbehörden würden durch ihre Streichung große Unbequemlichkeiten entstehen. Die einzige erträgliche Frage wäre, ob man nicht in einer Reihe größerer Orte neue Kommandanturen einrichten soll. Der Antrag des Abgeordneten Sadehum hat den Vorzug großer Einfachheit, aber sachgemäß ist er nicht. (Beifall rechts.)

Abg. Gröber (3.): Meine Ausführungen über die Notwendigkeit einer sorgfältigen Prüfung des Militäretats, die ich vollkommen aufrecht erhalte, bezogen sich gerade auf diese Kommandanturstellen. Ich wäre gern bereit, wenn der Abg. Sadehum in der nächsten Session ausreichendes Material für ihre Abschaffung beibringt, sie zu streichen. Aber heute hat er nicht einmal den Versuch einer sachlichen Begründung gemacht, deshalb muß ich seinen Antrag ablehnen.

Abg. Dr. Sadehum (Soz.): Lediglich mit Rücksicht auf die Geschäftslage des Hauses habe ich darauf verzichtet, in eine längere Erörterung über die Notwendigkeit oder Unerlässlichkeit jeder einzelnen Kommandantur einzutreten. Da wir für den Fall, daß ich ihre Unerlässlichkeit im nächsten Jahre in der Kommission nachweise, Ihre Unterstützung zuteil wird, will ich auch jetzt davon absehen. Aber für einige unserer Vorschläge, wie für den, die Kommandantur in der aufgehobenen Festung Königstein zu beseitigen, sollte jeder Abgeordnete stimmen, auch ohne daß sie besonders begründet werden. Da wir im nächsten Jahre doch auf diese ganze Frage zurückkommen werden, und unser Antrag jetzt keine Aussicht auf Annahme hat, ziehe ich ihn zurück. (Beifall rechts.)

Der Titel wird bewilligt; ebenso debattelos die folgenden bis zu Kapitel 24, Titel 3 (Militärbeamte). Hierbei führt Abg. Gotthein (fr. Vg.) Klage über die Konkurrenz der Militärbüchsenmacher, die durch ihre privaten Arbeiten ganz verschieden hohe Einnahmen hätten. Reiche ihr jetziges Gehalt nicht aus, so müsse man es erhöhen.

Abg. Bahig (natl.) verlangt eine Gehaltsaufbesserung für die Zahlmeister.

Abg. Hagemann (natl.) schließt sich den Ausführungen des Abg. Gotthein an.

Kriegsminister v. Einem: Vor einigen Jahren haben wir die Stellung der Büchsenmacher bereits wesentlich aufgebessert. Ich werde aber die Sache noch einmal im Sinne der beiden Herren Vordredner prüfen.

Der Titel wird hierauf bewilligt. Ebenso Titel 4-20. Zum Titel 21 (Gefächts- und Schießübungen im Gelände) wünscht

Abg. Fries (natl.) eine bessere Verpflegung der Offiziere und Unteroffiziere. Ferner ist den Reserve-Offizieren bessere Gelegenheit zu geben, Reiterunterricht zu erhalten.

Der Titel wird bewilligt, ebenso der Rest des Kapitels. Zu Kapitel XXV, Titel 8 liegt die Resolution v. Brodhausen (L.) — Herold (3.) — Witt (Sp.) vor, welche eine weitere Umgestaltung der direkten Lieferung landwirtschaftlicher Erzeugnisse an die Heeresverwaltung seitens der Produzenten herbeizuführen wünscht. Zur Begründung bemerkt

Abg. v. Brodhausen (L.): Der Schutz der produktiven Stände ist wichtiger als der des Handels. Auch in Conrad's „Handbuch“ ist ausgeführt, daß der Handel das Recht auf einen solchen Schutz nicht habe.

Abg. Herold (3.) tritt für die Resolution namentlich im Interesse der kleinen, genossenschaftlich organisierten Landwirte ein.

Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. Vg.): In den Begründungen der beiden Herren Vordredner finde ich einen Widerspruch. Abg. Herold wünschte, daß der Bezug landwirtschaftlicher Erzeugnisse durch die Heeresverwaltung in der Weise ausgestaltet werde, daß der kleinere Grundbesitz davon den Vorteil habe. In den Ausführungen des Abg. v. Brodhausen dagegen vermichte ich einen solchen Hinweis. Die Preisstatistik, die General Wallwig gestern hier vortrug, beweist gar nichts; von den Produzenten wird im Juni, von den Händlern im Dezember gekauft; da sind natürlich die Preise bei den Händlern höher. (Sehr wahr! links. Widerspruch rechts.) Nicht sumo cuiusque solent sie für sich glücken, sondern in etwas verändertem Sinne: pars pro toto! Sonderinteressen an Stelle der Allgemeininteressen! (Beifall links.)

Generalmajor Wallwig: Meine Statistik bewies doch, daß, wenn wir im Juli bei den Produzenten kaufen, wir billiger fahren, als im Dezember bei den Händlern. Meine Beispiele aus dem Militäretat waren allerdings nicht ganz zureichend; aber für Heu und Stroh, die leichtwiegenden Waren, und für kurze Entfernungen ist der Militäretat doch in der Tat teurer als der allgemeine.

Abg. Gotthein (fr. Vg.): Der Abg. v. Brodhausen hat ganz recht,

daß seine und unsere Anschauungen sich diametral gegenüberstehen; aber nicht so, daß wir nur auf die Händler und die Börse, er auf die produktiven Stände Rücksicht nimmt, sondern so, daß er eine Bevorzugung einzelner Stände wünscht, während wir nur Gerechtigkeit verlangen. (Lachen rechts.) Im übrigen schadet es den Militärbüchsenmachern auch nichts, wenn sie ausländischen Hafer fressen. (Lachen rechts.) Ich überlasse für mich: sumo cuiusque mit jedem das Seine; aber der größte plattdeutsche Dichter sagt, es heiße: Halte fest, was du hast und sieh, was du kriegen kannst. (Große Heiterkeit.) Herr v. Brodhausen hält fest, was er hat, und um möglichst viel zu kriegen, bringt er diese Resolution ein. Das ist Ihr sumo cuiusque. (Lebhafte Beifall links, Lachen rechts.)

Abg. Kretz (L.) polemisiert gegen die Abgg. Gotthein und Dr. Müller-Sagan und hält daran fest, daß das Material für die Rekrutenausbildung auf dem Lande besser sei als in den Großstädten.

Abg. Brodhausen (L.): Der Abg. Müller — Dr. — Sagan — ich wollte sagen Dr. — Sagan — Müller (Große Heiterkeit links), mein Dr. Müller-Sagan, hat bezweifelt, daß ich für den ländlichen Kleinbesitz eintrete. Er irrt sich aber. Der Staat darf nicht nur da kaufen, wo es am billigsten ist, sonst müßte er die Warenhäuser unterstellen.

Abg. Herold (3.): Wenn der Handel die Waren wirklich besser und billiger liefern würde, sollte die Militärverwaltung von ihm kaufen. Das ist aber nicht der Fall.

Der Titel wird bewilligt, die Resolution v. Brodhausen gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der Freisinnigen angenommen.

Beim Titel „Mundverpflegung“ führt

Abg. Frosch (Antif.) Beschwerde darüber, daß die bairische Militärverwaltung eine eigene Selterwasserfabrik errichtet habe, und wünscht, daß nicht zu viel Kantinen auf dieselbe Person vergeben werden könnten.

Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. Vg.) begründet die Erklärung des Kriegsministers aus der Budgetkommission über das Kantinenwesen und hofft, daß auf Grund der von ihm dort gegebenen Anregungen im Kantinenwesen ein Wandel eintreten werde. Bayerischer Bevollmächtigter Generalleutnant v. Endres erwidert dem Abg. Frosch, es hätten lediglich einige vernünftige Regimentskommandeure in Bayern Limonade für die Soldaten angeschafft, um den Alkoholgehalt einzuschränken. (Bravo! links.)

Der Titel wird bewilligt. Beim Kapitel Garnisonverwaltungswesen wendet sich

Abg. Pauli-Potsdam (L.) dagegen, daß ein Teil des Bedarfs der Garnisonen durch Gefängnisarbeit hergestellt und das Handwerk geschädigt werde.

Das Kapitel wird bewilligt. Es folgt das Kapitel Pferdebeschaffung.

Abg. Dr. Becker (3.) plädiert dafür, daß die Militärverwaltung in erhöhtem Maße rheinische Pferde anschaffen möge.

Kriegsminister v. Einem: Ich kann dem Herrn Vordredner ein gutes Mittel angeben, wie sein Wunsch erfüllt werden könne. Möge er seine politischen Freunde überreden, eine Resolution einzubringen und anzunehmen, vielleicht jetzt noch, daß sämtliche Fußartillerieregimenter mit Spannungsabteilungen versehen werden sollen. (Weiterkeit.)

Abg. Rogalla v. Biederstein (L.) gibt seiner Befriedigung darüber Ausdruck, daß sich die ostpreussischen Pferde in Südwestafrika gut behaupten hätten.

Abg. Dove (fr. Vg.) stellt fest, daß er die Nachricht über die Nichtgenehmigung der ostpreussischen Pferde für Südwestafrika nur als Pressefälschung wiedergegeben habe, noch dazu aus einer nicht oder doch nicht rein liberalen Zeitung. (Weiterkeit.) Unter den Pferden in Südwestafrika hätten sich auch die bewährt, die von Händlern geliefert seien. Wenigstens aus dieser Tatsache, die er angeregt habe, könne der Kriegsminister etwas lernen. (Große Heiterkeit.)

Die Abgg. Herd (natl.) und Graf Bernstorff (Welfe) begeistern sich ebenfalls für eine nationale Pferdepolitik. Graf Bernstorff verlangt unter großer Heiterkeit der Linken, daß vom nächsten Jahre an der Pferdepreis von der Militärverwaltung um den Zollsatz gestiegen werde.

Abg. v. Treuenfels (L.) greift auf eine Polemik zurück, die er im Vorjahre mit dem Abg. Bachnide hatte. Der Abg. Bachnide habe seine Gewährsmänner der Unwahrheit gesehen; aber er habe nicht gewagt, seine Reuerungen außerhalb des Hauses zu vertreten. (Hört! hört! rechts.)

Abg. Gotthein (fr. Vg.) bedauert, daß der Abg. v. Treuenfels seine Absicht, den Abg. Dr. Bachnide anzugreifen, nicht diesem mitgeteilt habe; der Abg. Bachnide werde also in der dritten Lesung antworten müssen. Der Redner bedauert es, daß jeder Abgeordnete der Militärverwaltung zurufe: Kauf in meinem Wahlkreise zu möglichst hohem Preis Pferde. Das müsse das Niveau des Reichstages herabdrücken.

Abg. v. Treuenfels (L.): Ich kann eine Verpflichtung, den Abg. Dr. Bachnide von meiner notgedrungenen Abwehr seiner Unterstellungen vorher in Kenntnis zu setzen, etwa durch eingeschriebenen Brief, nicht anerkennen.

Kriegsminister v. Einem: Ich will nur den Abg. Gotthein beruhigen. (Weiterkeit.) Ich werde Hannover nicht deshalb besonders beschäftigen, weil ich Hannoveraner bin, sondern weil es uns vorzügliche Artilleriepferde liefert. Sonst scheint es mir für die Militärverwaltung sehr wichtig, die ostpreussische Pferdezucht zu fördern. Ich glaube also, wir sind nun über die Prinzipien der Sache einig. (Weiterkeit und Beifall rechts.)

Abg. Gotthein (fr. Vg.): Mich brauchte der Kriegsminister nicht zu beruhigen; ich hatte das nötige Vertrauen zu ihm schon vorher. (Große Heiterkeit.) Wir kam es nur auf die Stellung des Reichstages an. Mit dem Abg. Treuenfels mag ich mich über den Geschmack nicht streiten. Dr. Bachnide war gestern die ganze Sitzung über im Hause und heute vormittag in der Budgetkommission, und sein Augenleiden hindert ihn, allen Sitzungen von A bis Z bei-zuwohnen.

Abg. v. Treuenfels (L.) [mit Dho! auf der Linken empfangen] Dr. Bachnide war in der Budgetkommission nur Gast, hätte also nicht dahin zu gehen brauchen und dann hierher kommen können, wo er seiner Pflicht nach sein müßte. (Unruhe.)

Zu einigen, auf der Tribüne unterländlichen Ausführungen des Abg. Gröber (3.) wird das Kapitel bewilligt.

Zum Kapitel 34 (Reisegebühren usw.) begründet

Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. Vg.) die seinen Namen tragende, heute bereits mitgeteilte Resolution: Ein ähnlicher Antrag, der den Namen Müller-Sagan-Eichhoff trug, ist bereits am 9. März 1904 zur Annahme gekommen. Ich würde deshalb darauf verzichten, in derselben Session noch einmal darauf zurückzukommen, wenn sich nicht ein Novum ereignet hätte. Erzellenz Budde hat nämlich in der Budgetkommission erklärt, daß er ein grundsätzlicher Gegner der Freisartien wäre. Wir stehen nun auf genau denselben Standpunkte und beantragen daher, daß der Reichstag seine Bereitwilligkeit erklären solle, in den nächstjährigen Etat eine Summe bis zu 1,5 Millionen Mark zum Zwecke der Urlaubreisen zu bewilligen. (Beifall links.)

Hierauf wird die Resolution Müller-Sagan-Schmidt (fr. Vg.) vom Hause einstimmig angenommen mit Ausnahme vom Abg. Ströcker (L.), welcher eingeschlossen ist.

Der Rest des Kapitels wird ohne Debatte angenommen, ebenso vom Kapitel 35 (militärisches Unterrichtswesen) Titel 1-25. Zu Titel 26 beantragt die Kommission: Den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, daß in den nächstjährigen Etat das Gehalt der Lehrer an den Unteroffizierschulen auf 1500 bis 8200 bez. 3400 M. erhöht wird unter Anwendung der im Volksschuldienste zurückgelegten Dienstzeit bei Bemessung des Gehalts.

Hierzu bemerkt Abg. Heuning (L.): Die Angelegenheit hat das hohe Haus schon lange Jahre beschäftigt. Öffentlich nimmt es



Die Resolution in diesem Jahre ebenso einstimmig an, wie das vorige Mal.

Abg. Noeren schließt sich diesen Ausführungen an.  
Abg. Gieshoff (fr. Sp.): Es ist bedauerlich, daß die auch nach meiner Ansicht berechtigten Wünsche der Lehrer an den Infanterieschulen noch nicht im diesjährigen Etat bewilligt worden sind. Um so mehr freue ich mich, daß die Budgetkommission den Gedanken wieder aufgenommen und in einer Resolution zum Ausdruck gebracht hat. Auch den von ihr gemachten Zusatz, daß die Jahre der im Volksschuldienst zurückgelegten Dienstzeit angerechnet werden sollen, billigen wir. Was die Lehrer an den Infanterieschulen anlangt, so sind diese tatsächlich die Stiefkinder des ganzen Etats. Infolgedessen lassen sich die inneren Verhältnisse an diesen Schulen sehr viel zu wünschen übrig. Ich schließe mich deshalb dem Wunsch der Vorredner an. (Beifall links.)

Reichssekretär Frhr. v. Stengel betont, daß er mit der preussischen Regierung Verhandlungen über die Vesserstellung der Lehrer eingeleitet habe und bittet, das Resultat dieser Versuche abzuwarten.

Das Kapitel wird bewilligt, die Resolution der Budgetkommission angenommen.

Es folgt das Kapitel Technische Institute.

Abg. Pauli-Potsdam (L.): Eine Neuregelung der Gehälter in den Spandauer Militärverträgen ist zwar erfolgt, aber man hat leider nicht mit dieser Vesserstellung begonnen und die Mißstände, die ich früher hier vorgebracht habe, sind nicht beseitigt. Die Meister kommen meist erst mit 50 Jahren in diese Stellung und müssen dann 15 Jahre warten, bis sie das Höchste erhalten; in den meisten Fällen erreichen sie es also überhaupt nicht. Bei den kaiserlichen Werften sind die Beamtengehälter, wenn man die gleichen Kategorien vergleicht, viel höher. Das ist eine Ungerechtigkeit, die beseitigt werden muß. Als Verwaltungsschreiber werden ausschließlich Militärbeamter angestellt, einen Anspruch auf Pension haben sie durchweg nicht. Die Folge ist ein ewiger Wechsel in den Verwaltungsschreiberstellen. Ein Teil der Betriebsschreiber ist ja in eine höhere Lohnklasse aufgestiegen, aber der Gipfel ihrer Wünsche ist noch nicht erreicht. Wir wird von Regierungsschreibern zugehen: das glaube ich! Das glaube ich ja auch, aber man sollte doch ihre Wünsche nach Möglichkeit erfüllen. Und nun habe ich noch die Wächermacher zu erwähnen. Sie sind ja schon mehr Künstler als Handwerker; deshalb sollte der Herr Kriegsminister ihrer Lage näher treten. Die Zeichnerstellen sollten vermehrt werden, damit sie Aussicht haben, Beamte zu werden. Auch hier muß eine Gleichstellung mit den Marinezeichnern eintreten. — Nun komme ich zu den Arbeiterverhältnissen. Ich bin im vorigen Jahre für Aufhebung der Lohnklasse V eingetreten, leider ist das nur zum Teil erfolgt, nur einige Arbeiter dieser Klasse sind in die IV. Klasse ausgereicht. Ueber den Stücklohn bin ich mir noch nicht ganz klar, aber er wird immer herabgesetzt, wenn der Höchstlohn erreicht wird. Man sollte den Lohn der Arbeiter den teureren Verhältnissen entsprechend erhöhen. Man sollte mit der Lohnhöhung nicht oben anfangen, sondern von oben nach unten oder besser von unten nach oben gehen. (Bravo! rechts.)

Darauf verlegt das Haus die Weiterberatung auf Montag vormittag 11 Uhr. (Außerdem Etat der Zölle und Verbrauchssteuern, keine Stats.)

(Schluß 7 Uhr.)

## Karl August Schramm.

In Frankfurt am Main ist vor einigen Tagen im Alter von 76 Jahren in K. A. Schramm ein Mann gestorben, der in früheren Jahren eine hervorragende literarische Tätigkeit für die Sozialdemokratie ausgeübt hat. Schramm, der in seinem bürgerlichen Beruf Versicherungsinспектор war, ist nach 1871 mit Johann Jacoby von der bürgerlichen Demokratie zur Sozialdemokratie übergetreten und hat der Partei, ohne öffentlich hervorzutreten, lange Zeit wertvolle Dienste als Schriftsteller wie als Ratgeber in Verwaltungssachen geleistet. Als Schriftsteller zeichnete sich Schramm vorzugsweise durch gemeinverständliche Erörterung ökonomischer Fragen aus. Er war einer der ersten, die sich dem Studium des Marx'schen Hauptwerkes widmeten, und eine Frucht seiner Studien ist die Abhandlung „Grundzüge der Nationalökonomie“, die zuerst im Leipziger „Volkstaat“, dem Organ der Sozialdemokratie Eisenacher Programms und später in Broschürenform veröffentlicht wurde und eine weite Verbreitung gefunden hat. Auch sonst lieferte Schramm wiederholt Beiträge für den „Volkstaat“ und ebenso war er Mitarbeiter des Organs der geistigen Sozialdemokratie, des Leipziger „Vorwärts“ sowie des damaligen Berliner Partei-Organs, der Berliner „Freien Presse“. Als Karl Höpfer im Jahre 1877 die wissenschaftliche Zeitschrift „Die Zukunft“ ins Leben rief, gehörte Schramm zu ihren eifrigsten Mitarbeitern. Den theoretischen Fragen des Sozialismus widmete damals wohl kaum jemand so viel Interesse, wie Schramm. Agitatorisch ist Schramm nicht hervorgetreten. Dies hinderte aber nicht, daß er unter dem Sozialistengesetz zu den ersten gehörte, die dem über Berlin verhängten kleinen Belagerungszustand zum Opfer fielen. Trotzdem angehende Bürger Berlins sich für Rückgängigmachung der ihn betreffenden Ausweisungsbefehle verwendeten, wandte sich in die Schweiz, wo er sich große Verdienste um die Begründung, Einrichtung und Leitung der schweizerischen Hagelversicherung auf Gegenseitigkeit erwarb. Auch dort betätigte er sich schriftstellerisch für die Sozialdemokratie. Die Höpfer'schen Zeitschriften „Staatswirtschaftliche Abhandlungen“ und „Jahrbuch für Sozialwissenschaften“, sowie der „Sozialdemokrat“, zu dessen Gründern Schramm gehörte, enthalten viele Beiträge aus seiner Feder. Desgleichen war Schramm kurze Zeit Mitarbeiter der von A. Rautsky ins Leben gerufenen „Neuen Zeit“. Eine Polemik über die Bedeutung von Hobbes als Sozialist, die zuerst in der „Neuen Zeit“ und dann im „Sozialdemokrat“ geführt wurde, hatte den Bruch Schramms mit diesen Zeitschriften und im weiteren Verlauf auch die Lösung seiner Beziehungen zur deutschen Sozialdemokratie zur Folge. In der Schweiz selbst aber blieb Schramm mit den dortigen Sozialisten in Verbindung.

Schramm war ein scharfer Dialektiker und verfügte über die Gabe außerordentlich klarer Darstellung. Die großen Dienste, die er der Sozialdemokratie während langer Jahre geleistet hat und unter denen die Förderung des theoretischen Denkens nicht der geringste ist, geben ihm Anspruch auf ein ehrenvolles Andenken.

Ed. B.

## Partei-Nachrichten.

Ein neuer sozialdemokratischer Verein wurde in Krudel im westfälischen Kohlenrevier gebildet.

Geestmünde, 24. März. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Bei der heutigen Bürgervorwahl in Geestmünde wurde unser Genosse Ferdinand Vieht glänzend gewählt.

Die sozialdemokratische Partei Ungarns hält ihren 12. Parteitag am 23., 24. und 25. April ab. Außer den geschäftlichen Angelegenheiten stehen auf der Tagesordnung: Organisationsstatut, Parteipresse, der Kampf um das allgemeine Wahlrecht und Parteitalik.

Im Kampfe für das allgemeine Wahlrecht wird die sozialdemokratische Partei Ungarns an einem Arbeitstage vormittags einen Demonstrationsumzug vor das Parlament veranstalten und dann eine Deputation an das Abgeordnetenhaus senden, die die Wahlrechtsforderungen der Arbeiter vortragen wird. Die Partei wird dafür wirken, daß während dieser Demonstration in allen Werkstätten die Arbeit ruht.

Die sozialdemokratische Partei von Nordamerika hat beschlossen, zwei Mitglieder für das internationale sozialistische Bureau zu stellen. Eine Wahl erfolgt nach dem für die Wahl des Exekutivkomitees üblichen Verfahren in Urabstimmung.

## Planmäßige Agitation unter den Negern.

Die Abteilung Milwaukee der sozialdemokratischen Partei der Vereinigten Staaten von Nordamerika hat dem amerikanischen Parteivorstande einen Antrag unterbreitet auf Anstellung eines Regers, der die Aufgabe hat, die Neger der Vereinigten Staaten für den Sozialismus zu gewinnen und zu organisieren. Vorgelegt wird zu diesem Antrage der Regere C. T. Sims. Dem Antrage ist eine längere Begründung beigegeben, in der darauf hingewiesen wird, daß die Landwirtschaft der Südstaaten immer mehr zu modernen Betriebsformen übergeht und damit die schwarzen landwirtschaftlichen Arbeiter in Massen arbeitslos werden und in die Städte drängen, wo sie den industriellen Unternehmern als Lohnbrüder willkommen sind.

Der amerikanische Parteivorstand unterbreitet den Vorschlag den Organisationen zur Beratung und Beschlußfassung.

## Der politische Massenstreik.

Am Dienstag sprach Clara Zetkin in einer sehr stark besuchten Volksversammlung, die die Vertrauensperson unserer Parteiorganisationen nach Kellers Saal einberufen hatte, über das vorliegend genannte Thema. — Die Grundgedanken des inhaltreichen, äußerst anregenden Vortrages sind ungefähr folgende:

Die Erörterung der Frage des politischen Massenstreiks drängt sich dem kämpfenden Proletariat immer mehr auf. Einmal wird das Bedürfnis der Ausgebeuteten nach Hebung ihrer wirtschaftlichen, ihrer sozialen Lage und Eringung oder Sicherung politischer Rechte immer dringender; auf der anderen Seite dagegen sehen wir, daß sich die herrschenden Klassen und die Regierungen mit größter Hartnäckigkeit gegen jede Erweiterung und Sicherung der gesetzlichen Kampfmittel des Proletariats sträuben, ja daß sie bemüht sind, den Rechtsboden, auf dem das Proletariat den Massenkampf führt, möglichst einzuengen oder zu zertrümmern. Unter diesen Umständen ist es erklärlich, daß man sich in den Reihen des kämpfenden Proletariats fragt, ob es nicht außer den bisher angewandten Kampfmitteln noch andere, wirksamere gibt, die unter bestimmten geschichtlichen Bedingungen angewandt werden können. Der politische Massenstreik erhebt sich jetzt als ein neues Kampfmittel. Das besagt keineswegs, daß die bisherigen Kampfmittel entwertet sind und zu dem alten Eisen geworfen werden können.

Die wachsende Macht der Arbeiterorganisationen der Unternehmer, ihr starker Einfluß auf den Staat erschweren es immer mehr, auf dem Wege des gewerkschaftlichen oder des politischen Kampfes allein Erfolge zu erzielen. Immer notwendiger wird es, unter bestimmten Bedingungen eine große gewerkschaftliche Aktion durch die politische Aktion zu stärken, zu unterstützen, den parlamentarischen Kampf durch den gewerkschaftlichen. Der Bergarbeiterstreik im Ruhrgebiet hat das gezeigt. Er formuliert von Anfang an Forderungen an die Gesetzgebung. Auf der anderen Seite ist es notwendig, daß politische Aktionen durch gewerkschaftliche geföhrt, daß parlamentarische Kämpfe der Vertreter des Proletariats unterstützt werden durch Massenstreiks. So erscheint der Massenstreik nicht als ein Kampfmittel, das im Gegensatz zu dem parlamentarischen Kampf steht und ihn überflüssig macht. Umgekehrt: er ist ein Kampfmittel, das durch den Druck der Massen außerhalb des Parlaments die Arbeit der proletarischen Vertreter im Parlament ergänzt, fruchtbar macht. Er soll die vorhandene Möglichkeit parlamentarischer Arbeit schärfen, indem er Attentate gegen das allgemeine Wahlrecht zurückslägt. Er soll die mangelnde Möglichkeit parlamentarischer Arbeit durch Eroberung des allgemeinen Wahlrechts schaffen. Der Massenstreik wächst aus der Klassenlage des Proletariats selbst heraus. Er ist die urchprüngliche, die natürlichste Form, den Gegensatz des Proletariats zu der herrschenden Ordnung, seine Forderungen an sie zur Erscheinung zu bringen. Das kann nicht durch einen Sonntagsnachmittagsparade gehen, sondern dadurch, daß die Proletarier in Massen ihre Arbeitskraft verweigern und die Bedeutung ihrer Leistungen für das gesamte soziale Leben scharf hervortreten lassen, indem sie das Wort verwirklichen: Alle Räder stehen still, wenn dein starker Arm es will.

Der politische Massenstreik unterscheidet sich von den gewerkschaftlichen Streiks dadurch, daß er nicht bestimmten Forderungen an die Kapitalisten gilt, sondern daß er sich gegen deren politische Machtorganisation, gegen den Ausbeuterstaat wendet. Er wirkt einmal durch den ökonomischen Druck auf die Kapitalistenklasse und zwingt dadurch diese, bestimmte sozialpolitische oder demokratische Forderungen, welche die Arbeiterklasse an den Staat stellt, zu befeuern oder sie doch nicht mehr zu hindern. Andererseits übt der politische Massenstreik einen unmittelbaren Druck auf den Staat selbst aus, indem er desorganisierend wirkt, und das durch die Furcht vor dem Gespenst der Revolution, welches hinter dem Massenstreik steht.

Die Idee des politischen Massenstreiks ist getrübt worden durch die von anarchistischer Seite vertretene Idee des Generalstreiks, als des einzigen Mittels zur Überwindung der bürgerlichen Gesellschaft, als des alleinigmachenden revolutionären Kampfmittels des Proletariats. Die anarchistische Generalstreikidee ist eine Utopie, stehend auf der Anschauung, daß man durch einen einzigen Akt revolutionären Kampfes die alte Gesellschaft oder einzelne ihrer wesentlichen Institutionen beseitigen könnte, so z. B. den Militarismus, die Krone. (Antrag Domela Nieuwenhuis.) Diese Auffassung würdigt nicht die konkreten geschichtlichen Bedingungen des proletarischen Befreiungskampfes. Sie verkennt den inneren, organischen Zusammenhang zwischen dem großen Entscheidungskampf und dem alltäglichen Kampfe und Arbeitern, der nötigen sukzessiven Aufrüstungs-, Organisations- und Hebungarbeit. Die Sozialdemokratie hat der Spekulation auf die einmalige endgültige Schlacht die Praxis des täglichen politischen Kampfes auf dem Boden des Parlamentarismus, die Praxis der täglichen gewerkschaftlichen Arbeit zur Stärkung der proletarischen Widerstandsfähigkeit, zur weitergreifenden Organisierung der Massen entgegengesetzt. Sie gab dem Aberglauben den Kaufpaß, daß die gewalttätige Revolution die einzige Methode des Klassenkampfes, das jederzeit und allen Umständen anwendbare Mittel zur Herbeiführung einer neuen sozialen Ordnung sei. Mit der Gewerkschaftsbewegung zusammen lehrte sie die Praxis der verschiedenen Mittel des täglichen Kampfes zur materiellen und geistigen Hebung des Proletariats. Aber auch diese Mittel sind nicht allein heilig machende. Sie müssen durch neue Formen des Klassenkampfes vervollständigt und ergänzt werden, wenn die Verhältnisse dies verlangen.

Bei den Debatten auf dem Amsterdamer Kongress lag die Situation für die Erkenntnis des Wesens des Massenstreiks ziemlich unglücklich. Man stand unter dem Eindruck des erfolglosen Massenstreiks in Belgien und Holland, die jedoch keinen Schluß auf die Erfolglosigkeit des neuen Kampfmittels zulassen. Die Rednerin begründete das durch einen kritischen Ueberblick über die wichtigsten Momente dieser beiden Kämpfe. — Auch die unklare und reich mit anarchistischen Gedanken durchsetzte Art, wie Genosse Friedberg die Idee des Generalstreiks vertrat, ist der ruhigen, klaren Erörterung nachteilig gewesen.

Die großen Generalstreiks in Italien und Rußland haben ein neues Licht auf das Wesen des politischen Massenstreiks geworfen. In Italien ist im letzten Herbst der Massenstreik glänzend durchgeführt worden, obgleich dort die politische und gewerkschaftliche Bewegung bei weitem nicht auf der Höhe steht wie in anderen Ländern. — In Rußland haben im Jahre 1902 gewaltige wirtschaftliche Massenstreiks stattgefunden, zu denen im Jahre 1903 politische Massenstreiks traten. Sie stellten neben wirtschaftliche Klassenforderungen, so der des Achtstundentages, die politische Forderung des Wahlrechts, der Verfassung, und richteten sich gegen den Despotismus. Seit dem 22. Januar, dem Petersburger Blutsonntag, haben sich die Massenstreiks zu revolutionären Massenstreiks zugeeignet, die den Machtapparat des Zarenismus gewaltig erschütterten und desorganisierten. — In Deutschland haben nur den Massenstreik im Ruhrrevier erlebt, der aus dem proletarischen Klassenempfinden der Massen heraus mit explosiver Gewalt in Erscheinung trat. Das sind äußerst lehrreiche Tatsachen. Sie zeigen, daß der politische Massenstreik seinem Wesen nach der Revolution verwandt

ist. Ebenso wenig wie sie läßt er sich kommandieren oder verbieten. Er bricht mit elementarer Gewalt unter bestimmten geschichtlichen Bedingungen aus dem gesteigerten Massenbewußtsein, der hochgradigen Gärung und Erregung der Massen heraus. Es kann daher nicht unsere Aufgabe sein, im voraus Gesetze und Regeln für seinen Verlauf festzulegen. Wir müssen sein Wesen und die aus ihm resultierenden Gesetze erkennen lernen, wir müssen ihm Richtung und Leitung geben, um ihn für die Forderungen der ausgebeuteten Arbeiter dienlich zu machen. Der politische Massenstreik ist also nicht aufzufassen als ein trockenes Rechenexempel, wobei Reife die Höhe der nachweisbaren materiellen Hilfskräfte als allein ausschlaggebend angesehen werden. Der politische Massenstreik ist aber auch nicht der allein seligmachende revolutionäre Dornbusch, der in der Retorte von Parteitagsschöpfungen im voraus für bestimmte Eventualitäten beschloffen und befohlen werden kann. Man muß davon absehen, zu drohen: Wenn das und das geschieht, beispielsweise, wenn uns das allgemeine Wahlrecht genommen wird, so antworten wir mit dem Massenstreik. Solche Ankündigung widerspricht nicht nur dem Wesen des politischen Massenstreiks, sondern sie ermöglicht auch unseren Lobfeinden, sich zu rüsten und uns mit all ihren Nachmitteln entgegenzutreten. Der politische Massenstreik muß über die herrschende Klasse kommen wie der Dieb in der Nacht. Er darf aber auch nicht eine leere papierne Drohung sein. Es darf nicht angekündigt werden, wann der Streik eintreten und wie lange er dauern soll, seine Wucht darf nicht durch die Erklärung geschwächt werden, daß das Proletariat sich unter allen Umständen auf dem Boden der Legalität halten wird. Das läßt ihn von vornherein in Ketten schmeiden. Wenn die herrschenden Klassen nicht fürchten, daß hinter dem Massenstreik das Gespenst der Revolution steht, dann bedeutet er, wie Genossin Lugenburg treffend schrieb, nichts anderes, als daß wir Kanonen aufziehen, aber ihre Ladung angesichts des Feindes ins Meer abschießen.

Der revolutionäre Kampf mit gezeugten Armen scheint berufen, den Vorkampfbekämpfung zu erregen. Er kann aber auch das Signal sein zum gewalttätigen Kampfe, den das Proletariat nicht sucht, der ihm aber durch die herrschenden Gewalten aufgezwungen wird. Der Massenstreik ist mithin ein Kampfmittel, das nicht leichtfertig angewandt werden darf. Wenn wir aber zu diesem Mittel greifen, dann muß es in dem Bewußtsein geschehen, daß wir unsere volle Kraft in dem Kampfe einsetzen müssen und daß Situationen kommen können, wo gilt: das Leben ist der Güter höchstes nicht.

Unsere Aufgabe ist, das klare proletarische Massenbewußtsein, die innere revolutionäre Bereitschaft der Massen zu wecken, die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen auszudehnen und auszubauen und sie mit dem Geist zu erfüllen, der sowohl die Tagesarbeit wie das Endziel richtig in ihrer organischen Verbindung wertet, so daß das bescheidenste Alltagswerk durch den Hinblick auf das Endziel mit Treue und Begeisterung verrichtet wird, so daß das Endziel mit einer überzeugenden Kraft vertreten wird, als ob seine Verwirklichung morgen schon möglich wäre.

Wir müssen ferner die abergläubische Scheu vor gewissen Worten bekämpfen. Ein solches Wort ist: Gesetlichkeit. Was ist denn die Gesetlichkeit anders, als die subjizierte, in bindende Normen gebrachte Gewalt der herrschenden Klassen. Diese selbst lehnen sich herzlich wenig daran, sobald sie ihren Interessen widerspricht. Die Gesetlichkeit soll nur denen heilig sein, gegen die sie gemacht ist. Gewiß, die Klugheit gebietet uns, die Gesetlichkeit zu beachten, so lange es irgend möglich ist. Wir nutzen sie aus bis an die äußerste Grenze, innerhalb deren sie dem proletarischen Klassenkampf dienlich gemacht werden kann. Wir können uns nicht durch sie binden lassen, sobald sie ein unübersteigbares Hindernis für den Klassenkampf wird. Gewiß, wir sind mit Beachtung der Gesetlichkeit gediehen und haben „rote Wangen und pralle Muskeln“ bekommen, während die herrschenden Klassen den Boden unter sich schwanken fühlen. Wie aber, wenn die herrschenden Klassen die Gesetlichkeit zertrümmern, die sie tötet, und eine neue Gesetlichkeit schaffen, die sie kräftigt und erhält? Spigen die Dinge sich so zu, so muß das Proletariat erklären: Ich verlasse den Boden der Gesetlichkeit und stelle mich auf den Boden meines Rechts, auf den granitnen Fels meiner Macht. Kurz, wenn wir den politischen Massenstreik als neues Kampfmittel ins Auge fassen, so gilt für uns das Wort: „Bereit sein, ist alles“, so muß uns jene Entschlossenheit befeelen, die aus dem alten Kampfliede der Reformation, der Parcellaise der Deutschen, spricht:

Und wenn die Welt voll Teufel wär,  
Und wöllt uns gar verschlingen,  
So fürchten wir uns nicht zu sehr,  
Es muß und doch gelingen.

Der Vortrag der Genossin Zetkin wurde mit stürmischem Beifall aufgenommen. Dann folgte eine lange Diskussion, in der zunächst drei anarchistische Redner auftraten. Soweit diese Redner auf den Vortrag selbst eingingen, zeigte es sich, daß sie in den Hauptpunkten fast immer das Gegenteil von dem verstanden hatten, was Genossin Zetkin klar und nicht mißverständlich gesagt hatte. Hervorragendes an sonfulen Ausführungen leistete der weisheitsvolle der anarchistischen Redner, Herr Johannes Holzmann, der sich den Namen Sena Hoy beizulegen pflegt. Da Holzmann unter anderem auch auf eine Versammlung im vierten Wahlkreise Bezug nahm, wo er ebenfalls gegen von ihm falsch verstandene Ausführungen des Genossen Ledebour polemisiert hatte, so nahm Ledebour Gelegenheit, auch hier wieder die Holzmann'schen Verdrehungen richtig zu stellen und die anarchistisch-individualistischen Ideen als Zwillingsschwester des Individualismus der Bourgeoisie zu kennzeichnen. Genossin Zetkin, die in ihrem Schlußwort auf die Ausführungen der Anarchisten einging, kennzeichnete dieselben treffend mit der Bemerkung, die Anarchisten hätten so falsche Ausführungen auf die Tribüne geschleppt, daß sie sich frage, ob denn die Herren mit dem Generalstreik der Öhren oder des Verstandes begonnen hätten. Unter lebhaftem Beifall der Versammlung entwirrte dann die Rednerin die größten Entstellungen und vertrat demgegenüber ihren eigenen Standpunkt.

Nach Schluß der Versammlung zeigte sich, daß auch die Polizei ein besonders lebhaftes Interesse genommen hatte. Im Vorraum blinkten vier bis sechs Schutzmanshelme und auf der Straße sah man wenigstens zwanzig Schutzleute, von mehreren Polizeileutnants angeführt. Glaubte die Polizei wirklich, der politische Massenstreik solle sofort proklamiert werden und sie müsse dann für ausreichenden Schutz der Streikbrecher sorgen?

## Gewerkschaftliches.

### Berlin und Umgegend.

Die Arbeiter und Arbeiterinnen der Firma Dr. Cassierer u. Co., Kabel- und Gummiwerk in Charlottenburg, sind sämtlich in den Ausstand getreten. Erst vor wenigen Tagen war es wegen einer Neuregelung der sehr aufbesserungsbedürftigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse zwischen der Firma und dem Berliner Filialvorstand des Fabrik-, Land- und Hülsarbeiter-Verbandes zu Vereinbarungen gekommen, die bei lokaler Innehaltung einen Ausbruch von ersten Differenzen in nächster Zeit nicht erwarten ließen. So war für die circa 200 Arbeiter und Arbeiterinnen die Arbeitszeit von 10 auf 9 1/2 Stunden verkürzt worden bei einer gleichzeitigen Lohnhöhung bis zu 4 Pf. pro Mann. Ueberstunden sollten mit 15—50 Proz. Zuschlag bezahlt werden; auch war eine Revision der Akkordlöhne vorgelesen, dergestalt, daß im Akkord 15 bis 20 Proz. mehr verdient werden sollten, wie im Lohn. Die Maximallohnätze waren für männliche Hülsarbeiter vorläufig auf 45 Pf. und für weibliche auf 27 Pf. bemessen worden. Auch für die Professionisten (Metallarbeiter) wurden durch Vermittlung des Hülsarbeiter-Verbandes feste Lohnätze geschaffen und zwar für ausgelehrte Schlosser 40 Pf., nach dem ersten Gesellenjahre 45 Pf.; ausgeleerte Dreher 45 Pf., nach dem ersten Gesellenjahre 50 Pf.; für Feuerantiede 55 Pf. und Stodgesellen 40 Pf. pro Stunde. Weiter erlante die Firma den Arbeitersauschuss an und erklärte sich bereit, ihre Arbeiter auch vom Arbeitsnachweis des Verbandes zu beziehen. Doch kurz, nachdem diese Abmachungen getroffen waren, wurden sie auch schon von der Firma durch einseitige knifflische Auslegungen



wieder zu umgehen und zu durchlöchern gesucht. Selbstverständlich protestierten die Arbeiter gegen derartige Auslegungskünste auf das heftigste, jedoch vergeblich. Da eine Verständigung nicht mehr zu erzielen war, sahen sich die Arbeiter wohl oder übel genötigt, zur Durchführung der jüngst getroffenen Vereinbarungen in einen **Arbeitsstreik** einzutreten und sämtlich die Arbeit niederzulegen. Zwar erklärte die Firma, in eine erneute Prüfung der Lohnfrage einzutreten zu wollen, wenn die Arbeiter zuvor die Arbeit wieder aufnehmen würden. Dies wurde von den Streikenden jedoch abgelehnt, weil ihr Vertrauen in die Zusagen der Firma von dieser bereits mehrfach getäuscht worden ist. Jetzt will die Firma die ganze Angelegenheit dem Einigungsamt unterbreiten, womit sich die Arbeiter natürlich bereitwillig einverstanden erklärten, da bei einer gewerbegerichtlichen Festlegung der Lohn- und Arbeitsbedingungen einer einseitigen Auslegung der getroffenen Vereinbarungen wirksam vorgebeugt werden dürfte.

Zur Differenz der Lederarbeiter bei der Firma Steinlein wird uns noch mitgeteilt, daß der Firmenchef kürzlich 10 seiner Arbeiter nur deshalb entlassen hat, weil sie an einer Werkstattbesprechung teilnahmen. Es ist kaum zu erwarten, daß derartig fühnmännliche Manieren zur Beilegung der Differenzen beitragen werden.

**Aufbesserungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse** hat die Berliner Filiale des Verbandes der Fabrik-, Land- und Hilfsarbeiter jüngst in mehreren Betrieben durch Verhandlungen mit den Arbeitgeberern durchgesetzt. So ist mit der Firma **Czarnikow u. Co.**, Kunststein-Fabrik Waidmannslust, ein einjähriger Tarifvertrag abgeschlossen worden, laut dessen die Arbeitszeit von 10 auf 9 $\frac{1}{2}$  Stunden täglich verkürzt wurde. Für Stämper, Mischer und Schleifer beträgt der Anfangslohn 45 Pf. (früher 35 Pf.) und steigt nach sechswöchentlicher Beschäftigung auf 50 Pf. (früher nach einem Jahr). Hof- und Transportarbeiter werden jetzt mit 42 $\frac{1}{2}$  Pf. (früher 35 Pf.) entlohnt. Solche, die über ein Jahr in Betriebe tätig sind, erhalten ebenfalls 50 Pf. pro Stunde. Ueberstunden werden mit 10 Pf., Sonntagsarbeit mit 15 Pf. Zuschlag pro Stunde bezahlt. Für Bauarbeit (Montage) wird ein Zuschlag von 10 Pf. pro Stunde gewährt. Das Fahrgehalt wird ebenfalls vergütet, und werden bei Bauten in Berlin eine Lohnsumme, für Bauten außerhalb Berlins zwei Stunden mit diesbezüglichen Zuschlag in Berechnung gebracht. Den Arbeitern muß ein geschlossener, mit genügendem Licht versehener Speiseraum sowie Waschvorrichtungen zur Verfügung gestellt werden. Ferner ist die Einsetzung eines Arbeiterausschusses vereinbart, dem mit dem Arbeitgeber außer der Schlichtung von Differenzen auch die Festsetzung einer Normalleistung der Arbeiter obliegt. — Ein erheblicher Lohnabzug ist durch Verhandlung in der Norddeutschen Gummi-Fabrik, Tempelhofer Ufer, rückgängig gemacht worden. Die Betriebsleitung hatte nämlich den Schlauchmachern zugemutet, Gaschläuche um zirka 40 Proz. billiger wie bisher anzufertigen. Nachdem aber die Arbeiter energisch auf Verhinderung der alten Lohnsätze drangen, erklärte sich die Betriebsleitung am Dienstag bereit, die Abzüge wieder fallen zu lassen.

Die **Barbier- und Friseurgehilfen Köpenicks** beabsichtigen ebenfalls eine Lohnbewegung. Sie wollen im Frühjahr gleichzeitig mit ihren Berliner Kollegen und für dieselben Forderungen kämpfen. So fordern sie u. a. 12 M. und halbes Kost, 20 M. ohne Kost und Logis, Freigabe der drei zweiten Feiertage, Anerkennung des Arbeitsnachweises usw. Die Köpenicker Barbiergehilfen sind gut organisiert. Die Bewegung wird von der Berliner Lohnkommission geleitet.

#### Deutsches Reich.

Die **Leipziger Tapezierer** befinden sich in einer Lohnbewegung. Erst hatte es den Anschein, als sollte dieselbe friedlich verlaufen. Eine Kommission wurde mit der Verhandlung mit der Zwangsvereinbarung und den ihr nicht angehörenden Firmen betraut. Das Ergebnis der Verhandlungen war Arbeitszeitverkürzung um eine Stunde wöchentlich, 10 Proz. Lohnerhöhung, Abschließung des Anfangslohnes für Ausgelernte, nach dem ersten Gehältsjahre 50 oder 52 Pf. stündlich, 2 bis 3 M. für volle Ausbildung und je nach den örtlichen Verhältnissen ohne Uebernahmen bis 1,25 M. Durch das Verhalten einer Zunftversammlung kam es zum Bruch; es wurde dort sogar eine Verschlechterung der bis jetzt bestehenden Abmachungen angenommen, und so sahen sich die Tapezierergehilfen gezwungen, bis auf weiteres die Arbeit niederzulegen. Bis zur Stunde stehen 306 Tapezierer im Streik, darunter 280 organisierte. — Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Nachdruck ersucht. Zugung ist streng zu vermeiden.

Die **Schneider Rürnbergers** erklärten in einer Versammlung, daß sie bereit seien, eine Tarifvereinbarung zu erstreben, und beauftragten, wie uns unser dortiger Korrespondent schreibt, ihre Organisation, die Vorarbeiten zur Vorlage eines entsprechenden Entwurfs an die Unternehmer in die Wege zu leiten. Eine Bewegung der Schneider, die darauf hinausging, die seit 1901 bestehenden, aber den Verhältnissen nicht mehr entsprechenden Lohnsätze, die sich in drei Abteilungen bewegen, einer Revision zu unterziehen, hatte vollen Erfolg, da die Unternehmer die abgeänderten Tarife unterzeichneten. Nur bei zwei Firmen machte sich ein Streik notwendig, der aber nach wenigen Tagen durch das Nachgeben der Unternehmer beendet war.

Eine **allgemeine Brauerbewegung** ist in **Ansbach** im Gange. Die Arbeiter verlangen Verkürzung der Arbeitszeit, Wohnung außerhalb der Brauerei, Entschädigung für das nicht getrunkene Hausbier usw. Die Unternehmer antworteten auf die Forderung überhaupt nicht. Eine Versammlung der Arbeiter beschloß, die Forderungen nochmals vorzulegen und, wenn wieder keine Antwort erfolgt, sofort in den Streik einzutreten.

**Gummiarbeiter und Arbeiterinnen.** Einen schönen Erfolg hat die Organisation der Fabrik-, Land- und Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen in **München** zu verzeichnen. Wie schon mitgeteilt, hat die Organisation namens der Arbeiter und Arbeiterinnen der Direktion der **Reichsleinen-Hofsumminarenfabrik** Forderungen vorgelegt. Darauf erließ die Direktion in der bürgerlichen Presse eine Erklärung, wonach sie unter keinen Umständen mit der Organisation verhandeln und den Betrieb schließen werde, falls die Arbeiter bei den aufgestellten Forderungen stehen bleiben würden. Dieser Schreckschuß verschloß bei den Arbeitern sein Ziel, und da die Arbeiter einstimmig beschloßen hatten, am Donnerstag in den Streik einzutreten, hat die hochmögliche Direktion ihren Widerstand aufgegeben, mit der Organisation verhandelt und mit ihr einen, gültig auf 1 Jahr gültigen, Vertrag abgeschlossen. — Eine von über 1000 Personen besuchte Fabrikversammlung erklärte ihre Zustimmung zu diesem Vertrag.

#### Ausland.

Die **Fischer in Zürich** verlangen von den Unternehmern den Neunstundentag, vom 1. April 1908 ab wöchentliche Lohnzahlung und endlich die Forderung, Unternehmern, die den neuen Tarifvertrag nicht anerkennen und mit denen es deshalb zum Konflikt kommt, nicht beizustehen. Der **Reiterverein** gekand die 9stündige Arbeitszeit sowie die beiden anderen Forderungen zu, als es aber in der **Wöbelfabrik Wolf u. Aischacher** zum Streik kam, und der bisher unorganisierte Fabrikarbeiter dem **Schreinermeisterverein** beitrug, erklärte sich dieser mit seinem neuen Mitglied gegen die Arbeiter solidarisch. Unter diesen Umständen kann leicht der Kampf ein allgemeiner werden.

Der **Friede in der norwegischen Metallindustrie** ist nun wieder hergestellt. Die Hauptorganisationen der Arbeiter und der Arbeitgeber sowie der **Formverband** und die **Vereinigung der mechanischen Werkstätten** haben den Einigungsorschlag des von der **Vormannschaft der Gemeindevetretung Kristianias** ernannten Schlichtungsausschusses angenommen. Die allgemeine Aussperrung, die bei der in fast allen Branchen herrschenden Arbeitslosigkeit um so verderblicher auf die Industrie sowie auf die gegenwärtige Lage der Arbeiter eingewirkt haben würde, ist damit rückgängig gemacht worden. In dem neuen Uebereinkommen, das sich, wie bekanntlich die ganze **Streikfrage**, nur auf die **Affordarbeit** bezieht, wird im

wesentlichen folgendes bestimmt: Der **Formverband** läßt es zu, daß seine Mitglieder in allen mechanischen Werkstätten und Gießereien **Affordarbeit** ausführen, soweit es die Unternehmer für notwendig erachten. In allen Fällen soll mit den betreffenden Arbeitern über den **Affordpreis** verhandelt werden; wird eine Einigung erzielt, so soll jedem Arbeiter sein Stundenlohn garantiert werden; wird keine Einigung erzielt, so bestimmt der Arbeitgeber oder sein Stellvertreter, in wie weit die Arbeit in Lohn oder Afford ausgeführt werden soll, und in einem solchen Fall wird den Arbeitern bei **Affordarbeit** ihr **Stundenlohn** nebst einem Zuschlag von 5 Prozent garantiert. Das Uebereinkommen soll bis zum 31. Dezember 1909, und wenn es nicht 3 Monate vorher gekündigt wird, je 2 Jahre weiter gelten.

Die hierdurch eingeführte Regelung der **Affordarbeit** entspricht zwar nicht vollkommen dem, was die Arbeiter als recht und billig verlangen. Dennoch bietet das neue Uebereinkommen eine gute Schutzwehr gegen die Willkür der Unternehmer, die ganz eigenmächtig über die Ausführung und Bezahlung von **Affordarbeit** bestimmen und diese Alleinberechtigung durch eine Aussperrung erzwingen wollten, welche 10 000 Arbeiter brotlos machen sollte.

## Soziales.

### Eine preussische Liebeszentrale.

Das soziale Königtum, affiiert vom **Geldsackparlamentarismus**, soll jetzt allen Ernstes in Preußen statuiert werden. Das preussische Abgeordnetenhaus, das eben erst einen so glänzenden Beweis sozialer Liebestätigkeit durch die zuvorkommende Unterstützung einer hungernden Fürstnfamilie gegeben hat, das sich in den nächsten Wochen oder Monaten glänzend bewähren wird in der Schaffung eines **Bergarbeiterschutzes**, der alle Kohlenbarone entzünden wird, wird nächstens eine soziale Tat tun, deren Umfang und Bedeutung es selber nicht ermessen können wird.

Am 24. November 1904 verhandelte das Abgeordnetenhaus über einen Antrag des **Grafen Douglas**, in Erweiterung einer in Anregung gebrachten **Landeskommission zur Bekämpfung des Alkoholismus** eine **Landeskommission für Volkswohlfahrt** zu errichten. Der Antragsteller hielt dazu eine Rede, überfließend von sozialer Liebesgefühlung, in der alle Reden zusammenfloßen, die je bei Wohlthatigkeitskonzerten, Weihnachtsgeschenken, Armenbällen und dergleichen gehalten worden sein mögen und noch gehalten werden können. Es war darin die Rede von Bekämpfung des Alkoholismus, gesunkenen Mädchen, Kochhäusern, Diäten, Obdachlosen, Jungfrauenvereinen, Wärmehallen, Säuglingspflege, freiwilliger Feuerwehr, Wohnungsfrage, Bekämpfung der Kurpfuscherei, Kollektivenwesen, Fortbildungsschulen und unzähligen anderen Dingen, die da zentralisiert werden sollten in der **Dreiklassen-Wohlfahrtskommission**. Was eigentlich geschehen sollte, scheint der Antragsteller selbst nicht gewußt zu haben. Es wurde aber, nachdem unter verschiedenen anderen Rednern auch Herr v. **Vobelschwing** dazu gesprochen, eine Kommission eingesetzt, die weiter untersuchen sollte, was man wolle.

Diese Kommission hat unter Teilnahme vieler Regierungsvertreter verhandelt. Charakteristisch aus den Verhandlungen, die lunterhant durcheinanderwogten, ist folgende Stelle aus dem soeben veröffentlichten Bericht:

Die königliche Staatsregierung äußerte sich auf wiederholte Anfrage über ihre Stellungnahme zu dem Antrage dahin, daß sie nicht in der Lage sei, weder über das Prinzip der gestellten Anträge, noch über deren Einzelheiten, eine bestimmte Erklärung abzugeben. Sie müsse sich bescheiden, Zuhörer zu sein, erkläre sich aber bereit, falls Auskünfte tatsächlicher Art aus der Versammlung verlangt würden, diese gern zu geben.

Das heißt, die **Kommissionsmitglieder** wollten gern von der Regierung erfahren, worüber man eigentlich verhandelte und was die Kommission erreichen sollte, die Regierung aber wußte das ebensovienig; sie hörte bescheiden zu. Nachdem die Debatte so einige Sitzungen im **Unfertigen** herumgeplätschert, einigte sich die Kommission schließlich auf folgenden Antrag ans Plenum:

Die königliche Staatsregierung zu ersuchen: als behördliche Einrichtung zur Förderung der **Volkswohlfahrt** in Stadt und Land möglichst bald ein **Volkswohlfahrtsamt** zu schaffen, behufs ausgiebiger Mitwirkung des Laienelements ihm einen ständigen Beirat anzuschließen und die hierfür erforderlichen Mittel im Staatshaushalts-Etat bereitzustellen.

Das **Volkswohlfahrtsamt** soll unmittelbar dem **Staatsministerium** unterstellt werden, die Ernennung des Vorsitzenden und der Mitglieder durch den König erfolgen. Es soll ihm insbesondere obliegen:

1. die **Entwicklung der Volkswohlfahrtspflege** im In- und Auslande zu verfolgen und darüber der Staatsregierung fortlaufend Bericht zu erstatten;
2. **Wahrnehmungen**, die ein Eingreifen oder eine Abänderung der Gesetzgebung oder der Verwaltungsstätigkeit erforderlich erscheinen lassen, der Staatsregierung mitzuteilen;
3. auf **Anordnung der Staatsregierung** Gutachten zu erstatten, Vorschläge auszuarbeiten und bei der Vorbereitung von **Gesetzentwürfen** und **Verwaltungsanordnungen** mitzuwirken;
4. auf **Anordnung der Staatsregierung** bei größeren Unglücksfällen oder Notständen die **freiwillige Hilfsstätigkeit** einheitlich zu leiten.

Bei der Verfassung in den ständigen Beirat sollen die **privaten Volkswohlfahrts-Organisationen** und die beiden Häuser des Landtages besonders berücksichtigt werden. Der Beirat soll jährlich mindestens einmal einberufen werden, um den Geschäftsbericht des Volkswohlfahrtsamtes entgegenzunehmen und sich über ihn zu äußern. Er soll einzelne Fragen der Volkswohlfahrtspflege beraten und begutachten, wenn dies von der Staatsregierung angeordnet oder von einem Viertel der Mitglieder beantragt wird, und soll befugt sein, selbstständig Anträge an die Staatsregierung zu stellen. Den Sitzungen des Beirats sollen **Beauftragte der Staatsregierung** mit beratender Stimme beizuwohnen dürfen.

Im übrigen soll der Geschäftsgang des **Volkswohlfahrtsamtes** und des Beirats durch eine **Verordnung des Staatsministeriums** geregelt werden.

Der **hinreichend lange Antrag** sagt auch nichts weiter; er enthält nur die **vollkommene Maslosigkeit** der Kommission. Ueber das Wort **„Volkswohlfahrt“** ist sie nicht hinausgekommen. Dagegen hat sie zur weiteren Aufklärung ihrem Bericht eine Anzahl **Anlagen** beigegeben, worunter als erste ein Artikel des **Abg. Dr. Fabender** ein Staatslegikon, der die **Wohlfahrt vom Wohlfahrtsausschusse** der französischen Revolution herleitet und sie dann so definiert:

Unter **Wohlfahrt** verstehen wir den in **seelischer Zufriedenheit** und **leiblichem Wohlbehagen** sich ausdrückenden Zustand der Menschen, welcher entsteht aus einem **regelmäßigen und beständigen** Zuflusse derjenigen äußeren Güter, welche nach **Sitte, Gewohnheit** und **Aufschauung der Gemeinschaft**, welcher jemand angehört, zum **Leben** notwendig sind, in Verbindung mit einem dem **stillsichlichen Ziel** des Menschen entsprechenden **Lebenswandel**, einer **vernünftigen Gesundheitspflege** sowie **edler Entfaltung des Geistes** und **Gemütslebens** Rechnung tragenden **Lebensweise**.

Das also wird jetzt die **Aufgabe des preussischen Abgeordnetenhauses** sein. In einer weiteren Anlage wird der **„Entwurf zu einer systematischen Ordnung der in Frage kommenden Gesichtspunkte der Volkswohlfahrt (Salus populi) (Salutologie)“** gegeben, verfaßt vom **Herrn Medizinalrat Dr. Rob. Behla** in Potsdam, der **rund 600 Punkte** aufzählt. Es ist aus dem Bericht der Kommission nicht zu ersehen, ob sich die **preussische Liebeszentrale** mit diesen 600 Aufgaben beschäftigen soll. Aber mag sie, Unfertigen möchte sie sogar den **schwammigen Gumbig** verhefunden und

sich mit 6000 Punkten beschäftigen wollen, so würden wir ihr auch die **gut und gern** schenken für die **einzigste Wohlfahrt**, die sie dem **Volke** erweise durch die **Abfassung des ganzen so liebestätigkeitsvollen Dreiklassenparlamentes**.

### Wohnungswesen.

Die **preussische Regierung** hat dem **Landtage** einen **Gesetzentwurf** vorgelegt, nach welchem im **Bege der Anleihe** 15 Millionen **Mark** zur **Wohnungszwecke** für **Arbeiter** und **niedere Beamte** des **Staates** zur **Verfügung** gestellt werden sollen. **Bisher** sind bereits 59 Mill. **Mark** für diese Zwecke zur **Verfügung** gestellt und davon **rund 57 Millionen** verwendet worden. Es wurden 34,4 Millionen zu **eigenen Wohnungsbauten** des **Staates** und 20,6 Millionen zu **Darlehen** für **Genossenschaften** u. verwendet und auf diese Weise **rund 16 400 Wohnungen** errichtet.

Die **Orts-Krankenkassen in Elsf-Lothringen** wollen einen **Landesverband** gründen. Zu diesem Zwecke wird **nächsten Sonntag** in **Strasbourg** eine **Konferenz** von **Kassenvertretern** **zusammentreten**.

## Gerichts-Zeitung.

Ein **ränberischer Ueberfall** im **Stadtbahn-Abteil** beschäftigte gestern das **Schönurgericht** des **Landgerichts I** in einer **Strafsache** wegen **versuchten schweren Raubes**, welche sich gegen den aus dem **Roader Untersuchungsfängnis** vorgeführten **Landwirt Max Ruhn** richtete. Die **Straftat**, welche den **Gegenstand** der **Anlage** bildet, liegt schon etwas weit zurück. Nach der **Schilderung** des **Verlehten**, des **Postbeamten Ostrowsky**, hat sich der von dem **Angeschlagenen** auf ihn **unermüdeten Ueberfall** folgendermaßen abgepielt: Am **31. März 1903** fuhr der **Postbeamte Ostrowsky** gegen **10 Uhr** abends mit einem **Stadtbahnzuge** nach dem **Schlesischen Bahnhofe**. Das **Durchgangscoupee** zweiter Klasse war **vollständig leer**. Auf dem **Bahnhof Alexanderplatz** bemerkte **Ostrowsky** den **Angeschlagenen**, wie er **schief in alle Weite** hineinspähte. Dem **Zeugen** fiel es auf, daß er von **Ruhn** sehr **genau gemustert** wurde. Als sich der **Zug** gerade in **Bewegung** setzen wollte, öffnete der **Angeschlagene** noch **knapp** die **Coupeptüre** und **sprang** in das **Abteil**, in welchem **O. saß**. Er **setzte sich** diesem **gegenüber** und **begann** sofort den **Zeugen** **schief** zu **fixieren**. **Ostrowsky** empfand dies **sehr unangenehm** und **nahm** deshalb eine **Zeitung** hervor, in die er **sich** **scheinbar** vertiefte. In **Wirklichkeit** beobachtete er den **Angeschlagenen**, der ein **geradezu unheimliches** Wesen zeigte, **sehr genau**. **Insbesondere** fiel es ihm auf, daß **Ruhn** die **rechte Hand** in das **aufgehobene Jackett** verbarg. Als der **Zug** die **Station Jannowitzbrücke** verlassen hatte, ohne daß **jemand** eingestiegen war, **sprang** der **Angeschlagene** plötzlich auf und **stürzte** sich auf den **höchst-erschrockenen Ostrowsky**. In der **Hand**, welche er **vordem** verborgen hatte, **hielt** der **Angeschlagene** einen **dicken Gummistoppel**, einen sogenannten **„Lebensretter“**, mit welchem er dem **O.** einen **tauchigen Schlag** über den **Kopf** versetzte, der **jedoch** durch den **steifen Filzhut** **unschädlich** gemacht wurde. Der **Ueberfallene** wehrte sich **fortkräftig** seiner **Haut**. Es **entstand** ein **wildes Handgemenge**, wobei es **O.** gelang, dem **Angeschlagenen** den **Gummistoppel** zu **entreißen**. Als er **um Hilfe** rief, **versuchte** **Ruhn** ihm die **Stehle** **zuzubinden**. Mittlerweile war der **Zug** in die **Nähe** des **Schlesischen Bahnhofes** gelangt. Der **Angeschlagene** **stieß** plötzlich **von seinem Opfer** ab und **sagte** dabei, wie der **Zeuge** vor **Vericht** bezeugte, „er **wolle** ihm (**Ostrowsky**) **nichts** mehr tun und ihn in **Ruhe** lassen.“ Auf dem **Schlesischen Bahnhofe** angekommen, **saß** der **Ueberfallene**, wie der **Angeschlagene** den **Gummistoppel**, den er **auf** irgend eine **Weise** **wiedererlangt** hatte, **zum Coupefenster** **hinauswarf**. Als auf die **Anfrage** des **Ueberfallenen** mehrere **Stationsbeamte** **herbeieilten**, **veränderte** der **Angeschlagene** **plötzlich** sein **Wesen**. Er **wollte** mit einem **Male** von der **ganzen** **Szene** **nichts** **wissen**, **adelschweigend** **antwortete** er **auf** alle **Fragen**: „**Ja** **weiß** **von** **nichts**.“ Die **polizeilichen Ermittlungen** ergaben, daß **man** es **mit** dem **vielfach** **vorbestraften** **Ruhn** zu **tun** **hatte**, der **erst** vier **Tage** **vog** dem **Ueberfall** **aus** der **Zentralstrafanstalt** in **Bronie** **entlassen** **war**. In dem **geirigen** **Termin** **erhob** der **Angeschlagene** den **Einwand** der **Unzurechnungsfähigkeit** und **ließ** durch **seinen** **Verteidiger** **Rechtsanwalt** **Bahn** einen **diesbezüglichen** **Wahnsinn** **antreten**. **Medizinalrat** **Klein** **bekundete**, daß **von** einem, **von** **Ruhn** **selbst** **behaupteten** **Deliriumszustand** **zur** **Zeit** **der** **Tat** **keine** **Rede** **sein** **könne**. **Prof. Köppen** **und** **Gerichtsarzt** **Dr. Hoffmann**, die **den** **Angeschlagenen** in der **königlichen** **Charité** **bezu.** im **Untersuchungsfängnis** **eingehend** **untersucht** **haben**, **bekundeten** **ebenfalls**, **keinerlei** **Dinge** **wahrgenommen** **zu** **haben**, **die** **auf** **Störung** **der** **Geistesstätigkeit** **im** **Sinne** **des** **§ 51 St.-G.-B.** **schließen** **lassen**. — Der **Vertreter** der **Anklagebehörde** **Staatsanwalt Baumgarten** **plaidierte** **auf** **Schuldig** **im** **Sinne** **des** **Eröffnungsbeschlusses**. Die **Geschworenen** **bejahten** **dem** **auch** **die** **gestellte** **Schuldfrage** **nach** **versuchtem** **schwerem** **Raub** **unter** **Verfügung** **mildernder** **Umstände**. **Staatsanwalt** **Baumgarten** **beantragte** **eine** **Zuchthausstrafe** **von** **3 Jahren**. Der **Gerichtshof** **erkannte** **diesem** **Antrage** **gemäß** **auf** **drei** **Jahre** **Zuchthaus**, **5 Jahre** **Erwerbs** **und** **Stellung** **unter** **Polizeiaufsicht**.

Die **Revision Bergers** vom **Reichsgericht** **verworfen**. Das **Reichsgericht** **verwarf**, wie ein **Privat-Telegramm** aus **Leipzig** **meldet**, **gestern** die **Revision** **Bergers**, **der** **am** **24. Dezember** **vorigen** **Jahres** **vom** **Schönurgericht** **des** **Landgerichts I** **zu** **Berlin** **wegen** **Sittlichkeitsverbrechens** **und** **Totschlages**, **begangen** **an** **der** **kleinen** **Ducie** **Berlin**, **zu** **15 Jahren** **Zuchthaus** **und** **den** **Nebenstrafen** **verurteilt** **worden** **war**.

Der **Erbschaftsprozess** **Wobels** **wurde** **Donnerstag** **und** **Freitag** **vor** **dem** **11. Mer** **Landgericht** **umfangreich** **verhandelt**. **Webel** **war** **selbst** **anwesend**. **Rechtsanwalt** **Kotenhöfer** **als** **Vertreter** **der** **Verwandten** **des** **Erblassers** **Reinhold Kollmann** **versuchte** **den** **Nachweis**, daß **Kollmann** **schon** **zur** **Zeit** **der** **Abfassung** **des** **Testamentes** **im** **Jahre** **1879** **geisteskraun** **gewesen** **sei**, **was** **unter** **anderem** **auch** **aus** **der** **lieblosen** **Art** **herborgehe**, **mit** **der** **er** **seine** **Verwandten** **behandelt** **habe**. Dem **gegenüber** **betonte** **Wobels** **Vertreter**, **Rechtsanwalt** **Mayer**, **11. M.**, daß **Kollmann** **mit** **seinen** **Verwandten** **so** **trübe** **Erfahrungen** **gemacht** **habe**, daß **es** **viel** **eher** **auf** **Verrücktheit** **deuten** **würde**, **wenn** **er** **diese** **Verwandten** **nicht** **erbt** **hätte**. **Trotzdem** **er** **sich** **jeits** **nobel** **gegen** **seine** **Verwandten** **benommen** **hat**, **einem** **seiner** **Brüder** **die** **Schulden** **bezahlt**, **einem** **anderen**, **50 000 M.** **zugewendet** **habe**, **hätten** **ihn** **diese** **schwer** **gekränkt**. Das **Recht** **zum** **Tragen** **der** **Uniform** **habe** **er** **infolge** **eines** **von** **seinem** **Schwager** **gegen** **ihn** **angestregten** **Verleumdungsprozesses** **verloren** **und** **infolge** **Termination** **seitens** **seiner** **Verwandten** **sei** **er** **wegen** **Wahnsinn** **verurteilt** **worden**. Seine **geistige** **Intaktheit** **im** **Jahre** **1879** **gehe** **unzweifelhaft** **daraus** **hervor**, daß **der** **für** **sehr** **gewissenhaft** **bekannt** **Notar** **Hausmann** **im** **Weissen** **zweier** **Zeugen** **das** **völlig** **klar** **abgefaßte** **Testament** **entgegengenommen** **habe**. Auf **Antrag** **des** **kügerischen** **Vertreters** **erfolgten** **folgend** **umfangreiche** **Verlesungen**. In **dem** **verlesenen** **Immediatgesuch** **Kollmanns** **an** **den** **Kaiser** **spricht** **Kollmann** **auch** **davon**, daß **er** **sich** **an** **Webel** **und** **Lasser** **gewandt** **habe**. **Lasser** **habe** **ihn** **kurz** **abgefertigt**, **Webel** **dagegen** **habe** **ihn** **freundlich** **geantwortet** **und** **habe** **ein** **gutes** **Erbe**. Diese **im** **Jahre** **1880** **eingebrachte** **Eingabe** **bot** **Veranlassung** **zu** **einem** **Wahnsinn** **Verleumdungsprozess**, **das** **infolge** **seines** **Zustandes** **aufgehoben** **wurde**. Aus **einer** **Anzahl** **Brüder** **Kollmanns** **an** **seine** **Geschwister**, welche **zur** **Bekleidung** **Lament** **geh** **hervor**, daß **Kollmann** **zur** **Zeit** **des** **Testamentabfassung** **und** **auch** **noch** **ein** **Jahr** **später** **in** **Geiseln** **und** **religiösen** **Fragen** **überaus** **klar** **und** **logisch** **dachte**. Gestern **wurde** **ein** **Gerichtsbeschluß** **verlesen**, **wonach** **das** **Reichsgericht** **die** **Entscheidung** **auf** **den** **8. Mai** **vertagt**.

**Wasserstand** **am** **23. März**. **Elbe** **bei** **Köln** **+ 2,28 Meter**, **bei** **Dresden** **+ 0,81 Meter**, **bei** **Magdeburg** **+ 3,27 Meter**. — **Ustrut** **bei** **Stralsund** **+ 1,90 Meter**. — **Dob** **bei** **Kalbin** **+ 2,33 Meter**, **bei** **Dreslau** **Ober-Regel** **+ 5,16 Meter**, **bei** **Dreslau** **Unter-Regel** **+ 0,26 Meter**, **bei** **Frankfurt** **+ 2,37 Meter**. — **Weser** **bei** **Waldmühle** **+ 5,33 Meter**. — **Weser** **bei** **Waldmühle** **+ 5,33 Meter**. — **Weser** **bei** **Waldmühle** **+ 5,33 Meter**.



# Sozialdemokratischer Wahlverein für den 1. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Sonntag, den 26. März 1905, mittags 12 Uhr:

## Volks-Versammlung

im Palast-Theater, Burgstraße 22.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Reichstags-Abg. Gen. v. Dollmar über: „Deutschland und Rußland“.
2. Diskussion.

Zahlreichen Besuch erwartet

Der Vorstand.

## Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Sekretariat Berlin.

Haupt-Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher Amt IV, 9679. Arbeitsnachweis Zimmer 34, Amt IV, 8353.

Sonntag, 26. März 1905, vorm. 9 1/2 Uhr, in der Neuen Welt, Hafenside 108/114:

## General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Erledigung der Tagesordnung vom 12. März.
2. Stellungnahme zur Generalversammlung in Leipzig. (Vorhandsvorlage, Anträge.)

Schne Mitgliebsbuch kein Zutritt! Die Versammlung wird pünktlich eröffnet! Die Ortsverwaltung.

113/17

## Stukkateure.

Montag, den 27. März, abends 8 Uhr, bei Franke, Sebastianstraße 39:

### Anherordentl. Mitgliederversammlung der Filiale Berlin.

Tagesordnung: 1. Das Ergebnis der ersten Beratung in unserer Schlichtungskommission. 2. Unser Fachblatt und dessen fernerer Vertrieb. 3. Gipsbildhauer oder Stukkateur? 4. Unsere Bibliothek und Verschiedenes.

Gäste und nicht zentralorganisierte Kollegen haben Zutritt. Zahlreichen Besuch und die Beteiligung jeder Werkstatt in dieser wichtigen Versammlung erwartet Die Ortsverwaltung. 113/19\*

## Deutscher Holzarbeiter-Verband.

**Achtung! Bautischler! Achtung!**

Morgen, Sonntag, vormittags 10 Uhr, in den Germania-Sälen, Chausseest. 103a:

## Branchen-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Bericht des Obmanns und Antrag der Einscher.
2. Diskussion.
3. Neuwahl des Obmanns.
4. Verschiedenes.

Wegen der reichhaltigen Tagesordnung wird die Versammlung pünktlich eröffnet, auch ist es Pflicht, daß jeder Kollege an dieser Versammlung teilnimmt.

Der Obmann.

Hochverbindung: Bahnhof Friedrichstraße und Bahnhof Stettiner Bahn.

Achtung!

Achtung!

Sonntag, den 26. März, morgens Punkt 9 Uhr, im Lokale von W. Pfeiffer, Rosenhaldenstr. 57:

## Branchen-Versammlung sämtl. Stellmacher

welche in Betrieben beschäftigt sind, wo Zusatzarbeiten gemacht werden.

Tages-Ordnung:

1. Bericht der Tarifberathungs-Kommission.
2. Diskussion.
3. Verschiedenes.

Kollegen! Kassensmacher, Kassenhelfer und Rademacher, erscheint vollständig in dieser Versammlung, kein einziger darf fehlen!

Der Einberufer.

## Verband der Möbelpolierer.

Montag, den 27. März, abends 8 1/2 Uhr, bei Gartz, Weihenfer, König-Chaussee 55:

### Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Ist die Selbständigkeit der Kollegen Weihenfer durch den Uebertritt in den Holzarbeiter-Verband gefährdet? Referent: Kollege Nitschke. 2. Diskussion. 3. Verhandlungsangelegenheiten.

Wegen der Wichtigkeit des Themas ist es Pflicht aller Kollegen, zu erscheinen. 145/19

### Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Zweiter Vortrag des Kollegen Karl Wormuth über: „Das Erfurter Parteiprogramm“. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Zahlreiches Erscheinen mit Frauen ist sehr erwünscht.

Mittwoch, den 29. März, abends 8 Uhr, bei Kubat, Blumenstraße 38:

### Vorstands-Sitzung.

Alle Vorstandsmitglieder müssen in dieser Sitzung erscheinen. Auch hat ein jeder sein Wahlvereinsbuch und „Vorwärts“-Zeitung mitzubringen.

Heute Sonnabend, 25. März, in „Felsch's Festsälen“, Rixdorf, Kneesebeckstr. 48/49:

### Große Soiree

Bestehend in Gesang- und humoristischen Vorträgen, sowie unter Mitwirkung des Rundharmonika-Klubs „Sinfonie“-Rixdorf.

Zum Besten der Opfer des Bergarbeiter-Streiks.

Eintritt 30 Pf. Anfang 8 Uhr.

Um recht rege Beteiligung wird gebeten.

Der Kassabend findet heute in den beiden Gaststätten des Südkens sowie in Rixdorf von 7-9 Uhr statt.

Kollegen! Da zum 1. April 1905 der Uebertritt unseres Verbandes als Sektion in den Deutschen Holzarbeiter-Verband erfolgt, müssen bis zu diesem Tage alle Beiträge entrichtet sein.

## Wo?

machen wir am Sonntag hin? Nach Wiesbaden zum

alten Freund!

Da ist man immer wie zu Hause.



## W. Zapel

Hut-Fabrik, Skalitzerstr. 131.

Größtes Spezial-Geschäft

für Seiden- und Filz-Hüte.

Lager in Schirmen und Mützen.

Garantio. Redakteur: Paul Büttner, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glöck, Berlin. Druck u. Verlag: Verlagsbuchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

## Weshalb!!!

hat unser neu eröffnetes

## Spezial-Haus

eleganter

## Herren- u. Knaben-Bekleidung

fertig und nach Maß,

## Bekleidung für sämtliche Berufe

während der kurzen Zeit seines Bestehens

soviel Freunde und Anhang beim kaufenden Publikum gefunden???

## Weil!!!

## wir unsern Grundsätzen getreu

dem kaufenden Publikum

stets das Neueste zu außergewöhnlich-billigen Preisen liefern.

**W**

ir verarbeiten nur gute, ausgeprobte Stoffe. ir haben in sämtlichen Abteilungen enorme Auswahl. ir achten auf tadellose Verarbeitung und guten Sitz. ir werden stets das Neueste zum Verkauf bringen. ir verkaufen zu billigen aber streng festen Preisen. ir haben auf jeden Gegenstand den festen Verkaufspreis mit Zahlen vermerkt.

Einsegnungs-Anzüge. Frühjahrs-Paletots.

## Leske & Lehrer,

78 Kottbuser Damm 78

Am heutigen Sonnabend und morgen Sonntag verabfolgen wir beim Einkauf eines Anzuges oder Paletots eine hochelegante bunte Weste gratis.

Wir bitten genau auf unsere Firma und Hausnummer zu achten.

Neu eröffnet!

Neu eröffnet!

## Niederlage der Siegnitzer Hutfabrik vorm. F. Klein & Comp.

empfiehlt seine in eigener Fabrik hergestellten

## Herren- und Knaben-Hüte in allen Formen, neueste Fassons, moderne Farben, in jeder Preislage.

Wir werden stets bemüht sein, nur gelegene und sich gut tragende Qualitäten in Wollfilz, Haarfilz, Seidenhüten, Chapeaux-claques sowie Mützen für

Herren und Knaben

zu liefern. Aufhängeln sowie jede Art von Reparaturen werden schnell und billig ausgeführt; auch werden Zylinderhüte usw. versehen.

Fillalen: Berlin: NW, Wilsenerstraße 63. Charlottenburg: Wilmersdorferstraße 156.

24432\*

Achtung!

Achtung!

## Buchbinder und Buchbinderei-Arbeiterinnen!

Montag, den 27. März, abends 7 Uhr:

## Große öffentliche Versammlung

aller in Groß-Buchbindereien beschäft. Arbeiter u. Arbeiterinnen in den Industrie-Festsälen, Beussstraße 20.

Tages-Ordnung:

1. Die fortgesetzten Mahregelungen bei den Firmen W. Kammerer und Laderich u. Bauer.
2. Diskussion.

Kollegen und Kolleginnen! Erscheint in dieser hochwichtigen Versammlung pünktlich und vollständig. Die Branchen-Vertrauenspersonen.

Frühjahrs-Saison!

## Gundermanns Spezialgeschäft

fertiger Herren- u. Knaben-Garderoben

Berlin N., Brunnenstraße 63.

Nur bessere Konfektion zu billigen Preisen. Zum Beispiel:

Herren-Anzüge von 7 Mk. bis 45 Mk.

Herren-Hosen von 1 1/2 Mk. bis 16 Mk.

Herren-Sommer-Paletots von 8 Mk. bis 50 Mk.

Arbeiter-Kleider, kolossal billig.

Lieferant des Rabatt-Sparvereins „Norden“.

## Konfirmanden-Anzüge

von 6 1/2 Mk. bis 36 Mk.

Zu jedem Konfirmanden-Anzug gebe einen Einsegnungs-Gut umsonst.

## Berliner Arbeiter-Radfahrer-Verein.

Sonntag, den 26. März, früh 8 Uhr:

Nach Wandlitz, Schönwalde.

Nachmittags 2 Uhr:

Franz-Buchholz (Käthe).

Seibe Start: See der Grenzland-See und Dänzigerstraße.

Die 1. Abteilung, früh 8 Uhr:

Agitationstour.

Start bei Kante, Sälowstraße 59. Vollständiges Erscheinen zu allen Touren ist Ehrenpflicht. 12/1

Gäste willkommen.

## „Vorán II“

Einkaufsgenossenschaft des Berliner Arbeiter-Radfahrer-Vereins.

Den Bundesgenossen empfehlen wir unsere Geschäftsstelle für den Einkauf von Fahrrädern, Ersatzteilen, Pneumatik, Latexen, Karbid, Holzwaren usw. in bester Qualität, bei billigsten Preisen. 106/10

Geschäftsstelle: M. Labbe, Steinmünderstraße 69 III.

## Genossenschaftsbuchdruckerei

Solingen (G. m. b. H.)

Sur General-Versammlung am 2. April d. J. sind folgende Anträge eingegangen:

1. Änderung des § 29 des Statuts.
2. Beitrag zu Genossenschaft.

Der Aufsichtsrat.

J. H. Carl Wöhner.

Der Vorstand.

J. H. Ernst Bollengraben.



## Farben und Lacke

für Möbel, Fußböden etc. Beste Qualität. Billige Preise. Hugo Wittenberg, Kolnickerdammstr. 56B.



Berliner Partei-Angelegenheiten.

Treptow-Baumshulweg. Die Wählerausgabe der Wahlvereins-Bibliothek findet von heute ab jeden Sonnabend abends von 8 1/2 bis 10 Uhr im Restaurant Christ, Ernst- und Marienhalerstraßen-Ecke, gegen Vorzeigung der Mitgliedsbücher statt.

Alt-Flieck. Der Wahlverein hält seine Mitgliederversammlung heute abend pünktlich 8 1/2 Uhr bei Sch. Auf der Tagesordnung steht ein Vortrag des Genossen Ahrends über: „Invaliden- und Altersversicherung“.

Mittenwalde. Sonntag nachmittags 3 Uhr findet im Schmiedischen Lokal eine öffentliche Versammlung für Männer und Frauen statt. Referent: Reichstags-Abgeordneter Genosse Zubeil. Zahlreichen Besuch erwartet. Der Vorstand des Wahlvereins Schenkenhof.

Spandau. Morgen Sonntag nachmittags 3 Uhr ist im Schönbergischen Lokale zu Falkenhagen eine Volksversammlung. Referent: Dr. Karl Liebknecht. — Nachmittags 1 1/2 Uhr machen die Genossen eine Fußpartie nach Falkenhagen. Treffpunkt: Wismarstr. 6 bei Rupprecht.

Gichwalde. Der Wahlverein hält Sonntag nachmittags 4 Uhr seine Mitgliederversammlung ab. Auf der Tagesordnung stehen ein Vortrag des Genossen Vordardt sowie die Gemeindevahlen.

Lokales.

Der Auffklärung dringend bedürftig!

Im Dezember berichteten wir über die Schicksale des Maurers Emil Scheel, der im Untersuchungsgefängnis Armbrüche erlitten hatte. Der 58jährige Mann war vom Bau weg nach Moabit gegangen, um in einer gegen ihn eingeleiteten Untersuchung verhört zu werden. Nach dem Verhör hatte man ihn da behalten, und in der Haft war er am zweiten Tage erkrankt. Am siebenten Tage trat ein Schlaganfall ein, und nun fand man, daß Sch. inzwischen Armbrüche erlitten hatte. Er wurde jetzt in das Krankenhaus Moabit geschafft und starb dort am anderen Tage. Das Aufnahmebureau des Krankenhauses benachrichtigte die Witwe schriftlich, daß Sch. „an Armbrüchen gestorben“ sei. Von einer inneren Krankheit als Todesursache war nichts erwähnt. Mit derselben Post ging der Witwe von der Direktion des Gefängnisses die Mitteilung zu, Sch. sei wegen Schlaganfalles ins Krankenhaus geschafft worden. Von den Armbrüchen schwieg diese Zuschrift.

Wir bezeichneten damals die Angelegenheit als dringend der Auffklärung bedürftig. Es ist möglich, daß jene Veröffentlichung durch den „Vorwärts“ nicht genügt hätte, die zuständige Behörde zu einer Mißdeutung zu veranlassen. Die „Berichtigung“ blieb aus. Glücklicherweise hatte aber auch die Witwe in einer an die Staatsanwaltschaft gerichteten Anzeige Auffklärung gefordert. Diesem Verlangen konnte die Staatsanwaltschaft sich nicht entziehen. Frau Sch. hat jetzt, volle drei Monate nach jener Anzeige, Antwort erhalten. Die Staatsanwaltschaft hat ihr einen Brief von sechs Folienseiten geschrieben, aber sein Inhalt ist so sonderbar, daß die Angelegenheit jetzt kaum weniger unklar als zuvor erscheint. Die Leichenöffnung habe Veränderungen der Gehirnhäute, krankhafte Prozesse des Herzens usw., eitrige Luftröhrentzündung und Lungenentzündung ergeben. Lungenentzündung habe auch das Krankenhaus (im Widerspruch zu der ersten Nachricht) als Todesursache bescheinigt. Aus dem Befund schlossen die Gerichtsärzte, daß Sch. Alkoholiker gewesen sei, am Delirium gelitten habe und „in diesem Zustande sich die Armbrüche zugezogen haben könne.“ Die Vernehmung der Gefängnisbeamten ergab nicht, daß jemand durch eine strafbare Handlung die Armbrüche verschuldet habe. Bei Sch. hatten sich am zweiten Tage Erregungszustände eingestellt. Man brachte ihn in einen Raum, „in dem er sich Verletzungen nicht zuziehen konnte“, und schaffte ihn später ins Lazarett. Armbrüche wurden weder dort noch hier wahrgenommen. Der Arzt bemerkte, daß Sch. „die Arme ganz normal bewegte.“ Am siebenten Tage kam dann der Schlaganfall, und „gleichzeitig“ wurden nunmehr die Armbrüche festgestellt. Wo Sch. sie her hatte, war nicht zu ermitteln. Das nächstliegende, meint mit dem Arzt die Staatsanwaltschaft, sei die Annahme, daß Sch. „zu einer Zeit, zu welcher die Beamten mit dieser Möglichkeit noch nicht rechnen konnten, in seiner Erregung einen Fall erlitten und sich hierbei die Armbrüche zugezogen hat.“ Daß er die Arme bewegt und über Schmerzen nicht geklagt hat, könne man aus seiner Erregung erklären.

Ob Sch. an Delirium gelitten hat, können wir nicht wissen. Seine Angehörigen wollen es nicht glauben. Daß ein Delirant Armbrüche nicht fühlt, haben Ärzte, die wir befragten, für möglich erklärt. Daß ein Arzt sie nicht erkennt, soll schwerer möglich sein. Offen bleibt die Frage, wie Sch. überhaupt noch „in seiner Erregung einen Fall erleiden“ konnte. Man gab Beruhigungsmittel, weil man Delirium befürchtete; man brachte ihn dahin, wo er „sich Verletzungen nicht zuziehen konnte“; man steckte ihn ins Lazarett; man behandelte ihn „so rücksichtsvoll als möglich“ — und fand am siebenten Tage, daß er beide Arme gebrochen hatte!

Aus der Magistratsföhung vom Freitag. Die vom Stadtbaurat vorgelegten fertigen Baupläne für das Solisbad in der Gerichstraße (Wedding) sind vom Magistrat genehmigt worden. Der Kostenanschlag beläuft sich auf rund 600 000 M. Zwei mächtige Schwimmbassin für Frauen und Männer sind vorgesehen. Letzteres wird einen Flächeninhalt von 250 Quadratmeter haben, das für Frauen einen von 100 Quadratmeter. Das Wasser soll aus Tiefbrunnen entnommen werden, was Anlagen für die Enteisung und Filtration erforderlich macht, um reines Wasser zu erhalten. Der Stadtbaurat hat die Zustimmung zur Einstellung der ersten Baugrate in Höhe von 450 000 M. erteilt. Ferner genehmigte der Magistrat die Pläne für ein Röntgen-Haus beim Rudolf Virchow-Krankenhaus, das rund 107 000 M. Kosten verursachen wird. Dies Röntgen-Haus soll auch einen Röntgen-Apparat zur Behandlung Lupusleuker erhalten.

Die Ortsbriefstage erfährt heute eine umfassende Ausdehnung. Den langjährigen Bemühungen der Bewohner von Groß-Lichterfelde, gemeinsame Ortsbriefstage mit Berlin zu erhalten wird u. a. insbesondere stattgegeben. Gleichzeitig erhält auch Lankwitz, das sie bisher schon mit Groß-Lichterfelde hatte, gemeinsame Ortsbriefstage mit Berlin und den anderen Orten, welche diese schon haben. Zur Ortsbriefstage von Groß-Berlin gehören nunmehr folgende 12 Orte: Baumshulweg, Berlin, Grig, Charlottenburg, Friednau, Friedrichberg, Friedrichsfelde, Groß-Lichterfelde, Grunewald, Hakensee, Lankwitz, Lichterberg, Mariendorf, Neu-Lichterberg, Niederschönhausen, Pantok, Pflügensee, Reinickendorf Ost und West.

Rixdorf, Rummelsburg, Schmargendorf, Schöneberg, Steglitz, Stralaß, Südbende, Tempelhof, Treptow, Weihensee, Westend, Wilhelmshagen, Wilmersdorf.

Herr Kommerzienrat Lissauer will nicht mit dem antisemitischen Reichstags-Abgeordneten Bruhn an einem Stränge ziehen. Er hat den Vorstandsmitgliedern in der Mittelstands-Vereinigung niedergelegt. Die „Staatsb.-Ztg.“ gibt hier von in folgender Meldung Kunde: „In der vorliegenden Nummer der „Israelitischen Wochenschrift“ erteilte Herr Scholem dem Kommerzienrat Lissauer den Rat, den Sitz im Vorstande der Mittelstands-Vereinigung nicht anzunehmen bezw. niederzulegen, nachdem der Abg. Bruhn gleichfalls in den Vorstand gewählt worden ist. Heute schreibt Herr Lissauer der „Israelitischen Wochenschrift“, daß er die Wahl abgelehnt, Herrn Scholem also gehorcht habe. Wir nehmen mit Befriedigung davon Kenntnis. Vielleicht begreift Scholem jetzt, warum der Abg. Bruhn trotz Lissauer die Wahl in den Vorstand angenommen hat.“

Offenbar will Herr Bruhn damit sagen, daß er ohnedies Herrn Lissauer aus dem Vorstand schon hinausgeschafft hätte.

Der neue Minister des Innern v. Bethmann-Hollweg erschien gestern während der Magistratsföhung im Rathaus und wurde vom Oberbürgermeister Kirchner empfangen. Im Rathaus scheint man diesem Ereignis mit Gelächern begegnen zu wollen. Magistrats-offiziell wird geschrieben: „Das gute Einvernehmen, das zwischen dem Oberpräsidenten und dem Magistrat bestanden hat, wird hoffentlich eine weitere Stärkung erfahren und sich auch auf das Ministerium des Innern übertragen.“

Der Kampf gegen die neue Droschken-Fahrordnung, die am 1. April in Kraft treten soll, wird nicht nur von den Droschken-führern, sondern auch, wie gestern schon mitgeteilt wurde, von den Fuhrherren mit allem Nachdruck geführt. Die Droschkenbesitzer haben ihre Interessen besonders durch die Ausführungsbestimmungen geschädigt, in denen die Freizügigkeit des Droschkenfuhrunternehmers aufgehoben wird. Es wird darin nämlich bestimmt, daß der Droschkenfuhrunternehmer, der aus Berlin nach einem Vorort verzieht, damit auch seine Konzession verliert und in dem betreffenden Vorort erst um eine neue einkommen muß. Die Neuordnung des Rummernwesens in den Vororten wird auch den Fuhrherren erhebliche Kosten verursachen. Die großen polizeilichen Machtbefugnisse in der neuen Verordnung gegenüber den Aufsichtschädigen natürlich auch die Fuhrherren. Der Fuhrverein der Droschkenfuhrherren hat nun beschlossen, im Wege des Verwaltungs-streit-Verfahrens die Rechtsgültigkeit verschiedener Bestimmungen der neuen Droschkenordnung anzufechten, wenn nicht erneute Vorstellungen bei dem neuen Minister des Innern v. Bethmann-Hollweg, die baldigt unternommen werden sollen, Erfolg haben. Die übrigen Organisationen der Berliner Droschkenfuhrherren stehen auf demselben Standpunkt wie der Fuhrverein. Zum Zwecke eines gemeinsamen Vorgehens gegen die neue Fahrordnung hat der Verband der Fuhrvereinsvereine Berlin und Umgegend zum Dienstag, 28. März, eine große, öffentliche Protestversammlung nach den Germania-Sälen einberufen. — Die dritte Versammlung Berliner Droschkenführer gegen die Einführung des neuen Droschken-Polizeireglements fand Donnerstag abend im großen Saal des Gewerkschaftshauses unter außerordentlich starker Beteiligung statt. Der Hauptredner ging die einzelnen Paragraphen durch und erläuterte diese den Anwesenden; erklärte die §§ 43 und 49 für die rigorosesten von allen, die mit aller Schärfe bekämpft werden müßten. Sie machten es einem gewöhnlichen Schuttmann möglich, dem Droschkenführer ohne weiteres den Fahrchein auf offener Straße zu entziehen und sofort brütlos zu machen. Fuhrher Schütz erklärte unter anderem, die Innung und der Verband der Droschkenbesitzer sei mit dem Vorgehen der Aufsicht einverstanden, sie würden aber noch weitere Schritte unternehmen und unter anderem Klagen vorgeben.

Der Verband der Milchhändler

teilt uns in einer Zuschrift u. a. folgendes mit: Nachdem die gesamte Milchverteilung Groß-Berlins und die Verhältnisse auf dem Gebiete der märkischen Milchproduktion seit der Gründung der Milchzentrale von schweren Erschütterungen und wirtschaftlichen Kämpfen heimgesucht waren, ist gestern von den vereinigten Milchhändler-Organisationen ein Beschluß gefaßt worden, der unabhängig und im Gegensatz zu der Milchzentrale bestimmt ist, den endgültigen Frieden auf diesem wichtigen Wirtschaftsgebiete einzuleiten. Die Vertreter sämtlicher in Berlin und dessen Vororten bestehenden Milchhändler-Organisationen haben unter dem Vorsitz des Stadtverordneten Lutz einstimmig folgenden Antrag angenommen: Zu Uebereinstimmung mit den Vorschlägen ringfreier Milchproduzenten beschließen die heute verammelten Vertreter der Milchhändler-Organisationen Berlin und der Vororte: Es wird jedem Mitgliede der Organisationen zur Pflicht gemacht, Pachtverträge mit den ringfreien, die Milchzentrale nicht unterstützenden Milchproduzenten während der Zeit vom 1. April 1905 bis 1. April 1910 nur zu einem Mindestpreise von 12 1/2 Pf. pro Liter Vollmilch frei Berlin abzuschließen. Gleichzeitig erklären es die Vertreter der Milchhändler-Organisationen für eine vollkommen unwahre Verdächtigung der Milchzentrale, daß es in ihrer Absicht läge, nach dem Aufhören der Milchzentrale einen künstlichen Preisdruck auszuüben.“ Durch diese Konvention wird den ringfreien Milchproduzenten die Sicherheit gegeben, daß die höheren Milchpreise, die sie gegenüber den der Milchzentrale angeschlossenen Genossenschaften seit drei Jahren erhalten haben, auch während des nächsten fünfjährigen Zeitraums fortbestehen. Mit Rücksicht auf den vom Bund der Landwirte geübten Druck ist auch die Einrichtung getroffen worden, daß Verhandlungen und weitere Beitrittserklärungen an den Syndikus der Milchhändler-Organisationen unter Auserlegung der Amtsverschwiegenheit erstattet werden können. Eine ständige Kommission wird für die Unterordnung der ringfreien Milchvorräte Sorge tragen. Eventuell werden diese von der Berliner Verbandsgenossenschaft, die bekanntlich selbst im Besitze einer großen Molkerei ist, aufgenommen. Da in den Kreisen der Milchproduzenten selbst die Ueberzeugung mehr und mehr zum Durchbruch gelangt ist, daß der Fortbestand der Milchzentrale eine Gefahr ebenso sehr für die Unabhängigkeit der Milchproduzenten wie für den Fortbestand des Milchhandels und die Interessen der Konsumenten darstellt, wird, beabsichtigt, die Verschärfung der Milchzentrale sowie aller Milchproduzenten, die diese finanziell unterstützen und so die Gefahr verlängern, in verstärktem Maße aufzunehmen. Da die Milchzentrale in ihren Versammlungen auf dem Lande den Entschluß angelündigt hat, ihrer finanziellen Lage durch die Erhöhung des Milchpreises für Groß-Berlin vom 1. Oktober 1905 ab aufzuhelfen, wird auch an die Unterstützung der Konsumenten erneut appelliert werden müssen, insbesondere unter Hinweis darauf, daß die Milchzentrale ihre Ringmilch fast zur Hälfte durch die Firma Bolle in den Verkehr bringt und ihren Fortbestand wesentlich dieser Unterstützung der Firma Bolle verdankt.

Einen Nordverstoß und Selbstmord verübte Donnerstag abend der Kaufmann Max Schreiber aus Rixdorf, Kaiser Friedrichstr. 12, welcher seine Braut, die bei ihren Eltern in der Dammstr. 20 wohnende 27 Jahre alte unberechnete Hedwig Werdermann, zu erschließen versuchte und sich selbst durch einen Schuß in den Kopf tötete. Fräulein Werdermann wollte das Verhältnis mit Schreiber lösen, weil der Kaufmann sehr eifersüchtig war und seine Braut schon mehrfach bedroht hatte. Schon vor acht Tagen hatte er einen Selbstmordversuch verübt, indem er sich vor einem Straßenbahnwagen auf die Bahnen warf. Dem Führer gelang es jedoch, den Wagen rechtzeitig zum Stehen zu bringen und ein Unglück zu verhüten. Donnerstag abend gegen 9 Uhr erschien Schreiber in der Wohnung

seiner Braut, um sich mit ihr auszusprechen. Was zwischen den beiden gesprochen wurde, ist nicht bekannt. Pünktlich gegen 11 Uhr hörten die im Nebenzimmer sich aufhaltenden Eltern des Mädchens kurz hintereinander mehrere Schüsse fallen. Als sie in die Stube ihrer Tochter eilten, fanden sie diese aus mehreren Wunden blutend auf dem Bette liegend vor. Schreiber lag tot am Erdboden. Er hatte erst drei Schüsse auf die Werdermann abgegeben, von denen zwei in den Rücken und einer in die linke Brustseite gegangen war. Er selbst hatte sich sofort eine Kugel in die rechte Schläfe gejagt. Die Verletzungen der Werdermann, die nach dem Elisabeth-Krankenhaus gebracht wurde, haben sich glücklicherweise als unglücklich herausgestellt. Die Geschosse sind im Fleische stecken geblieben, ohne innere Organe zu berühren. Der Tater, ein 26jähriger Mann, ist allem Anscheine nach hochgradig nervös gewesen. Wie wir bereits erwähnten, hat er schon vor acht Tagen einen Selbstmordversuch unternommen. Ein Bruder wie auch eine Schwester von ihm haben ebenfalls vor längerer Zeit freiwillig ihrem Leben ein Ende gemacht.

Zu Mitgliedern der neu zu errichtenden Deputation für die Pflicht-Fortbildungsschule sind von der Stadtverordneten-Versammlung gewählt worden: die Stadtverordneten Dr. Krons, Justizrat Prof. Dr. Klage, Pflügel und Menbring, sowie die Bürgerdeputierten Schlossermeister Lenz, Ingenieur Leithoff, Kaufmann Jordan, Möbelfabrikant Kummel und Fabrikbesitzer Sandmann. Hinzukommen noch fünf Magistratsmitglieder, die vom Oberbürgermeister Kirchner bestimmt werden. Die Deputation soll am 1. April d. J. zum erstenmal zusammentreten, um über die am 1. Mai d. J. zu konstituierende Pflicht-Fortbildungsschule zu beraten.

Termist wird, wie das Polizeipräsidium mitteilt, seit dem 1. März der Kaufmann Friedrich Rubel, am 31. Oktober 1864 zu Schaffeldt geboren. Derselbe ist 1,70 Meter groß, hat dunkelbraunes Haar und Augenbrauen, braune Augen, vollständige Zähne, dunklen Schnurr- und Vollbart, blaße Gesichtsfarbe, gerade Gestalt, aufrechte Körperhaltung und war bekleidet mit dunklem Jacketanzug, Schafstiefeln und grauen Wollhemde, schwarzem, steifem Hut. Rubel ist nervenschwach und irrt vermutlich umher. Nachrichten werden mündlich oder schriftlich in jedem Polizeirevier und bei der Kriminalpolizei, Zimmer 246 II, zu den Akten IV 40 05 entgegengenommen.

Zu dem Einbruch und Totschlag in der Schönhäuser Allee hat die Polizei heute eine neue Anzeige erhalten. Hiernach hat der verfolgte Reiner Kamm vom 11. bis 18. d. Mts. anscheinend bei der Logiswirtin Frau Raubut in der Brandenburgerstr. 7 gewohnt unter dem Namen eines Kaufmanns Julius Berendt. Dieser Berendt gab an, daß er von der Reichsbergerstr. 124 komme und dort auch gemeldet sei, bei Frau Raubut daher nicht angemeldet zu werden brauche. Er verließ den Tag über nie seine Wohnung. Sein Gebaren fiel der Wirtin und seinem Zimmergenossen Schlosser Michaelis auf. Sie sprachen auch darüber, daß er Kamm sein könnte, vermuthen aber den großen Leberfleck, den dieser nach der irrthümlichen Meldung eines hiesigen Wirtes unter dem linken Auge haben sollte, während er tatsächlich nur einen kleinen Leberfleck unter dem linken Auge hat. Am 18. d. Mts. stahl Berendt dem Michaelis einen braunen Segeltuchkoffer, einen Sommerüberzieher und andere Kleider. Frau Raubut und Michaelis sahen heute die Photographie Kamms und erklärten, daß er mit Berendt identisch sei.

Von einem schweren Unglück ist gestern gegen mittag der Buchdruckerlehrling Fritz Görnig, der in der Buch- und Kunstdruckerei C. Raab u. Co. im zweiten Jahre in der Lehre stand, betroffen worden. Er war mit dem Schmirzeln und Oelen einer Tiegeldruckmaschine beschäftigt und hatte hierbei das Malheur, mit beiden Händen in die Zahnräder zu kommen. Hierbei wurden dem Unglücklichen an der rechten Hand die ersten Glieder von dem Zeige-, Mittel- und Ringfinger vollständig zerquetscht. Der Bedauernswerte wurde nach dem Krankenhause Am Urban geschafft, wo ihm sämtliche Finger amputiert werden mußten.

Die Personenschiffahrt auf der Spree wird vom 1. April ab wieder aufgenommen werden. Die Schiffe werden zunächst nur an Sonntagen bei günstigem Wetter verkehren und nur in den Osterfeiertagen wird ein größerer schiffsplannmäßiger Betrieb zwischen Berlin und Köpenick resp. Müggelsee und Wilnau eingerichtet werden. Vom 2. April ab wird der schiffsplannmäßige Betrieb auf dem Havelsee zwischen Erkner und Woltersdorfer-Schleuse aufgenommen.

Die Straßenbahnunfälle mehren sich in diesen Tagen in erschreckendem Maße. Beim Verlassen eines in der Fahrt befindlichen Straßenbahnwagens ist gestern, Freitag, mittag gegen 12 Uhr der Telegraphensekretär Heinrich Krüger, Preestr. 21 in Charlottenburg wohnhaft, tödlich verunglückt. Er wollte sich nach seiner Dienststelle begeben und versuchte in der Hardenbergstraße am Zoologischen Garten einen nach Westen fahrenden Straßenbahnwagen der Linie P der Berlin-Charlottenburger Straßenbahn-Gesellschaft zu besteigen. Der Beamte glitt jedoch vom Trittbrett ab, stürzte rücklings zu Boden und fiel so unglücklich, daß er einen schweren Schädelbruch und eine Gehirnerschütterung erlitt. Krüger wurde mittels einer Droschke nach dem Krankenhause Westend gebracht, wo er etwa zwei Stunden nach seiner Einlieferung den schweren Verletzungen erlag.

Nächster Termin am Untergrundbahnhof. Zur Aufklärung des kürzlich erfolgten räuberischen Ueberfalles auf die Kaiserin Fräulein Essenberg auf dem Untergrundbahnhofe Zoologischer Garten fand in letzter Nacht ein gerichtlicher Lokaltermin am dem Bahnhofsdirektor statt, zu dem der der Tat verdächtige frühere Bahnangestellte Schönborn aus dem Gefängnisse vorgeführt wurde. Fräulein Essenberg mußte genau angeben, in welcher Weise sich der Ueberfall abgespielt hatte. Sie erkannte in Schönborn den Attentäter wieder und geriet in eine derart nervöse Aufregung, daß sie in Ohnmacht fiel. Der schwerbeladene Schönborn leugnete hartnäckig, die Tat begangen zu haben, wurde aber nach Beendigung des Termins wieder nach dem Tegelers Gefängnis abgeführt.

Feuerbericht. In der Bergstr. 77 kam in der Nacht zum Freitag Feuer aus, das Körbe, Hölzer usw. erfaßte. Der 14. Löscharge konnte die Flammen mit Leichtigkeit ersticken. — Allerlei alter Haut- und Verpackungsmaterial war dann in der Prenzlauerstraße 29 in einem Keller in Brand geraten, während in der Invalidenstr. 31 Möbel, Decken und Kleidungsstücke durch Feuer beschädigt wurden. — In der Friedrichselderstr. 8 entstand später durch das Umfallen eines Spiritusföchers und in der Bankstr. 52 durch glimmende Asche ein Brand. In beiden Fällen nahm die Löscharge nur kurze Zeit in Anspruch. — Die übrigen Alarmierungen, die in den letzten 24 Stunden noch aus der Pallasstr. 17, Gethsemanstraße 3 und noch aus einigen anderen Straßen einliefen, waren auf „Blinden Lärm“ zurückzuführen.

Die Freie Volksschule Charlottenburg

gab am Donnerstagnachmittag ihre erste Vorstellung und zwar im Volkshause in der Rosinenstraße. Aufgeführt wurden die bekannten drei Einakter von Otto Erich Hartleben: „Abschied vom Regiment“, „Die sittliche Forderung“ und „Die Lore“. Gleich der Berliner Freien Volksschule hat die Charlottenburger in einem kleinen Programmheft ihren Mitgliedern die Bedeutung des Theaters veranschaulicht und zwar so stimmungsvoll, daß es eine Freude ist, diese kleine Hartleben-Biographie zu lesen. Was nun die Vorstellung selbst betrifft, so gab es wohl kaum ein einsichtiges Mitglied, das ihr nicht mit einem gewissen Bangen entgegen sah. Der Verein hat in Charlottenburg einen Anhang gefunden, der die Väter des Unternehmens überraschte; etwa 260 Mit-



**Heber** haben sich einschreiben lassen, bevor noch irgend eine Probe der Leistungsfähigkeit abgelegt war. Das ist kein guter Anfang. Immerhin muß man aber noch sehr vorsichtig sein, wenn man bei solcher Beteiligung und dem üblichen Monatsbeitrag von 60 Pfennig haushalten will. Denn kaum ist wesentlich in Betracht, daß es dem Unternehmer noch an einem eigentlichen Schauspielhause am Orte fehlt; und so mußte die Leitung einen Sprung ins Dunkle wagen, indem sie den großen Saal des Volkshauses zum Theateraal hergerichtete. Eine Bühne ist hier bekanntlich vorhanden, und diese reichte für die Zwecke von Liebhaber-Theatern ja bisher auch vollständig aus. Aber was es möglich, auf ihr eine Vorstellung zu geben, die auch nur einigermaßen den künstlerischen Anforderungen genügt? Wir wollen gleich die Antwort geben: Das gewagte Experiment gelang. Die Regie war weise genug, kein Stück zu wählen, das, soweit Dekorationen und Requisiten in Betracht kommen, über die bescheidensten Anforderungen hinausging; aber damit war immer noch nicht die Sicherheit für eine befriedigende Bühnendarstellung gegeben. Das Ensemble, das sich aus Mitgliedern des Schiller-Theaters, des Lustspielhauses und des Kleinen Theaters zusammensetzte, sollte sich an die primitiven Verhältnisse gewöhnen, und das glückte, wie anerkannt werden muß, seiner Disziplin vollkommen. Es kam eine abgerundete Vorstellung zustande, an der das Publikum seine Freude haben konnte; und nach dem Erfolg des ersten Abends zu schließen, kann die Leitung der Freien Volkshaus-Charlottenburg der einseitigen Fortdauer des gegenwärtigen Zustandes getrotzt haben entgegen sehen. Daß es sich um einen Uebergangszustand handelt, ist wohl als selbstverständlich anzunehmen; ein dauernder Aufenthalt im Volkshause verbietet sich dem Unternehmer schon der Beschränktheit des Repertoires wegen. Aber für die künstlerische Entwicklung am Orte ist ja die beste Gewähr gegeben, und so wollen wir hoffen, daß die freie Volkshausbühne mit einer ansehnlichen Mitgliederzahl in geestigte Verhältnisse eintritt.

**Eine Ausstellung von Schularbeiten** wird vom 20. März bis 2. April im städtischen Gewerbesaal, Strahmannstr. 6, veranstaltet. Zur Ausstellung gelangen in Metall ausgeführte Arbeiten aus den Metallwerkstätten für Kunstschmiede, Maschinenbauer- und Mechaniker-Geschäften, ferner Zeichnungen, Berechnungen u. a. aus der Fachschule für Maschinenbau und Zeichnungen, Modellarbeiten u. a. aus den 180 Abend- und Sonntagsklassen des städtischen Gewerbesaales. Die Ausstellung ist wochentags von 11 bis 2 und von 7 bis 9 Uhr geöffnet; Sonntag den 2. April von 12 bis 5 Uhr.

Die „**Freie Schwimmerschule**“ erfucht sich um Aufnahme der folgenden Notiz: Von der Delegiertenkommission der keinem Verbande angehörigen Arbeiter-Schwimmervereine war am Sonntag ein Verbandstag nach dem „Fürstenthor“ einberufen worden. Er endete mit der Gründung einer neuen Vereinigung, die den Namen „Freie Schwimmerschule“ führt. Zweck der Vereinigung ist die Popularisierung des Schwimmens und die Bildung von Rettungsschwimmern. Die Vereinigung ist erdichtig, bei etwaigen sich an Gewässern abspielenden Arbeiterfesten den Veranstaltern kostenlos Rettungsmannschaften zur Verfügung zu stellen. Die leitenden Personen sind sowohl politisch als auch gewerkschaftlich organisiert. Alle Anfragen zum Beitritt zu einem der „Freien Schwimmerschule“ angegliederten Vereine, zur Stellung von Rettungsschwimmern usw. werden bereitwillig beantwortet und sind zu richten an den Gewerkschafts-Bezirk, Mantuffelstr. 119.

**Theater.** Carl Weiß-Theater. „Die Kinder des Kapitän Grant“ gehen heute zum letztenmale in Szene. Am Sonntagabend gelang das Volksstück „Berlin wie es weint und lacht“ zum erstenmale zur Ausführung und beherrscht in der nächsten Woche den Spielplan. — Im Trianon-Theater wird als nächste Novität „Ihr Alibi“ (Les Duponts) Schwan in drei Akten von Paul Sabat, in der deutschen Bearbeitung von Max Schönan, vorbereitet. — Im Belle Alliance-Theater tritt in der Ausstattungsphase: „Der beste Tip“ heute Sonnabend und morgen Sonntag wieder Hrl. Marie Rauci auf. — Im Residenz-Theater findet heute, Sonnabend, das Jubiläum der fünfzigsten Aufführung des Schwantes „Hotel Pompadour“ in der ursprünglichen Besetzung statt.

## Aus den Nachbarorten.

### Schöneberg.

Die Stadtverordneten-Ergebnisse im 10. Bezirk der dritten Abteilung endete mit dem Siege des vom Hausbesitzerverein präsentierten Kandidaten gegen seinen bürgerlichen Konkurrenten. Konrad Schellack erhielt 270 Stimmen, während Dr. Marx nur auf 11 Stimmen brachte. Ein überaus günstiges Resultat für die Marx-Partei. Bei den allgemeinen Wahlen im Jahre 1903 wurden 112 sozialdemokratische und 267 bürgerliche Stimmen abgegeben. Trotzdem wir uns diesmal in Ermangelung eines Hausbesitzer-Kandidaten an der Wahl nicht beteiligten, suchten die Bürgerlichen ihre Wähler dadurch zur Wahl zu treiben, daß sie in ihrer Wahlauforderung drohten: „Wenn nicht ein jeder Bürger sein Wahlrecht ausübt, ist es wahrscheinlich, daß unsere Wahlkreise den Sozialdemokraten zufällt.“ — Die Hausagrarier rauen der Sozialdemokratie eben alles zu.

**Gegen den Mißbrauch von Stadtverordneten-Mandaten zu Geschäftszwecken.** Dem Stadtverordneten-Verschuß vom 13. Februar dieses Jahres betr. Ausschließung der Stadtverordneten bei Vergabung von Arbeiten und Lieferungen für die Stadt ist der Magistrat nunmehr beigetreten. Er hat beschlossen:

**Lieferungen und entgeltliche Arbeiten** für die Stadtgemeinde an Stadtverordnete nicht zu übertragen, falls dies nicht durch ganz besondere Verhältnisse im Interesse der Stadt ausnahmsweise geboten erscheint.

Von eintretenden Ausnahmefällen wird der Stadtverordneten-Versammlung vom Magistrat Kenntnis gegeben.

### Rixdorf.

**Zotgefahren** wurde Donnerstagabend in der Wilmannstraße der 19jährige Ausländer Otto Lutzmannowski aus der Wartburgstraße 8 in Schöneberg. Er war bei einem Anzuge tätig und sah mit dem Ausländer und einem Kollegen auf dem Ausländerhof eines Möbelwagens. Beim Herunterfahren auf der abschüssigen Wilmannstraße bekam der Wagen plötzlich einen heftigen Stoß, so daß die drei Männer vom Wagen herab auf die Straße geschleudert wurden. Während die beiden anderen unverletzt blieben, geriet L. unter die Räder des schweren Möbelwagens, die dem Unglücklichen über die Brust gingen. Er litt so schwere Verletzungen, daß er auf dem Wege zur Unfallstation verstarb. Die Leiche wurde polizeilich beschlagnahmt und nach dem Berliner Schauhause geschafft.

**Mit Lysol vergiftet** hat sich der 44 Jahre alte frühere Steinluischer Gustav Rahm aus der Steinmehre 15 zu Rixdorf. Der Mann fiel vor drei Jahren vom Wagen, brach sich einige Rippen und bekam 8 W. Unfallsverletzt. Seitdem trank er und arbeitete nur noch gelegentlich. Vor drei Wochen fiel er auf der Straße und schlug gerade mit den Rippen, die früher gebrochen waren, auf die Bordsteinkante auf. Rahm aus dem Krankenhaus entlassen, mißhandelte er seine Frau unter der falschen Beschuldigung, daß sie ihm nicht genug zu essen gebe. Gestern abend mußte die Frau zu Bekannten fliehen. Als sie um 9 Uhr zurückkam, hatte Rahm die Spinde aufgerissen, alle Kleider umhergeworfen und sich dann mit Lysol vergiftet. Er lag halbtot vor dem Bette.

**Durch die Stichflamme eines Dampfessels schwer verletzt** wurde in der Fabrik von P. A. T. o. v. Bergstr. 55/56, der Arbeiterburche A. aus der Steinmehre. Der junge Mensch schüttete, dem bestehenden Verbot wider, Müll in das Feuerloch des Dampfessels. Durch das Ausschütten schlug eine Stichflamme heraus und traf das Gesicht des A., daselbst erhebliche Verbrennung. Glücklicherweise wird dem Verletzten die Schraft erhalten bleiben.

## Potsdam.

**Potsdam unten durch.** Eine Korrespondenz meldet: Eine Audienz beim Kaiser nachzusehen, um wegen der Ueberführung der zukünftigen elektrischen Straßenbahn über die Langebrücke bei demselben vorstellig zu werden, hatte die Stadtverordneten-Versammlung beschloffen und den Oberbürgermeister Jähne sowie den Stadtverordneten-Vorsteher B. o. l. l. e. dazu bestimmt, persönlich die Wünsche der Stadt recht eindringlich vorzutragen. Seitdem sind verschiedene Wochen darüber hingegangen, der Kaiser ist auch wiederholt in Potsdam gewesen, aber die Audienz hat bisher nicht stattgefunden. Man hatte gehofft, daß der Kaiser noch vor seiner großen Reise nach dem Mittelmeer, als er am Sonntag die Kompanie des Kronprinzen besichtigte und sich von Mannschaften der Leibkompanie des 1. Garde-Regiments zu Fuß einige neue Marschlieder vorsingen ließ, so viel Zeit übrig haben würde, um die Vertreter der Stadt Potsdam zu empfangen, hat sich aber auch hierin enttäuscht gesehen. Mit Rücksicht auf die Unsicherheit in der Brückenfrage hatte man bisher die Umpflasterung der zur Langebrücke führenden Humboldtstraße ausgeführt, scheint aber nunmehr alle Hoffnungen auf Genehmigung der elektrischen Straßenbahn zum Betrieb über die Langebrücke aufgegeben zu haben, denn seit Dienstag hat man mit der Umpflasterung der Humboldtstraße begonnen. Ob der Kaiser, wenn er aus dem Süden zurückkehrt, die nachgehaltene Audienz gewähren wird, ist sehr fraglich, da er in der Brückenfrage schon vor Jahren Stellung genommen hat und eigenhändig auf einer Karte eingezeichnet hat, daß eine neue zweite Havelbrücke vom Blücherplatz nach dem Bahnhofsgebäude gebaut werden soll. Hoffentlich werden die alleruntertänigsten Gesandten der Potsdamer Stadtverordneten wegen der verjagten Audienz nicht insanken geraten.

**Beim Neubau des Regierungsgebäudes in Potsdam** hat sich am Donnerstag wiederum ein schwerer Unfall zugetragen. Der 23jährige Zimmermann Gustav Krause stürzte aus der dritten Etage ab und blieb mit schweren Kopfverletzungen und inneren Verletzungen besinnungslos auf der Erde liegen. Er wurde nach der benachbarten Eisenharden Heilanstalt überführt, wobei sich auch noch immer besinnungslos die Ehefrau des Rentiers Freyer liegt, welcher vor einigen Tagen, als sie bei dem Regierungsneubau vorüberging, ein schweres Brett auf den Kopf fiel, wodurch sie einen Schädelbruch und andere Verletzungen davontrug.

## Wilmerdors.

**Ein begehrter Posten.** Für die ausgeschriebene Stelle eines zweiten befohlenen Schöffen in Wilmerdors haben sich 42 Bewerber, Richter, Gerichts- und Regierungsassessoren, Bürgermeister, Stadträte usw., gemeldet, von denen vier in die engere Wahl kommen. Die enggültige Wahl wird in der ersten Hälfte des April vollzogen werden.

## Lichtenberg.

Die **Gemeindevorstellung** wählte in ihrer letzten Sitzung den bisherigen Vorsitzenden des Gewerbegerichts, Gemeindevorsteher Ziehler, sowie die beiden Stellvertreter, die Schöffen Sternstein und Glaschke, von neuem. — Die Heranziehung der Stadt Berlin zu den Schullasten Lichtenbergs hat die Vertretung schon oft beschäftigt. Während bisher 90 000 M. pro Jahr als Entschädigung zu fordern beabsichtigt war, schlägt nun der Gemeindevorstand vor, die Kosten für 11 Schulklassen einzufordern, die die Gemeinde Lichtenberg für Kinder der Eltern, die im Sinne des § 53 des Kommunalabgaben-Gesetzes in Berliner Fabriksbetrieben beschäftigt sind, unterhalten muß. Der Vorstand läßt bei der Begründung der Vorlage allerdings — und wir meinen verständigerweise — die Frage offen, ob es überhaupt richtig sei und im Interesse der Gemeinde liegt, eine solche Forderung an Berlin zu stellen. Für das Betriebsjahr 1904 müssen nach der Vorlage von Berlin 20 100,50 Mark gefordert werden. — Das Eiertwerk will seinen Betrieb erweitern und fordert zu diesem Zweck unter der Androhung einer Verletzung des Betriebes die Abänderung des Bebauungsplanes und Kaszierung einer sein Gelände begrenzenden Straße. Die Gemeindevorstellung konnte sich selbst durch diese Drohung zur Annahme des Antrages nicht verstehen. — Die Umsatzsteuer-Ordnung, die nach den Beschloffen der Vertretung eine Erhöhung der Steuer bei ungebautem Terrain von 1 auf 1 1/2 Proz. vorsieht, hat die Genehmigung der Aufsichtsbehörde nicht erlangt. Der Begriff „ungebaut“ soll in anderer Form definiert werden. Die Beschloffen der Terrainspekulanten nahmen die Gelegenheit wahr, die Erledigung dieser Frage durch einen Vertagungsantrag, der Annahme fand, zu verzögern. Ueber die nun folgende Statberatung berichten wir in der Folge.

## Spandau.

Am **Erfolge der Sozialdemokratie bei den Kommunalwahlen** zu verhindern, hat man in den Kreisen unserer patentierten Ordnungshüter einen neuen Plan ausgedacht. In aller Stille, wie behauptet wird, auf Veranlassung der Bezirksvereine, ist im Schöße des Magistrats der Plan gereift, für die Stadtverordneten-Wahlen der dritten Abteilung nunmehr Kommunalbezirke einzurichten, und zwar sollen bereits die diesjährigen Herbstwahlen nach diesem Modus vor sich gehen. Bisher wählten die sämtlichen Kommunalwähler in einem einzigen Bezirk, wenn auch — infolgedessen die dritte Abteilung in Betracht kommt — in mehreren Lokalen, je nach dem Anfangsbuchstaben des Wählers. Zum größten Kerger aller bürgerlichen Parteipolitiker beherrschten unsere Parteigenossen während der letzten sechs Jahre die Wahlen der dritten Abteilung so vollständig, daß uns jetzt bereits die sämtlichen vierzehn Sitze dieser Abteilung gehören würden, hätten wir nicht 1903 zwei Hausbesitzermandate aus Mangel an geeigneten Kandidaten den Bürgerlichen Kampflos überlassen müssen. Nunmehr glauben sowohl Konserervative wie Liberale durch Einrichtung neuer Wahlbezirke die wirtschaftlich abhängigen Wähler (Staatsarbeiter) unter eine bessere Kontrolle zu bringen, der Sozialdemokratie das Feld teilweise streitig machen und sich selbst mindestens bestimmte Bezirke sichern zu können. Dieser famose Plan, den unsere Genossen hoffentlich durch vielfältige Anstrengungen bei den Wahlen gründlich zu Wasser machen werden, findet seine Ergänzung durch die vom konserватiven „Neuen Wahlverein“ für jede einzelne Staatswerkstatt besonders geschaffenen Vereine, die es den Vorständen dieser Spezialvereine besser ermöglichen sollen, die ihnen natürlich sämtlich bekannten und ihrem Einfluß unterstehenden Arbeiter sicherer in den Verein hineinzubekommen. Auf diesem „nicht mehr ungewöhnlichen“ Wege hofft man, die Sozialdemokratie aus dem Felde zu schlagen. Sonderbarerweise soll die Bezirks-einteilung nicht auch für die zweite Wählerklasse eingeführt werden. Man fürchtet wohl, daß sonst die Sozial. auch in diesem oder jenem Bezirk in die zweite Klasse eindringen. Für alle Fälle wissen jetzt die sozialdemokratischen Arbeiter Spandaus, was ihnen droht!

**Kreissteuerbeiträge der Gemeinden im Kreise Teltow.** Von den 202 zahlungspflichtigen Städten, Landgemeinden, Ortsteilen usw. im Kreise Teltow hat, nach den jetzt vorliegenden Abschüssen für das Rechnungsjahr 1903, der Vorort Wilmerdors den höchsten Betrag an Kreissteuern mit 420 130 Mark zu entrichten; über 100 000 Mark Kreissteuern zahlen nur noch vier Landgemeinden, und zwar Groß-Richterfelde, Steglitz, Grunewald und Friedenau. Beträge zwischen 50 000 und 100 000 Mark führten an die Kreisfiskalkasse vier Ortsteile ab: Zehlendorf, Köpenick, Trepptow und Tempelhof. Fünf Kommunen zahlten zwischen 25 000 und 50 000 Mark: Mariendorf, Wannsee, Rankow, Nieder-Schöneweide und Schmaragdort. Die geringsten Kreisabgaben entrichteten von den Städten Teupitz mit 1143 Mark, von den Landgemeinden Jabsdorf mit 24 Mark, von den Ortsteilen Ranzburger Forst mit nur 4 Mark. Von sonstigen Zahlungspflichtigen sind der Berliner Magistrat mit 1950 Mark, die Hofkammer der königlichen Familiengüter mit 2377 Mark, der Fiskus mit 2661 Mark und der Domänenfiskus mit 753 Mark zu nennen. Die gesamten Kreissteuern belaufen sich auf 1 779 665 Mark.

**Ein gräßlicher Selbstmord** wird aus Wilhelmshagen i. M. gemeldet. Dort schnitt sich in der Nacht zum Freitag, während

ihre Mann und ihr Sohn in den Stuben nebeneinander schliefen, die Frau des Hausdieners Stolpmann mit einem Rasiermesser den Hals ab. Als ihr Mann sie gestern morgen auffand, gab sie trotz des großen Verlustes an Blut, das bereits geronnen war, noch schwache Lebenszeichen von sich. Bald darauf aber starb sie in der Heilanstalt der Holz-Vereinsgenossenschaft unter den Händen der Ärzte.

**Wegen Diebstahls und Betruges** ist der Diener des Landrats v. Tschirch in Belgig verhaftet worden. Der Landrat besitzt ein altes Familienerbstück, ein Taufbeden, das mit vielen wertvollen alten Ringen ausgefächelt ist. Einen großen Teil dieser Ringe hat nun der Diener aus dem Taufbeden herausgehohlet und verkauft. Außerdem hat er aber bei verschiedenen Gastwirten in Belgig Getränke auf den Namen des Landrats entnommen und dann für sich verwandt.

## Vermischtes.

**Was Japan nicht von Deutschland gelernt hat.** Der „Pester Lloyd“ veröffentlicht folgende Mitteilung, die ihm ein „anonymer Freund“ aus Brüssel zugehen läßt: Man teilt mir ein Gespräch mit, das ein japanischer Diplomat mit dem deutschen Kaiser hatte. Bei einem Empfange in seinem Palais soll Wilhelm II. sich dem japanischen Diplomaten genähert und ihm gesagt haben: „Meine Glückwünsche, mein Herr! Sie sind jetzt die Helden des Tages. Doch vergessen Sie nicht, daß Sie das, was Sie können, von den Deutschen gelernt haben.“ — „Majestät“, antwortete der Diplomat, „wir werden nie vergessen, daß wir alles von den Deutschen gelernt haben — außer der Furcht vor den Russen.“

Wenn diese Unterhaltung auch nie stattgefunden haben sollte, so bleibt die dem japanischen Diplomaten zugeschriebene Antwort, die ebenso geistreich wie treffend ist, dennoch wahr.

**Ein Hebammenstreik und seine Folgen.** In Verent (Westpreußen) erschien folgende Bekanntmachung:

„Dem geehrten Publikum der Stadt Verent und Umgegend zur gefälligen Kenntnis, daß wir Hebammen und gegenständig geeinigt haben, kein Taufkind zur Kirche zu tragen und kein Taufzeug unentgeltlich zu liefern.“

Die Bezirkshebammen der Stadt Verent: Antonie Berlin, Laura Ziemann und Anna Raibel.“

Auf diese Anzeige erfolgten nachstehende Erklärungen:

„Auf das Inzerat der Bezirkshebammen der Stadt Verent in Nr. 19 der „P. Ztg.“ diene als Erwiderung, daß eine Anzahl Männer der Stadt Verent für zwei Jahre in den Generalkreis treten, bis die vorausgeführten Bezirkshebammen sich eines Besseren besonnen haben.“

**Männer der Stadt Verent.** „Da die Hebammen der Stadt Verent nicht mehr die Kinder zur Kirche und zurück tragen wollen, bitten wir die geehrten Herrschaften, auch von der weiteren Bedienung in der Kirche Abstand zu nehmen, denn das können diejenigen besorgen, welche das Kind nach der Kirche tragen. Ferner bitten wir, den Hebammen nichts über die Lage geben zu wollen.“

Mehrere Frauen der Stadt Verent.“

**Opfer der Genickstarre.** Nach amtlicher Meldung aus Weutken sind vom 16. bis 22. d. M. im Kreise Weutken 32 Erkrankte und 4 Todesfälle an Genickstarre vorgekommen. Die Gesamtzahl der Erkrankten vom 19. November 1904 bis zum 22. d. M. beträgt 137, die der Todesfälle 48. — Auch in Würzburg sind nach einem amtlichen Bericht seit Oktober v. J. bis zum 10. März d. J. in der dortigen Garnison neun Soldaten an Genickstarre erkrankt. Sieben sind gestorben; einer wurde wieder gesund; einer befindet sich noch in ärztlicher Behandlung.

**Ein schwerer Automobilunfall** ereignete sich Donnerstag nachmittag bei Merzhagen. Ein Motorradfahrer stieß auf der Probefahrt gegen eine Telephonstange, wobei diese zerbrach. Die vier Insassen des Wagens wurden hinausgeschleudert. Bürgermeister Schmidt-Oberreisendberg wurde getötet, Fabrikant Wagner erlitt eine Gehirnerschütterung, die zu den größten Besorgnissen Anlaß gibt; der Führer und der Maschinist wurden leicht verletzt.

**Jules Verne gestorben.** Der berühmte Verfasser der „außerordentlichen Reisen“, jener in allen Ländern bekannten und vielgelesenen Romane, ist gestern nachmittag im Alter von 77 Jahren in Wien gestorben.

## Briefkasten der Redaktion.

**G. C. 22.** Die „Hymne zur Gedächtnisfeier des 100. Todestages Friedrich von Schillers“, komponiert von Josef Ritter, op. 70, ist sowohl für gemischten Chor wie auch für Männerchor herausgegeben. Klavierauszug mit vollständiger Gesangspartitur 3 Mark; Chorkosten 1,40 Mark, a 35 Pf. Alles Nähere beim Verlag Bosworth u. Co., Wien I, Wollzeile 1.

**Artillerie.** 16 Juhartillerie-Regiment, Ausbildung auch mit Gewehr: Modell Nr. 98. Brief ging vorher. — **Arbeitslos.** Rixdorf. 1. Es gibt keinen Kriegsminister des Deutschen Reichs. Vorhanden sind preussische, sächsische, bayerische usw. Kriegsminister. 2. Rein. Gilt als portofreier Brief. Porto 10 Pf. — **Verleumdung.** Die Behauptung, daß die von Ihnen erwähnten Streit „Verrat“ führender Sozialdemokraten vorliege, ist tatsächlich sinn- und gegenstandslos, wie Sie auch selbst zu vermuten scheinen. Die mit dem Gegenstand befaßte unparteiische holländische Kommission stellte die Grundlosigkeit beziehungsweise Leichtigkeit derartiger Verdächtigungen abfolut fest. — 1358. Rein. — **W. Damm.** 1. 2 pommerches Ir. A.; 2. Offine Dienstzeit 1/2 Jahr. — **Richt Quasalderien,** sondern 1/2 Jahr. — **Zwinnemündler.** G. C. 1. Die neuen Handelsverträge werden mit dem 1. März 1906 in Kraft treten. 2. In Betracht kommen hierbei Rußland, Oesterreich, Rumänien, Serbien, Italien, Schweiz und Belgien. — **G. J. 5.** Wir empfehlen keine der Schiffahrtsgesellschaften. Adressen sind folgende: 1. Hamburg-Amerika-Vereins-Reederei, 2. Gesellschaft „Hansa“ oder „Argo“, Bremen. 3. Norddeutsche Lloyd-Agentur, Bremerhaven. Näheres vielleicht durch das „Hamburger Echo“, der „Bremer Bürger-Ztg.“ oder durch das „Norddeutsche Volksblatt“ in Bant. — **Hilf.** Ungeeignet.

## Juristischer Teil.

**Die juristische Sprechstunde** findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Geöffnet: 7 Uhr.

**G. Dieger.** Die Vorsteher von Vereinen, welche eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten bezwecken, sind verpflichtet, Statuten des Vereins und das Verzeichnis der Mitglieder binnen drei Tagen nach Leistung des Vereins und jede Änderung der Statuten oder der Vereinsmitglieder binnen drei Tagen, nachdem sie eingetreten ist, der Ortspolizeibehörde zur Kenntnisnahme einzureichen. Ob und inwieweit diese Vorschrift des § 2 des preussischen Vereinsgesetzes auf den von Ihnen angeordneten Fall zutrifft, läßt Ihre Frage nicht erkennen. Sie wenden sich zweckmäßig an den Vorstand Ihrer Gewerkschaft. — **G. C. 58.** Ihre Tochter kam auf Ihren Antrag vom ferneren Schulbesuch dispensiert werden. Der Antrag ist an die Schuldeputation zu richten. — **W. D.** Reineswegs. — **G. C. 109.** 1. Ja, dieser Beitrag gehört zu den unter Nr. 6 der Verlegung vom 22. März über die Abgabe der Steuerveranlagung. 2. Rein. 3. Sofern es sich um eine in Nr. 6 aufgeführte Versicherung handelt: ja. — **Frankfurter Abkommen 100.** Ein Stelle der verstorbenen Geschäftsführer treten deren eheliche Nachkommen als Erben ein. — **G. C. 999.** 1. Sie können leben, welche Karte Sie wollen, müssen aber innerhalb zwei Jahren mindestens 40 Mark zahlen. 2. Ihnen steht ein Anspruch auf Invalidenrente und Altersrente zu, sobald die Voraussetzungen für solche Renten erfüllt sind (Invalidität, Zurücklegung des 70. Lebensjahres). Sie haben die Möglichkeit, nicht das Recht, in Deutschland Aufnahme zu finden. 3. Das müssen Sie selbst abwägen. — **G. C. 1.** Der Beschloffen der Berufsvereinsgenossenschaft muß die Bezeichnung der Berufung enthalten. Das Schiedsgericht für den Stadtkreis Berlin befindet sich Bülowstraße 111/112. 2. Für ein Gebrauchsmuster ist gleichzeitig mit der Anmeldung eine Gebühr von 15 M. zu zahlen. Die Dauer des Schutzes erstreckt sich auf drei Jahre. Diese Frist kann gegen Zahlung von noch 60 M. auf weitere drei Jahre verlängert werden. — **Grasdal.** Gegen das Urteil des Schiedsgerichts ist innerhalb eines Monats nach der Zustellung Revision an das Reichs-Versicherungsamt zulässig. Leider hätte in Ihrem Falle die Revision keine Aussicht auf Erfolg, da die Ungerechtigkeit in der tatsächlichen Feststellung und den niedrigen dortigen Löhnen liegt. — **G. C. 8.** Die Klage hätte keine Aussicht auf Erfolg. — **Langstr. 12.** 1. Rein. 2. Klagen Sie beim Amtsgericht auf Herausgabe des Falls. —



W. R. 100. In dem Befuß oder dem Dulden des Befußs liegt keinesfalls eine strafbare Handlung. Wohl aber kann in dem Dulden inlimes Verlehrs in der Wohnung das Vergehen der Rupperei liegen. — W. R. 1902. 1. und 2. Ja. — C. 23. 132. Ein Einspruch gegen den Strafbefehl wäre zwecklos. Polizeiverordnungen, welche auch die Unterbringung von Hausflüchtlingen vorsehen, sind gültig. — C. 2. 7. Verjährung liegt nicht vor. Die Frau kann Unschuld beanpruchen, müßte aber den Unfall und seine Folgen beweisen. — C. 17. und R. D. O. 3a. — R. P. 13. 1. Ob Sie zum Ertrag verpflichtet sind, hängt davon ab, ob

Sie ein Verfallenen am Verlust der Sache trifft. Ob das der Fall ist, bel dem Mangel einer Darlegung des Sachverhalts nicht zu ersehen. 2. Sind Sie ersatzpflichtig, so ist der Chef berechtigt, gegen Sie auf Zahlung zu klagen, nicht aber zu einem Lohnanspruch. § 394 des Bürgerlichen Gesetzbuchs, „Arbeiterrecht“ S. 193-197. — W. 2. 100. 1. und 2. Rein. Eine Heirat während Lebzeiten der Ehefrau, von der man nicht geschieden ist, ist auch dann mit schwerer Strafe bedrohte Bigamie, wenn eine tatsächliche Trennung seit vielen Jahren stattgefunden hat. — W. 3. 2000. Rein. — C. 2. 1000. 1. Die Firma gebührt auf jeden Fall einer Krankenkasse

an. Daß eine Firma aus der Krankenkasse ausgeschlossen wird und dem gleichen ist unmöglich. 2. Das Wiederannahmeverfahren müßte bei dem Gericht befristet werden, das in der wiederanzunehmenden Sache entschieden hat. — P. C. 100. Eine Vorschrift, wieviel für Frau und Kind eingubehalten ist, gibt es nicht. Es ist der handesgemäße Unterhalt unpfändbar. Wegen den Befehl, der zu viel pfändet, können Sie Beschwerde einlegen. — P. 6. Es könnte gegen Sie in voller Höhe auf Zahlung geklagt werden. — F. Schönberg. Ein verfolgbarer Anspruch besteht nicht mehr. — G. Mirbachstr. Rein.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

### Theater.

**Sonnabend, den 25. März.**  
Anfang 7 1/2 Uhr:  
**Cyberhaus, Rignon.**  
**Schauspielhaus.** Prinz Friedrich von Homburg.  
**Deutsches.** Wilhelm Tell 7 Uhr.  
**Berliner.** Richard II.  
**Westen.** Die neugierigen Frauen.  
Nachmittags 3 Uhr: Der Prinz von Homburg.  
**Rational.** Die Hugenotten.  
**Reues.** Ein Sommernachtstraum.  
**Thalia.** Der Kilometerfresser.  
Anfang 8 Uhr:  
**Schiller O.** (Wallner-Theater.) Wallensteins Tod.  
**Schiller N.** (Friedrich Wilhelmstädtisches Theater.) Die Herren Söhne.  
**Peking.** Olga.  
**Zentral.** Die Juxheirat.  
Nachmittags 4 Uhr: Der gestiefelte Kater.  
**Kleines.** Nachtschl.  
**Reibens.** Hotel Pompadour.  
**Lustspielhaus.** Der Familientag.  
**Tranon.** Das Abenteuer des Herrn Malezieng.  
**Deutsches-Amerikanisches.** Uebern großen Teich.  
**Welle-Alliance.** Der beste Tip.  
**Carl Weis.** Die Kinder des Kapitän Grant.  
Nachmittags 4 Uhr: Dormröschchen.  
**Luisen.** Hasemanns Töchter.  
**Metropol.** Die Herren von Maxim.  
**Kasino.** Lolo's Vater.  
**Apollo.** Das Weibchenmädchen.  
**Sternwarte.** Die Weibchenmädchen.  
**Palast.** Geschlossen.  
**Passage-Theater.** Die 5 Herrsch.  
**Börsen.** Spezialitäten.  
**Reichshallen.** Steffiner Sänger.  
**Wintergarten.** Saharet.  
**Urania.** Taubenstr. 48/49.  
Im Theater abends 8 Uhr:  
Der Simplon und sein Gebiet.  
Jubiläumstraße 57/62. Sternwarte. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.

### Neues Theater.

Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Ein Sommernachtstraum.**  
Sonntag: Ein Sommernachtstraum.  
Montag: Der Graf von Charolais.  
Dienstag, Mittwoch, Donnerstag: Ein Sommernachtstraum.  
**Kleines Theater**  
Anfang 8 Uhr.  
**Nachtschl.**  
Sonntag nachmittags 3 Uhr: (Ermöglichte Preise) Liebestraume. Familienidyll. Serenissimo.  
Abends 8 Uhr: Sanna.  
Montag: Die Neuvermählten.  
Abschiedssouper.  
Dienstag: Salomo.  
Mittwoch: Nachtschl.  
Donnerstag: Sanna.

### National-Theater

Reinbergstr. 19.  
Sonnabend, den 25. März 1905:  
**Die Hugenotten.**  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Sonntag 3 Uhr: La Traviata.  
7 1/2 Uhr: Figaros Hochzeit.  
Montag: Undine.

### Zentral-Theater

Abends 8 Uhr: Der größte Schläger der Saison:  
**Die Juxheirat.**  
Operette in 3 Akten von Jul. Bauer.  
Musik von Franz Lehár.  
Morgen u. folg. Tage: Die Juxheirat.  
Sonntag nachm.: Der Bettelestudent.  
Abends 7 1/2 Uhr: Die Juxheirat.

### Luisen-Theater.

Abends 8 Uhr:  
**Hasemanns Töchter.**  
Sonntag nachm.: Lorbeerbaum u. Bettelestud. Abends: Ruych-Buch.  
Montag: Lorbeerbaum u. Bettelestud.

### Volksgarten-Theater

(früher Weimann).  
Sonnabend, den 25. März 1905:  
**Maskenball**  
des Vereins „Norden“.

### Sanssouci.

Kottbuser Tor — Stat. der Hochbahn.  
Heute Sonnabend:  
Extra-Theater-Abend.  
**Bajazzo**  
und seine Familie.  
Vollständ. in 5 Abteilungen.  
Nach der Vorstellung:  
Tanzkränzchen.  
Vorzugsgl. gelten. Tanz frei.  
Sonntag, Montag, Donnerstag:  
Hoffmanns Nord. Sänger.

### Urania, Taubenstr. 48/49.

8 Uhr:  
**Der Simplon und sein Gebiet.**

### Sternwarte

Invalidenstr. 57/62.  
**P. CASTAN'S PANOPTICUM.**

Friedrichstr. 165.  
**Das sensationelle Riesen-Mädchen!!!**  
Rosa Wedsted, 2 Meter 20 cm hoch, größte lebende Riesin der Welt.

### Apollo-Theater.

218. Friedrichstraße 218.  
Täglich 8 Uhr:  
**Die März-Spezialitäten.**

### Das Weibchenmädchen.

Musik von Prof. Josef Holmsberger.  
Sonntag, 26. März, nachmittags 3 Uhr, ermöglichte Preise: Berliner Luft und die März-Spezialitäten.

### Metropol-Theater

**Die Herren von Maxim.**  
Große Ausstattungssposse mit Gesang und Tanz in 5 Bildern von Julius Freund.  
Musik von Viktor Hollaender.  
Inszeniert vom Direktor Richard Schultz.  
**Henry Bender.** Josef Giampietro.  
**Josef Josephi.** Anton Grünfeld.  
**Frid Frid.** Fritz Massary.  
Das Fest des Lichts. (Ballett.)  
Rauchen gestattet. Anf. 8 Uhr.

### Deutsch-Amerikanisches Theater.

Köpnickerstr. 67/68, S'at. Jannowitzbr.  
Jeden Abend 8 Uhr:  
**Gastspiel Adolf Philipp.**  
Heute  
**437. MALE**  
**UEBERN GROSSEN TEICH.**  
Sonntag nachmittags 3 Uhr: Halbe Preise. „Ueber'n großen Teich“.

### Tranon-Theater.

Heute und folgende Tage:  
**Das Abenteuer d. Herrn Malezieng**  
Die Briefstache.  
Ein peinlicher Zwischenfall.  
Anfang 8 Uhr.  
Sonntag nachm.: Die glückliche Gilberte.

### Kasino-Theater

Lehringergasse 37. Täglich 8 Uhr:  
**Lolo's Vater.**  
Vollständ. in Ad. L'Arronge.  
4 Akten von W. Borchers das brillante März-Programm.  
Sonntag 4 Uhr: Mutter Gräbert.

### Residenz-Theater.

Dir.: Richard Alexander.  
Heute zum 50. Male und folgende Tage 8 Uhr:  
**Hotel Pompadour.**  
Schauspiel in 3 Akten v. Anthony Ward u. Leon Kancel. Deutsch v. R. Schönan.  
Sonntag, den 26. März, nachmittags 3 Uhr: Der Hüttenbesitzer.

### WINTERGARTEN

Neues Programm. Neues Programm.  
**SAHARET.**  
Herbert Lloyd, Amerikan. Komiker. Dianka, Dressierte Affen. Dorothy Clark, Engl. Sängerin. Stelling u. Revel, Kom. Reckturner. Dr. Angelo, Lebende Porzellanfiguren. Pas de deux, Orientalischer Tanz. The Novellos, Europa in Indien. Diane de Fontenay, Lebende Bilder. Mistinguette, Pariser Sängerin. Kaufmann-Truppe, Kunstfahrrerinnen. Doherty Sisters, Amerikan. Sängerinnen und Tänzerinnen. Biograph, Serienbilder.

### Schiller-Theater

Sonnabend, abends 8 Uhr:  
**Wallensteins Tod.**  
Trauerspiel in 5 Aufzügen von Friedrich Schiller.  
Sonntag, nachm. 3 Uhr:  
**Die Haublerche.**  
Sonntag, abends 8 Uhr:  
**Fuhrmann Henschel.**  
Montag, abends 8 Uhr:  
**König Lear.**

### Thalia-Theater.

Dresdenerstr. 72/73. Direktion: Kron & Schönfeld. Belle Alliancestr. 7/8.  
Täglich abends 7 1/2 Uhr:  
**Stürmischer Lacherfolg!**  
**Der Kilometerfresser**  
Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr: Charleys Tante.

### Winter-Garten.

Sonntag, den 26. März, mittags 12 Uhr:  
**Gala-Matinee**  
der Internationalen Artistenloge zum Besten der Witwen-, Waisen- u. Invaliden-Unterstützungskasse der J. A. L.  
**Außergewöhnliches Künstlerprogramm, u. a.**  
Saharet als Schlafentzerrin Magdelene u. a. w. g.  
Henry Bender als Contra-Schnarch-Schlafentzerrin Margerini P. P.  
Robert, Fritz und Otto Steidl als Dungkahn-Schüler.  
Ida Perry als Dungkahn-Schülerin.  
Näheres die großen Plakate.

### Schmöckwitz Gasthaus zur Palme

am Seebücher. (Endstation der „Störn“-Dampfer.)  
**Hermann Peter.** Telefon: Grünau No. 39.  
Empfehle mein albekanntes, herrlich am Wald und Wasser gelegenes Lokal den geehrten Vereinen und Gesellschaften zu Ausflügen. Ausspannung und Dampfheizung, Regelmäßige, große Kaffeeläden. Säle, Hallen, großer schattiger Garten, 2000 Personen fassend.

### Zirkus Schumann.

Heute Sonnabend, den 25. März, abends präzis 7 1/2 Uhr:  
XXI. Grande Soiree High Life.  
Gala-Programm.  
Neue Debuts und die glänzenden Spezialitäten. Ferner: Die beliebte jugendliche Schutzeiterin Fräulein Dora Schumann.  
Mr. Joe Hodgkin, Moni, Broserpi, Mr. Brown, Soeurs Minigallo, Miss Daisy, Miss Prami. — Die neuesten Original-Schul- u. Freiheitsdresuren des Direktors Alb. Schumann. — Adolf u. Coco, Tolep u. Mamo, Cottrel.  
**Mr. Eph. Thompsons Elefanten.**  
u. a.: Ein wirkliches Dressurwunder! Der saltimortale schlagende Elefant.  
Um 9 1/2 Uhr:  
Gingst dastehender Erfolg!  
**Eine Nordlandreise**  
Größe mit märchenhafter Pracht inszen. Ausstattungsphantomime. Jura 400 Mitwirkende, 2 Musikkorps. Neue Einlagen.  
Sonntag 2 Vorstellungen. Nachm. 3 1/2 Uhr (ein Kind frei): Die große Ausstattungsphantomime Marokko. Abends 7 1/2 Uhr: Eine Nordlandreise. In beiden Vorstell.: Thompsons Elefanten.

### Palast-Theater

Burgstr. 22. früher Feen-Palast. Bis-avis d. Börse, 2 Min. v. Hof. Börse.  
Heute wegen Privatfestlichkeit geschlossen!  
Morgen und folgende Tage: 9 Uhr:  
Ein durchschlagender Lacherfolg!  
**Liebe kann alles.**  
Schwank von H. G.  
Müller, Ipeologe: Dir. R. Winkler.  
Vor u. nachher: Die phänomenalen März-Spezialitäten allerersten Ranges.  
**Die Wunder-Elefanten.**  
Gustav Behrens Spezialitäten-Theater. Frankfurter-Allee 55.  
Wieder neues Programm.  
Neu! Mr. Ariys, asiatischer Reckenkämpfer. Neu! Daarrett Wolmer, Dänische Kollschützler u. Sänger. (Geschn. Christensen, Czgentil-Duett. Neu! Hermann Grosch, der Ur-lousische, sowie die übrigen erstklassigen Kräfte.

### Passage-Theater.

Aufg. d. Abendvorstellung 8 Uhr. Anf. nachm. Sonntag, 3. Sonntag, 5 Uhr.  
**The five sisters Lorrison**  
die bekanntesten Frauenschönheiten.  
**Bokken Lasson**  
die exotische Straßenlängerin.  
**Die Picchiani-Truppe.**  
Die reizenden Flocatis. 14 glänzende Nummern.

### W. Noacks Theater.

Direktion: Rob. Dill. Brunnstr. 16.  
Heute wegen Privatfestlichkeit geschlossen.  
Sonntag:  
**Goldene Berge.**  
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf. Ball.

### Reichshallen.

Täglich:  
**Steffiner Sänger**  
Auf. Sonntag 8 Uhr. Sonntag 7 Uhr.  
Wirds an den nimmer glücken hab' heds 8 Tage vorher zu haben

### Bernhard Rose-Theater

Gesundbrunnen, Badstraße 58.  
Heute: Geschlossen.  
Morgen nachmittags 3 Uhr:

### Zwischen zwei Herzen.

Abends 7 Uhr:  
**Die drei Grazien.**  
Große Feste mit Gesang und Tanz in 4 Akten von L. Treplow.  
Entree 50, Parkett 75, Sperrst. 1 R.

### Skala-Theater.

Eintrichstr. 132 (a. d. Friedrichstr.).  
Sensationelles Programm!  
**Paul Steinitz**  
d. phänomenale Stegreif-Philosoph sowie das wunderbare Spezialitäten-Programm.  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Vor der Vorstellung: Konzert.

### Gebrüder Herrfeld-Theater.

Der größte Erfolg seit 14 Jahren ist unbestritten die Revität:  
**Die Meyerhains.**  
Komödie in drei Akten von Anton und Donat Herrfeld mit Anton Herrfeld als Vizegehül, Herausgeber d. „Scheinwerfer“ und Donat Herrfeld als Kommerzienrat Meyerhain.  
Anfang 8 Uhr. Vorverkauf 11-2 Uhr.

### Etablissement Buggenhagen

Moritzplatz.  
Täglich von 12-4 Uhr: Mittagstisch.  
In den unteren Sälen jeden Abend:  
**Bockbierfest.**  
KONZERT.  
Der dümmste Wag u. der kluge Hans.  
Diensttag, Donnerstag, Sonnabend, Sonntag:  
**Fritz Steidl-Sänger.**  
Nach jeder Vorstellung im Kaiseraal: Tanz.

### Otto Pritzows Anormitäten-Ausstellung

Münzstraße 16.  
Täglich Vorstellung  
**MIS Arabella,**  
die einzigste Dame, welche auf dem ganzen Körper tätowiert ist.  
**Medizinische Rätsel, anatomische Wunder.**  
Riesen! Zwerge!

### Josef Fischer

Kohlen-Großhandlung Berlin O. 34, Brombergstr. 19/20.  
Preise ab Platz:  
Sontenb. Hahsteine p. Str. nur 70 Pf.  
Sontenb. Salon-Brik. 6 v. 7 1/2 nur 75 Pf.  
Anna, Adler, Marie Sontenberger la Henckels Werke 5 ob. 7 Maß, nur 85 Pf.  
Ise, Salon-Briketts billig!  
Zwei Koffer pr. Str. 10 Pf. mehr.  
Bruch, Steinkohlen, Koks, Holz zu billigsten Preisen. 1.90 Pf. 60 Handwagen verleihe zu Kohlen.

Hüte. Verkauf zu mäßigen, streng festen Preisen Schirme.  
Gegr. 1875 Gegr. 1875  
**Max Kaplan**  
1 Friedrichstraße I.  
Maß-Anfertigung in allen Preislagen und bekannter Güte.  
Sommer-Paletots, neueste Muster M. 15, 16, 18, 20, 24 usw.  
Sommer-Paletot, Seidenfutter, hervorragend elegante Ausführung M. 42  
Jackett-Anzüge in allen Farben, neueste Façons M. 20, 21, 22, 24, 25, 26 usw.  
Entzückende Neuheiten in Knaben-Garderobe.  
Wäsche. Krawatten.  
2334L\*



**Orts-Krankenkasse**  
der  
**Bureauangestellten.**  
Die 1. Abänderung des Statuts betr. Erweiterung der Krankenunterstützung u. einiger Abänderungen der §§ 11, 15, 29 und 39 ist vom Bezirksausschuss genehmigt und tritt am 3. April cr. in Kraft.  
Exemplare dieser Abänderung sind im Kassentafel zu haben. 271/13  
Berlin, den 27. März 1905.  
**Der Vorstand.**  
Bauer.

**Reste**  
Damentuche, schwarz u. farb. Costumes-Stoffe, neueste Kammgarns (Muster Staubmäntel-Stoffe) Coriakrow Sammet, Plüsch Besatzartikel. 2265L.  
**Confection**  
Jaquetta, Dollmann Staubmäntel, Costumes Costum-Röcke, Blousen.  
**C. Pelz, Straße 4.**

**Erstklassige Zigarrenfabrik**  
unterhält zu Fabrikpreisen 24852  
**Sugros-Lager**  
Sobenhagenerstraße 71, vorn I.  
**Dr. Simmel, Prinzen-Str. 41, Spezialarzt für Haut- und Nervenleiden.**  
10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4.

**Hüte**  
**Mützen**  
Engros. Export.  
Einzelverkauf zu Fabrikpreisen.  
Herrenhüte von 1-3 M. Konfirmanden-Hüte 1,00-2,50 M. Knabenhüte von 65 Pf. an. Zylinder von 3 M. an. Chapeau 4,50 M. an. Haarhüte 2,50 M. bis 5 M.  
Größtes Lager zu staunend billigen Preisen.  
**Albert Friedlaender, Landsbergerstr. 90, 1 Trepp.**  
**Köpenick.**  
Echten alten Kottbusser Korn zu haben bei **Aug. Tauchert, Gastwirt, Wägnelbrimerstr. 4.** 17412\*

Wir empfehlen:  
**Gedehnte Jahre in Sibirien von Leo Deutsch.**  
Der Verfasser, welcher im Jahre 1884 von deutschen Behörden verhaftet und der russischen Regierung ausgeliefert wurde, erzählt in anziehender Weise seine Erlebnisse in deutschen und russischen Gefängnissen, auf dem Transport nach Sibirien und in Sibirien selbst.  
Besonders interessant ist die Schilderung des Lebens der Verbannten in den sibirischen Gefängnissen.  
Das Buch ist illustriert und kostet groß. 3.- M., geb. 3,50 M.

**Rüchigsberg, der Geheimbund des Zaren von Kurt Eisner.**  
Das vorliegende Buch gibt nicht nur einen genauen Bericht der Gerichtsverhandlung, sondern auch einen historischen Ueberblick der Entwicklung des preussisch-deutschen Russendienstes, der im Rüchigsberger Prozeß seinen Gipfel erreichte. 233/19  
In Bezügen in 11 Lieferungen a 20 Pf., geb. zum Preise von 3.- M. durch

**Buchhandlung Vorwärts**  
Berlin SW. 68,  
Lindenstr. 69, Laden.

**Partei-Expeditionen:**  
Berlin zweiter Wahlkreis: Hermann Berner, Rittenwalderstraße 20, part. — **Dritter Wahlkreis:** St. Frid, Prinzenstr. 31, Hof rechts part. — **Vierter Wahlkreis O.:** Robert Engels, Gr. Frankfurterstr. 133, Hof part. — **SO.:** Paul Böhm, Laufferplatz 14/15 (Laden). — **Fünfter Wahlkreis:** Leo Buch, Reibstr. 42 (Laden). — **Sechster Wahlkreis (Moabit):** Karl Anders, Salzweidestr. 8, im Laden. — **Wedding und Oranienburger Vorstadt:** Emil Stoltenburg, Bienenstr. 41/42. — **Rosenthaler Vorstadt, Gesundbrunnen:** Hermann Reiche, Rügenstr. 24, vorn part. links. — **Schönhauser Vorstadt:** Karl Wars, Kottbuser Allee 95/96. — **Alt-Glienke:** Reinhold Schulz, Rudowerstr. 72. — **Charlottenburg:** Gustav Schanderberg, Seelenweidestr. 1, Ecke Goethestraße, vorn I. — **Deutsch-Wilmersdorf:** B. Ridel, Berlinerstr. 190, III. — **Friedrichsberg-Friedrichsfelde - Wilhelmsberg - Hohenschönhausen:** Otto Seifert, O. 112, Kronprinzenstraße 50, I. — **Grünau:** S. Blüme, Kurfürstenstraße 8. — **Rixdorf:** M. Geinrich, Prinz Handjerystraße 7, im Laden. — **Schmargendorf:** Gustav Kaminski, Cunostraße 2. — **Schöneberg:** Wilhelm Baumler, Martin Lutherstr. 51, im Laden. — **Ober-Schöne-weide:** Otto Ränger, Edisonstraße 21, 2 Treppen. — **Nieder-Schöne-weide:** Donatowski, Berlinerstr. 8. — **Johannisthal:** Paul Rann, Widmarstr. 7. — **Adlershof:** Paul Schmidt, Widmarstr. 32, I. — **Königs-Wusterhausen:** Körne. — **Köpenick:** Friedrich Wold, Grünstr. 29. — **Friedensau-Steglitz:** S. Bernsee, Schloßstraße 115, Gartenhaus I, in Steglitz. Bestellungen nehmen entgegen in Steglitz: S. Mohr, Duppelstraße 8, und Fr. Schellhase, Thurnstraße 15a. — **Marient-dorf:** Hermann Reichardt, Schausseestraße 16. — **Baumshuldenweg:** Eisd, Grünstr. 2, II. — **Treptow:** R. Boigt, Eisenstr. 37, vorn III I. — **Neu-Weißensee:** W. Rette, Sedanstr. 59, part. — **Reinickendorf (Ost und West), Wilhelmsruh und Schönholz:** Schäler, Provinzstr. 28, II. — **Kammels-burg:** Bergert, Kantstraße Nr. 5. — **Tegel, Borsig-walde, Daldorf und Waldmannslust:** Paul Riegraf, Borsigwalde, Schubarstr. 43. — **Pankow:** G. Freiwaldt, Morastr. 66. **Eichwalde, Zenthen, Hiersdorf und Hankels Ablage:** Alfons Gräß, Eichwalde, Kronprinzenstr. 82, I. — **Nowawes:** Wilhelm Jappe, Friedrichstr. 1.  
Außerdem ist sämtliche Parteiliteratur sowie alle wissenschaftlichen Werke dort zu haben. Auch werden Inserate für den „Vorwärts“ entgegengenommen.  
Bitte ausschneiden.

**Bettfedern - Betten - Spezialhaus**  
**L. Beutler** empfiehlt Bettfedern, nur neue, dreifach gereinigte, Pfd. 0,50, 1,00, 1,50. Halbdannen Pfd. 1,50, 1,75, 2,00-2,50. Gänsefedern u. Dunnen Pfd. 2,00-6,00. Unübertroffen an Füllkraft ist meine Spezialmarke:  
**„Mandarinen-Dannen“** Pfd. nur 2,50 Mk.  
Ein Versuch führt zur Nachbestellung. Großer Stand: Oberbett, Unterbett, 2 Kissen 12 Mk., bessere Sorten 15, 18, 22 bis 30 Mk.  
Hochfeine Brautbetten 40-60 Mk.  
Bettfedern-Dampf-Reinigung. Abholung und Zustellung franco.  
Grosses Lager fertiger Inlette, Bezüge, Laken.  
**L. BEUTLER, BERLIN,**  
Ackerstr. 28, Tel.: Amt III, 5301.  
Oranienstr. 8, Tel.: Amt IV, 8971. Reinickendorferstr. 64C.  
Abonnenten erhalten 10 Proz. Rabatt.

**Breuers Festsäle Zur Königsbank**  
25052 **Große Frankfurterstraße 117.**  
Empfehle den geehrten Vereinen und Gewerkschaften meine Säle zur Abhaltung von Versammlungen und Festlichkeiten zu den billigsten Bedingungen. — Jeden Sonntag: **Großer Ball!** Anf. 4 Uhr. Zutritt frei.  
Um regen Zuspruch bittet **Curt Breuer, Gastwirt.**

**Enorm billig**  
aus feinsten Massstoffen gefertigt, nur hochmoderne, aufs gedieganste gearbeitete **hochvernehme Herren-Anzüge Paletots**  
deren sonstiger Masspreis 40-70 M. ist, jetzt 18-42 M. Gebrochene Größe jetzt 22-47 M. Herren-Hosen jetzt 7-12 M. verkauft täglich u. Sonntag **Deutsches Versandhaus** Jägerstr. 63, 1 Trepp

**Viel Geld**  
zahlen wir bei 95/4\* Beleihung und Ankauf von **Brillanten**  
Gold, Silber, Waren aller Branchen, Lombard und Lagercheine  
**Pfandscheine.**  
**Deutsches Leihhaus,**  
Friedrichstraße 221 I,  
Ecke Puttkamerstraße. VI. 4657.  
**Wald- und Landparzellen**  
am Vorkorbahnhof, herrlich gelegen, umweit See, verkauft gegen geringe An- u. Abzahlung **Aug. Fackert,** Tabendorf bei Jossen. 1922\*

**Einsegnungs-Anzüge**  
ein- oder zweireihige, moderne schicke Form, hochelegant und tadellos sitzend.  
**Beste Verarbeitung.**  
Vollständiger Ersatz für Maßarbeit.  
Die Preise sind je nach Größe:

**Anzüge in Satin-Kammgarn oder Krepp-Cheviot** von 12 M. an  
**Anzüge in Rips-Kammgarn oder Diagonal-Cheviot** von 15 M. an  
**Anzüge in schmal geripptem Kammgarn oder Kammgarn-Cheviot** von 17 M. an  
**Anzüge in Rips-Kammgarn, schmal geripptem Kammgarn oder Satin-Kammgarn** von 20 M. an  
**Anzüge in Coreserow-Kammgarn oder Rips-Kammgarn** von 22 M. an  
**Anzüge in sehr gutem Kammgarn-Cheviot oder Rips-Kammgarn** von 25 M. an  
**Anzüge in feinst Tuch-Kammgarn oder hochelegantem Twill** von 30 M. an

**Frühjahrs-Paletots**  
in schicker Form, mit senkrechten oder geraden Taschen, von nur guten, modernen Stoffen und Farben, teilweise auf Seide gearbeitet, elegant und tadellos sitzend  
20, 25, 30, 35, 40, 45, 50 und 55 M.  
**Havelocks**  
einreihige Form, ohne Aermel, mit voller Pelzine und Taillenriegel, von wasserfestem, imprägniertem Loden. Braunlich, olive, grün, marengo, mittel- oder dunkelgrün  
8,50, 12, 15, 20, 22,50, 25, 30 und 35 M.  
Große Weiten für extra starke Herren stets vorrätig.  
♦♦♦ Großes Stofflager. Hochelegante Maßanfertigung. ♦♦♦  
Die Preise sind billig, streng fest, und geschieht der Verkauf nur gegen bar.

**Carl Stier,**  
Fabrik für Herren- und Knaben-Garderobe  
Berlin SO. Berlin W.  
Oranienstr. 166. Potsdamerstr. 118a.  
Potsdam, Nauenerstr. 23.  
Nach außerhalb sende Muster und Maßanleitung.  
Illustrierter Katalog gratis.

**Krug zum grünen Kranze**  
am Alexanderplatz (im Keller).  
Täglich: „Fidelitas!“  
**Carl Lüdeckes**  
humoristisches Ensemble.  
Entree frei. 23612\*

**Neues Konzerthaus**  
Grand Hotel Alexanderplatz.  
**Gr. Kurt Goldmann-Konzert**  
unter Mitwirkung des Salon-Humoristen G. Bonné. Anfang 8 1/2 Uhr.  
Keine Säle in Berlin wie Blumengarten empfehle zu Versammlungen und Festlichkeiten jeglicher Art.  
23282\* **Albert Hoerner.**

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltungsstelle Berlin.  
**Todes-Anzeige.**  
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Kommer **Gustav Berlin** am 23. d. M. gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 26. d. M., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes aus statt.  
Rege Beteiligung erwartet.  
113/8 **Die Ortsverwaltung.**

**Zentral-Verband der Maurer Deutschlands.**  
Bezirk Pankow.  
Von Wittmoß, den 22. März, verstarb unser treues Mitglied **Friedrich Schröder** mochnast Schönholz 9, im Alter von 50 Jahren.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Sonntag nachmittags 4 Uhr von der Leichenhalle in Schönholz aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
137/19 **Der Vorstand.**

**Verband der Sattler**  
Ortsverwaltung Berlin. (Geschirrbrenne.)  
**Todes-Anzeige.**  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege **Gustav Schulz** am 21. März verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute Sonnabend, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle in Schönholz, Kirchhof, Mariendorfer Weg aus statt.  
**Die Ortsverwaltung.**

**Dankfagung.** 25042  
Für die herzliche Teilnahme und reichen Kranzpenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes sage allen Beteiligten, insbesondere den Genossen des 510. Bezirks des 6. Berliner Wahlkreises, dem Verband der Sattler, Pfastler und Berufs-genossen, sowie den Kollegen der Firma H. Drehe und den Kollegen der Firma für Bausanführungen unseren herzlichsten Dank.  
**Edwe Dineß nebst Kindern.**

**Dankfagung.**  
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem Begräbnis meines lieben Bruders, des Schlossers **Franz Haack**, sage ich allen Freunden und Bekannten sowie den Kollegen meiner tiefgefühltesten Dank.  
3426 **Almona Bocksch geb. Haack.**

**Kraft-Rohwahn**  
Fu-Blutarme u. Kranke  
ärztlich empfohlen  
**Feurig-Süßer**  
Santalucia  
R. 15C u. 2M überall zu haben

In Apotheken, Drogen- und Delikatessen-Geschäften, steht unter ständiger Kontrolle des Gerichts-Chemikers **Dr. C. Bischoff.**  
**Gänsefedern** perf. feinste stiel- u. staubr. p. Pfd. 1 M. bis 1,20 M., schneeweisse, damen-reiche p. Pfd. 1,40 M., dief. neu ff. geschliff. 2 bis 2,20 M., schneew. Halb-dannen 2,40 M. Ruiter gratis. [104/1 Schnelr, Myslowitz No. 8 (Schlef.).

**Geschäfts-Eröffnung!**  
**Billigste Bezugsquelle in Lebensmitteln!**  
Jeder Kunde erhält **Gratis** bei Einkauf von 1 Pfund meiner beliebten **Margarine a 80 Pf.** **Hausmarke**  
eine große Kaffeetasse oder einen großen Teller oder einen Kaffeebecher als Beipack.  
**Reinickendorferstr. 64d. N. Schlesinger Reinickendorferstr. 64d.**  
vis-a-vis der Ravenéstraße. vis-a-vis der Ravenéstraße.



Aus Württemberg.

Windstille. — Ohne Budget. — Die Steuerreform. — Das Ende der Volksschule und der Volksschüler.

Stuttgart, im März. (Eig. Ber.)

Dem Sturm, den die Beratung der Gemeinde-Ordnung im Landtage im Gefolge hatte, ist nun eine Zeit vollständiger politischer Windstille gefolgt. Die Landtags-Kommissionen verhalten sich still und geräuschlos die zur Vorbereitung der am 28. März beginnenden neuen Landtags-Session notwendigen Vorarbeiten und nur vereinzelte Freistimmen prävalieren der großen Schlacht um die Verfassungsreform, die voraussichtlich in der nächsten Landtags-Session geschlagen wird.

Der 1. April läßt auch die neuen Steuererträge in Kraft treten, die im Vorjahre von den bürgerlichen Parteien mit großem Jubel über den angeblichen steuerpolitischen Fortschritt, den sie bedeuten, beschlossen worden sind. Die praktische Anwendung der neuen Gesetze wird zeigen, wie berechtigt der Widerstand war, den die Sozialdemokratie dieser Reform entgegenbrachte, deren wesentlicher Effekt eine starke Steigerung des Steuerertrages sein wird und zwar nicht auf Kosten der Reichen, sondern der Mittelschichten. Das neue Steuersystem weist zwar eine Progressiv-Einkommensteuer auf, aber mit einer ganz unzulänglichen Progression; die von den Sozialdemokraten erhobene Forderung einer Vermögenssteuer in sein Wahlprogramm aufgenommen worden, in der Kammer dann die Anträge dieser Vermögenssteuer durch seinen Führer Gröber verfallen ließ. Die indirekten Staatssteuern läßt die Steuerreform völlig unberührt und auch die indirekten Gemeindesteuern werden nicht gesehlich aufgehoben, sondern ihre Weitererhebung in das Ermessen der Gemeinde gestellt. Eine Elektrizitätssteuer ist sogar als neue Erfindung in die Reihe der indirekten Gemeindesteuern eingeschoben worden. Dafür prangt unter den Ervingenschaften der Reform die sinnlose Warenhaussteuer. So werden die Hoffnungen auf eine gerechtere Verteilung der Staatslasten, die an die Reform viele knüpften, bald zerrinnen und als bittere und bleibende Frucht wird sich nur die Erhöhung des Steuerertrages erweisen.

Seit das amtliche „Gewerksblatt“ vor einigen Wochen durch die Veröffentlichung der beschämenden Resultate einer Prüfung, der die Schüler der Fortbildungsschule in Bülbingen von Amtswegen unterzogen wurden, den Tiefstand des württembergischen Volksschulwesens aufs ärgste bloßgestellt hat, ist reichliches Material zur Bekräftigung der Anlagen zu Tage gefördert worden, deren Gegenstand die geistliche Schulaufsicht als Grundursache des Volksschulwandens war. Darüber herrscht natürlich unter den Geschicklichen und Geschicklichen gleich große Empörung. Besonders bitter empfanden sie die im Stuttgarter Gemeinderat durch unseren Genossen Sperka erhobenen Angriffe, zumal diese zu dem bekannten Gemeinderatsbeschlusse auf Streichung der bisher zur Besoldung der Ortschulinspektion geleisteten Zuschüsse geführt hatten. Der volksparteiliche Oberbürgermeister von Stuttgart gab sich dazu her, in Abwesenheit des in Berlin durch den Reichstag festgehaltenen Genossen

Sperka gegen die sonstige Gepflogenheit des Gemeinderates ein Schreiben des geistlichen Bezirks-Schulinspektors Monapp zu verlesen, das unter heftigen Invektiven die Vorwürfe Sperkas als aus der Zeit gegriffen hinstellte. In der dieswöchentlichen Gemeinderatsung kam Genosse Sperka auf diesen Zwischenfall zurück. Er wies nach, daß nicht nur auf dem Lande von 30-32 wöchentlichen Unterrichtsstunden der dritte Teil auf den Religionsunterricht entfällt, sondern daß auch in Stuttgart das Verhältnis nicht viel anders sei. Wenn in einem Stuttgarter Vorort ein Lehrer in einer Klasse 92 Schüler zu unterrichten habe und dafür mit zwei Mark pro Tag entlohnt werde, so könnten solche Zustände nicht anders als erbärmlich bezeichnet werden.

Eine andere Seite des Volksschulens beleuchtet das Ergebnis der im Vorjahre vom ersten Stadtdiagnosen Dr. Gasner vorgenommenen Untersuchung der Stuttgarter Volksschüler und Volksschülerinnen. Das Material, welches die vor einiger Zeit erschienene Publikation des Dr. Gasner enthält, bildet einen entscheidlichen Beitrag zur Frage des physischen Elends der Kinder, die ihren Unterricht in der Staatschule erhalten. 91,5 Proz. der Stuttgarter Schulkinder, insgesamt 10 100 Kinder, wurden ärztlich untersucht. 8505 gleich 84 Proz. erwiesen sich als mit Schäden behaftet, während nur 1595 gleich 15,7 Proz. intakt waren! Rechnet man die mit Rhachitis und Ungeziefer behafteten zu den Gesunden, so sind noch immer 64,4 Proz. der Kinder als krank zu betrachten und 32,6 Proz., also noch nicht einmal ein Drittel der Kinder kann für gesund gelten! An erster Stelle der festgestellten Schäden steht Rhachitis mit 4363 Kindern gleich 44,2 Proz., an zweiter Unterernährung mit 18,9 Proz. Ein Drittel der untersuchten Kinder schlafen in überfüllten Räumen, 2028 Kinder waren erwerbstätig gegen einen Lohn von 1 bis 2,50 M. pro Woche. Mit dem Wohnungselend hängt vielfach auch die sonstige Verwahrlosung der Kinder zusammen. Bei 1900 Kindern, gleich 18,9 Proz., wurde Ungeziefer festgestellt; den größten Prozentsatz dieser Kinder stellen die katholischen Volksschulen bis zu 30 und 40 Prozent, was zum Teil auf die durchschnittlich schlechteren wirtschaftlichen Verhältnisse der katholischen Bevölkerung zurückzuführen sein mag. Dr. Gasner, der die Untersuchung vornahm, um die notwendigen Unterlagen für die Anstellung von Schulärzten in Stuttgart zu gewinnen, kommt angesichts solchen Ergebnisses zu dem vernünftigen Schlusse, daß es mit der Feststellung des Nebels durch den Schularzt sein Bewenden nicht haben könne, sondern Mittel gefunden werden müssen, um jedem kranken Schulkinde auch das Notwendige zu verordnen. Die volksparteiliche Mehrheit des Stuttgarter Rathhauses wird noch rascher, als es ihr lieb ist, in den Fall gefeßt werden, durch die Tat zu begründen, wie weit ihre Fürsorge für die Stuttgarter Schulkinder reicht, die vor kurzem als Dedimantel für die Ablehnung der Unterstützung der Fahrbergleute dienen mußten.

Aus der Frauenbewegung.

Weihensee. Am 20. März sprach hier im Prälaten Genossin Nitz in öffentlicher Versammlung über die Handelsverträge. Sie behandelte insbesondere die Schädigung der Arbeiter durch die Erhöhung der Zölle auf die wichtigsten Lebensbedürfnisse. Die gut besuchte Versammlung spendete den Ausführungen der Referentin lebhaften Beifall. An den Vortrag schloß sich eine Diskussion. Zum Schluß wurden 32 neue Abonnenten für die „Gleichheit“ gewonnen, so daß jetzt in Weihensee 89 Exemplare abonniert werden.

Öffentliche Bibliothek und Lesehalle zu unentgeltlicher Benutzung für jedermann, SW., Alexandrinenstr. 26. Geöffnet werktäglich von 9-10 Uhr abends, an Sonn- und Feiertagen von 9-1 und 2-6 Uhr. In den Lesehallen liegen zur Zeit 515 Zeitungen und Zeitschriften jeder Art und Richtung aus.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 26. März, vorm. 10 1/2 Uhr, in Kellers großem Festsaal, Koppenstr. 20: Feyer der Jugendweihung (Konfirmation). Festrede des Herrn Dr. Bruno Wille über: „Jugendliche Begeisterung“. Gäste, Damen und Herren, sehr willkommen.

Sozialdemokratischer Agitationsverein für den Wahlkreis Friedberg-Arnswalde. Sonntag, den 26. d. Mts.: Mitgliederversammlung mit Frauen im Lokale von Bientz, Berlin, Große Frankfurterstr. 133.

Wandfester! Sonntag, den 26. März, vormittags 10 Uhr: Branchenversammlung in der Germania-Salen. Tagesordnung: 1. Antrag der Mitglieder. 2. Neuwahl des Obmannes. Da niemand in der Branchenversammlung diesen Vorschlag annehmen wollte, die Branche aber nicht ohne Obmann sein kann, muß, falls auch in dieser Versammlung niemand annimmt, über weitere Schritte beraten werden. Der Obmann, R. Reich.

Eingegangene Druckschriften.

Morrison J. Swift, Human Submission. (The Liberty Press, Philadelphia.)

Dr. Hermann Sevin, Der erste Bischof von Konstanz. (Münch. Schöner, Hebrungen.)

Dr. Oswald Reis, Die Walderholungsstätten. (Berlin W., Döcker, Coblenz.)

Gustav Vogt, Die Vorteile der Invalidenversicherung und ihr Einfluß auf die deutsche Volkswirtschaft. Preis geb. 7 M. Brosch. 6 M. Berlin-Grunewald, Verlag der Arbeiter-Versorgung, H. Trotschel.

Villgers illustrierte Volkshüter Bd. 23. Kleine Geschichte der Baukunst von Dr. E. Hofsch. Mit 24 Illustrationen. Hermann Villger Verlag, Berlin W. 9. Preis 30 Pf.

Armin von Domitrowich: Rahmen für die führenden Kreise der deutschen Nation. (Leipzig, Georg Wigand.)

Dr. Fritz Auer: Zur Ethnologie der Göttinger Gasse. (E. G. Böhme Verlagshandlung, Later Pl., München.)

Marktpreise von Berlin am 23. März. Nach Ermittelungen des h. V. Preis-Büro. Für 1 Doppel-Zentner: Weizen\*\*), gute Sorte 17,40-17,38 M., mittel 17,30-17,31 M., geringe 17,32-17,30 M. Roggen\*\*), gute Sorte 13,70-13,60 M., mittel 13,60-13,50 M., geringe 13,50-13,40 M. Gerste\*\*), gute Sorte 16,00-14,80 M., mittel 14,70 bis 13,60 M., geringe 13,50-12,40 M. Hafer\*), gute Sorte 16,20-15,50 M., mittel 15,40-14,70 M., geringe 14,60-13,90 M. Erbsen, gelbe, zum Kochen 45,00-30,00 M., Speiseerbsen, weiße 50,00-30,00 M. Linen 60,00-30,00 M. Kartoffeln 10,00-7,00 M. Rischstroh 0,00-0,00 M. Hen 0,00-0,00 M. Für ein Kilogramm Butter 2,80-2,00 M. Eier per Schaf 4,20-2,80 M. \*) Frei Wagen und ab Bahn. \*\*) Ab Bahn.

Witterungsübersicht vom 24. März 1905, morgens 8 Uhr.

Table with 12 columns: Stationen, Barometer, Wind, Richtung, Wetter, Temp. u. d. Tag, Stationen, Barometer, Wind, Richtung, Wetter, Temp. u. d. Tag. Rows include: Emlende, Hamburg, Berlin, Frankfurt a. M., München, Wien, Daprun, Petersburg, Sibir, Riga, Altona, Berlin.

Wetter-Prognose für Sonnabend, den 25. März 1905. Nachts etwas wärmer, am Tage ein wenig kühler, zeitweise wolfig bei trübem östlichen Winden; keine oder unbedeutende Niederschläge. Berliner Wetterbureau.

Geschäfts-Eröffnung

Adolph Wormann

77 Kottbuser Damm 77 Ecke Pflügerstraße.

Parterre und I. Etage.

Hierdurch erlaube ich mir Ihnen die Mitteilung zu machen, daß ich

heute, Sonnabend, den 25. März, nachmittags ein Zweiggeschäft im großen Stil

eröffnen werde. Durch Verwendung der besten in- und ausländischen Stoffe in meinen eigenen Schneider-Ateliers sowie durch mein reichhaltiges Lager in

fertiger Herren- und Knaben-Garderobe

werde ich in der Lage sein, meine geehrte Kundschaft nach jeder Richtung hin zufrieden zu stellen.

Ferner führe ich gleichfalls in bester Qualität und sehr preiswert

sämtliche Herren-Artikel.

Mein Geschäftsprinzip war und wird stets sein:

Reelle Bedienung!

Streng feste Preise!

I. Geschäft: Dresdenerstr. 1, am Kottbuser Tor.



